



Demokratie
stärken

Fortschritt
erkämpfen

Vertrauen
gewinnen



Antragsbuch - Teil 1
zum ordentlichen SPD-Landesparteitag
12.-13.01.2018 in Wernigerode

Inhalt

Leitanträge

L1 Demokratie stärken. Fortschritt erkämpfen. Vertrauen gewinnen.....	3
L2 Inklusion ist Menschenrecht und nicht verhandelbar! Zentrale Bestandteile der UN-Behindertenrechtskonvention endlich konsequent verwirklichen!.....	11
L3 Moderne Familienbilder und Vielfalt.....	16
L3 Für eine sozial gerechte Arbeitswelt.....	19

Antragsbereich A - Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

A1 Hohe Freihandelsstandards auch für Europäische Partnerschaftsabkommen einhalten.....	26
A2 Einführung eines einheitlichen Umsatzsteuersatzes in Deutschland.....	27
A3 Für eine nachhaltige Wirtschaft: Reparaturen fördern.....	28
A4 Equal Treatment von Leiharbeiter*innen.....	29
A5 Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen.....	30
A6 Kein Braunkohleausstieg ohne langfristige Absicherung relevanter Planungen.....	32

Antragsbereich B -Bildungspolitik und Wissenschaft

B1 Masterplan Schulneubau - und Sanierung im Landkreis Harz bis zum Jahr 2025.....	34
B2 Verbesserung der Lehrerversorgung im Land - Bildungsminister Tullner muss seine Hausaufgaben machen.....	35
B3 Altersgrenzen für den Schulbesuch von Geflüchteten neu denken.....	36
B4 Lernen in einer digitalen Welt.....	37
B5 Die Schulmediation als Mittel zur Gewalt- und Kriminalpräventionen an allen Schulen in Sachsen-Anhalt zur Pflicht zu machen.....	39
B6 Abschaffung des Hausberufungsverbots.....	40
B7 Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrer*innenausbildung besser verankern.....	42
B8 Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien.....	43
B9 Zur Novellierung des Landeshochschulgesetz: Institutionelle Barrieren an Hochschulen und Universitäten abbauen.....	44
B10 Programm zur Förderung der Geschlechterforschung in Sachsen-Anhalt.....	46
B11 Förderung hormonfreier Verhütung!.....	48
B12 Kinderrechte und Recht auf Bildung wahren – Integrations- vor Abschiebungspolitik stellen.....	49
B13 Lehramtsausbildung zurückholen.....	51
B14 Bildungsurlaub für alle!.....	52

Antragsbereich D -Gesundheit und Soziales

D1 Für die SPD ist es - auch in der Rolle der stärksten Oppositionspartei im Bundestag – prioritäre Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen und weiterhin solidarisch für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.	54
D2 Stimmrecht für Patientenvertreter*innen in den Ausschüssen der gemeinsamen Selbstverwaltung Sachsen-Anhalt.....	56
D3 Bedürftige Solo-Selbstständige durch Senkung der Pflichtbeiträge für die gesetzliche Krankenversicherung entlasten; Beiträge für Bezieher von ALG II müssen zur Kostendeckung aufgestockt werden.....	57
D4 Bessere Kinderbetreuung zu Randzeiten ermöglichen	59
D5 Patient*innenrechte stärken: Für die Einführung eines/einer Patient*innenbeauftragten in Sachsen-Anhalt.....	60
D6 Rechtssicherheit für Tätowierer*innen, Piercer*innen und Verbraucher schaffen.....	61
D7 Heilpraktiker*innenausbildung jetzt einheitlich regeln.....	63
D8 Kostenübernahme von Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt	65
D9 Verstärkter Einsatz von psychologischen Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten	67
D10 Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden.....	68
D11 Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KiFöGs mit betrachten.....	70
D12 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!	71
D13 Gewaltfreies Aufwachsen für Kinder: Aktionsplan für Sachsen-Anhalt	72
D14 Moderne Adoption – auch ohne Trauschein	74

Antragsbereich S -Satzungsänderung

S1 Geschlechterquotierte Landesliste	75
--	----

Antragsbereich R -Resolution

R1 Resolution zur Bewerbung Sachsen-Anhalts für die Olympischen Winterspiele 2030 in Schierke #jesuisschierke	76
--	----

Leitanträge

1 Antrag: L1

2

3 Antragssteller: Landesvorstand

4

5 **Demokratie stärken. Fortschritt erkämpfen. Vertrauen gewinnen.**

6

7 Leitantrag zur landespolitischen Strategie der SPD Sachsen-Anhalt:

8 Zwischenbilanz und Perspektiven unserer Politik in Landtag und Landesregierung

9

10

11 Der Landesparteitag möge beschließen:

12

13 **Die SPD ist im Umbruch und die SPD Sachsen-Anhalt mittendrin**

14

15 Die SPD ist im Umbruch. Wir stehen bundesweit vor der größten politischen Herausforderung
16 in unserer Nachkriegsgeschichte. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 ist keine gewöhnliche
17 Wahlniederlage. Es ist das unübersehbare Signal, dass wir nicht so weitermachen können, wie
18 wir es uns angewöhnt haben. Unsere Politik in der großen Koalition, unsere Arbeitsweise,
19 unsere Sprache im Umgang mit den Wählerinnen und Wählern – all das hat uns in eine Lage
20 gebracht, aus der heraus wir keine Mehrheitsfähigkeit erringen konnten.

21

22 Diese Probleme sind zum Teil von innen heraus entstanden. So ist unsere
23 Mobilisierungsfähigkeit in Wahlkämpfen schon dadurch erheblich beeinträchtigt gewesen,
24 dass wir unsere eigenen Mitglieder nur in Teilen erreichen und aktivieren konnten.

25

26 Zum Teil sind unsere Schwierigkeiten aber auch Ergebnis und Ausdruck der Veränderungen von
27 Gesellschaft, Technologie, Wirtschaft und internationalen Beziehungen, die die Lebensweise
28 der Menschen überall auf der Welt berühren. Digitalisierung, Globalisierung und der
29 Klimawandel kennzeichnen diese Entwicklung; tiefgreifende Veränderungen von
30 Arbeitsprozessen, neue ökonomische Potentiale und neue individuelle
31 Entfaltungsmöglichkeiten gehören ebenso dazu wie neue soziale Spaltungen, Unsicherheiten
32 und Verteilungskämpfe. Zu den Auswirkungen gehören auch Ausbeutung und Bürgerkriege
33 und in ihrer Folge Flucht und Vertreibung, auch in vielen Nachbarregionen Europas.

34

35 Der politische Umgang von Menschen mit diesen Veränderungen weist große Unterschiede
36 auf. Während für viele Menschen Europa zum Lebens-, Lern- und Arbeitsort geworden ist und
37 Vielfalt und internationaler Austausch für sie eine Selbstverständlichkeit sind, reagieren andere
38 mit dem Bedürfnis nach Abschottung, Überschaubarkeit und der Rückkehr zu längst
39 überholten nationalstaatlichen Regelungen. An dieses Bedürfnis knüpfen rechtsextreme und
40 rechtspopulistische Kräfte an und bieten rassistische und völkische Antworten, aber keine
41 Lösungen. Ihr Geschäft ist die Aushöhlung der Demokratie durch die Instrumentalisierung von
42 Ängsten. Den bestehenden Parteien wird zugleich von vielen Menschen keine
43 Lösungskompetenz zugetraut. Wir müssen feststellen, dass in weiten Teilen der Gesellschaft
44 der Zukunftsoptimismus schwindet – der Optimismus, auf dem auch das Konzept
45 sozialdemokratischer Reformpolitik aufbaut.

46

47 Die SPD wäre nicht die SPD, wenn sie sich diesen inneren und äußeren Herausforderungen
48 nicht entschlossen stellen würde. Die Geschichte unserer Partei ist eine Geschichte des immer
49 wieder neuen politischen Umgangs mit oftmals radikalen Umbrüchen in der Welt, verbunden
50 mit der dafür notwendigen Anpassung von Parteiorganisation und Arbeitsweise. Das können
51 wir deshalb, weil unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eben nicht
52 zeitgebunden sind, sondern immer gebraucht werden: als Kompass für die Gestaltung einer
53 sich verändernden Welt und als Voraussetzung für ein menschliches und sozial gerechtes
54 Zusammenleben in einem demokratischen Staat.

55

Leitanträge

1 Was die SPD als Ganzes bei der Bundestagswahl 2017 erfahren musste, hat die SPD Sachsen-
2 Anhalt bereits mit der Landtagswahl 2016 getroffen. Unsere damalige Wahlniederlage ist Teil
3 der Krise der gesamten SPD, hatte aber auch hausgemachte Ursachen. Diesen Ursachen haben
4 wir uns seither offensiv gestellt und uns weiterentwickelt. Wir kämpfen dafür, dass Menschen
5 die SPD in Sachsen-Anhalt wieder als Adressaten für die Vertretung ihrer Interessen in der
6 Politik ansehen. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass aus dem Umbruch ein Aufbruch
7 wird.
8
9

10 **Vertrauen zurückgewinnen – keine Politik gegen die Interessen unserer Wählerinnen und** 11 **Wähler**

12
13 Die SPD hat in Sachsen-Anhalt in zehn Jahren große Koalition in der Landesregierung von 2006
14 bis 2016 viele Erfolge erzielt, aber zugleich auch Vertrauen verspielt. Viele Probleme, die die
15 Menschen in unserem Land bis heute umtreiben, werden verbunden mit der von der SPD
16 seinerzeit verantworteten Finanzpolitik. Das gilt insbesondere für die Personalausstattung an
17 Schulen, bei der Polizei und in anderen Bereichen öffentlicher Dienstleistungen.
18

19 Wenn Menschen den Eindruck haben, dass der Staat seine Aufgaben nur noch unzureichend
20 erfüllen kann, berührt das das Selbstverständnis sozialdemokratischer Politik, Wir wollen
21 keinen schwachen, sondern einen handlungsfähigen und verantwortlichen Staat. Deshalb
22 kann die Konsolidierung von Haushalten nie Selbstzweck sein, sondern nur notwendiges Mittel
23 zur Absicherung öffentlicher Handlungsspielräume.
24

25 Deshalb haben wir nach der Landtagswahl von unseren Parteitag in Halle und Burg die
26 Botschaft ausgesandt: „Wir dürfen keine Politik mehr gegen die Interessen unserer
27 Wählerinnen und Wähler machen.“ Daran halten wir uns.
28

29 Die SPD erwartet von allen ihren Amts-, Mandats- und FunktionsträgerInnen die Einhaltung
30 klarer ethischer Standards.
31
32

33 **Entscheidung für die handlungsfähige Demokratie**

34
35 Mit der Landtagswahl ist in Sachsen-Anhalt eine in der Geschichte der Bundesrepublik
36 Deutschland bislang einmalige Situation entstanden. Die Bildung einer demokratischen
37 Regierungsmehrheit war – und ist – nur durch eine Koalition von CDU, SPD und Grünen
38 möglich. Diese Situation kann sich frühestens durch die nächste Landtagswahl ändern.
39

40 Für die Demokratie ist es lebenswichtig, dass demokratische Parteien auch über große
41 politische Unterschiede hinweg gemeinsame Handlungsfähigkeit im Interesse der Bürgerinnen
42 und Bürger unter Beweis stellen. Voraussetzungen dafür sind ein fairer, verlässlicher Umgang
43 untereinander und die Verwirklichung der verabredeten Ziele und Maßnahmen. Für die
44 Demokratie ist es ebenso wichtig, dass keine Regierung gebildet wird, die sich von
45 Rechtsextremisten abhängig macht. Aus diesen Gründen hat sich die SPD 2016 zur Bildung
46 dieser Koalitionsregierung entschieden.
47

48 Wir haben zugleich die offensive Auseinandersetzung mit der AfD im Landtag aufgenommen.
49 Die AfD verzichtet im Parlament auf demokratische Feigenblätter. Sie tritt den demokratischen
50 Fraktionen unverhohlen rechtsextremistisch, völkisch und rassistisch entgegen. Das gilt auch
51 für Abgeordnete, die in Opposition zu ihrer Fraktionsführung stehen. Inhaltlich positioniert sich
52 die AfD durchgängig arbeitnehmerfeindlich, rückwärtsgerichtet, frauenfeindlich,
53 antieuropäisch und in der Rolle einer reaktionären Fundamentalopposition. Wir sehen unsere
54 Aufgabe darin, außerhalb des Parlaments verstärkt über den Charakter der AfD aufzuklären. Im
55 Landtag stehen wir dafür ein, dass Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung nicht den
56 politischen Kurs demokratischer Parteien beeinflussen dürfen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55

Die SPD in der Koalition: Schwerpunkte, Erfolge, Hindernisse

Der Koalitionsvertrag trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift und ist ein solides Arbeitsprogramm, um Sachsen-Anhalt stärker und moderner zu machen und um Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Handlungsfähigkeit und der Bestand der Koalition hängen jedoch davon ab, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Vorhaben angepackt, finanziell untersetzt und realisiert werden.

Mit unserem Wahlergebnis und der geringen Zahl von Abgeordneten in unserer Landtagsfraktion mussten und müssen wir uns politisch konzentrieren. Das hat auch Vorteile. Wir besinnen uns auf die Kernkompetenzen und Stärken der Sozialdemokratie und vertreten diese auch in der Landesregierung:

Wir stehen für einen aktiven Sozialstaat, für Zugang für alle zum Arbeitsmarkt, für die gerechte Gestaltung der Arbeitswelt von morgen, die Integration von Zugewanderten und Geflüchteten. Wir stehen für eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze mit guten Bedingungen schafft, erhält und gut bezahlt und die die innovativen Potentiale unseres Landes nutzt und ausbaut. Mit der Zuständigkeit für frühkindliche, berufliche und wissenschaftliche Bildung stehen wir auch für das traditionelle Profil der SPD als Bildungspartei und begleiten zugleich kritisch die Schulpolitik der Landesregierung.

Was wir bisher getan haben:

- **Wir sparen nicht am falschen Ende.** Wir haben mit dem Doppelhaushalt 2017/18 die Grundlagen für die Ausbildung zusätzlicher Polizistinnen und Polizisten gelegt, eine Aufstockung bei der Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern erreicht und die Absicherung tariflicher Bezahlung bei vom Land geförderten freien Trägern verankert.
- **Wir setzen auf Demokratie – jetzt erst recht!** Wir haben das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit überarbeitet, neu ausgerichtet und mit mehr Mitteln ausgestattet. Gegen die Bedrohung der Demokratie insbesondere durch den Rechtsextremismus, aber auch durch religiösen Extremismus setzen wir auf eine breite Förderung des demokratischen Engagements von unten.
- **Wir wollen niemanden zurücklassen.** Mit dem Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe“ haben wir für Menschen, die seit langer Zeit keinen oder noch nie einen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, ein neues Angebot geschaffen. Damit bringen wir 2.000 Langzeitarbeitslose in Beschäftigung und unterstützen ihre Befähigung für den ersten Arbeitsmarkt. Wir bieten damit Menschen eine Chance, die von der Arbeitsmarktpolitik bisher zu wenig beachtet wurden.
- **Frühkindliche Bildung entscheidet mit über die Chancen aller Kinder.** Wir haben das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) evaluiert, die Kommunen erheblich entlastet, die Kosten von Tarifsteigerungen übernommen und die Vorgaben des Landesverfassungsgerichts umgesetzt. Mit den Eckpunkten für eine weitergehende Modernisierung des KiFöG haben wir aufgezeigt, wie die Qualität der frühkindlichen Bildung gestärkt, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher entlastet und damit die Ziele des Koalitionsvertrages umgesetzt werden können.
- **Wir stärken Familien.** Ein Runder Tisch hat sich auch zum Themenkreis Geburt und Familie zusammen gefunden. Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen ist für uns unverzichtbar.

Leitanträge

- 1 • **Wir stellen unsere Wirtschaft innovativ und wettbewerbsfähig auf.** Damit sich unsere
2 kleinen und mittleren Unternehmen erfolgreich weiterentwickeln, mehr Arbeitsplätze
3 schaffen und sich stärker internationalisieren können, haben wir die Wirtschaftsförderung
4 im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
5 attraktiver gestaltet.
6
- 7 • **Wir fördern Existenzgründungen und Firmennachfolgen.** Weil in nahezu allen Branchen ein
8 Generationswechsel ansteht, haben wir das Thema Unternehmensnachfolge angepackt und
9 unterstützen mit einem Nachfolgefonds die Übergabe von Betrieben in jüngere Hände. So
10 sichern wir nicht nur die Zukunft der betroffenen Unternehmen, sondern auch zahlreiche
11 Arbeitsplätze. Mit der Meistergründungsprämie haben wir einen attraktiven Anreiz für
12 junge Handwerksmeister geschaffen, einen Betrieb zu gründen oder zu übernehmen. Für
13 GründerInnen haben wir einen neuen Risikokapitalfonds aufgelegt. Wir fördern
14 Unternehmensgründungen und motivieren Start-up-Unternehmen, sich in Sachsen-Anhalt
15 anzusiedeln.
16
- 17 • **Mit Hilfe von Netzwerken fördern wir die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft.** Das
18 Partnernetzwerk Wirtschaft 4.0 hat das Ziel, Unternehmen für den digitalen Wandel zu
19 sensibilisieren. Der Wandel bietet Firmen die Chance, mit Hilfe von Innovationen neue
20 Geschäftsfelder zu erschließen.
21
- 22 • **Wir vernetzen Wirtschaft mit Wissenschaft.** Gerade kleinen und mittleren Unternehmen
23 fehlt oft das Geld für Forschungsprojekte. Wir unterstützen deshalb Kooperationen der
24 Firmen mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen unseres Landes. In der
25 Regionalen Innovationsstrategie hat sich das Land unter anderem zur Verstärkung der
26 marktorientierten Forschungs- und Entwicklungsförderung bekannt.
27
- 28 • **Wir investieren in die Wissenschaft.** Damit unsere Hochschulen auch in Zukunft exzellent
29 arbeiten, haben wir ihre Grundfinanzierung erhöht und weitere erhebliche Mittel in den
30 Ausbau der Forschungsinfrastruktur des Landes investiert.
31
- 32 • **Am Arbeitsplatz wird Integration konkret.** Während andere von Belastungsgrenzen reden,
33 schaffen wir mit Wirtschaft, Arbeitsagentur und vielen Engagierten die Voraussetzungen
34 zur Integration von Geflüchteten und Zugewanderten in den Arbeitsmarkt, bringen
35 sprachliche und berufliche Qualifikation voran.
36

37 Die Koalition in Sachsen-Anhalt besteht aus drei Parteien mit sehr unterschiedlichen
38 Grundüberzeugungen und Zielen. Niemand kann erwarten, dass Landesregierung und
39 Landtagsmehrheit durchgängig sozialdemokratische Politik machen. Wir erwarten aber, dass
40 die Beteiligten alles daran setzen, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele zu erreichen.
41 Dabei geht es auch um die Glaubwürdigkeit von Politik gegenüber den Wählerinnen und
42 Wählern.

43
44 Es gibt jedoch erhebliche Defizite bei der Umsetzung von Vorhaben des Koalitionsvertrages
45 durch CDU-geführte Ministerien. Bei der Gewinnung neuer Lehrerinnen und Lehrer – auch als
46 Quer- und SeiteneinsteigerInnen oder als SprachlehrerInnen –, bei der Stärkung der
47 Gemeinschaftsschule, bei der Verwirklichung der Inklusion, bei der Planung der dafür
48 notwendigen finanziellen Ressourcen und der Abstimmung mit den Koalitionspartnern
49 vermissen wir in erheblichem Maße Handlungsfähigkeit und -bereitschaft des zuständigen
50 Bildungsministeriums. Nicht umsonst entstand eine große und erfolgreiche Volksinitiative
51 gerade im Bereich der Schulbildung. Die Bilanz der Landesregierung in der Schulpolitik kann
52 Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen nicht zufriedenstellen. Das gilt vergleichbar auch für die
53 Gleichstellungspolitik.
54

55 Der Koalitionsvertrag kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn im Landtag alle drei
56 beteiligten Fraktionen konsequent daran mitwirken. Die CDU-Fraktion kann das derzeit jedoch

Leitanträge

1 für ihre Abgeordneten offenkundig nicht sicherstellen. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass
2 gemeinsame Vorhaben vom Gutdünken einzelner Abgeordneter abhängen. Bundesweit
3 wahrgenommen wurde die Zustimmung einer Mehrheit der CDU-Fraktion zum AfD-Antrag auf
4 Einsetzung einer Enquetekommission, die – für jedermann erkennbar – nicht gegen
5 Linksextremismus, sondern gegen die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem
6 Rechtsextremismus gerichtet ist. Zudem ist offenkundig, dass es sich hierbei nicht um einen
7 bedauerlichen Einzelfall handelt.

10 **Die Arbeit der Koalition auf solide Füße stellen**

11
12 Die SPD will die Arbeit in der Koalition mit CDU und Grünen fortsetzen. Die konstruktive
13 Zusammenarbeit demokratischer Parteien in einem Parlament, in dem die AfD die Demokratie
14 von innen her bekämpft, bleibt der richtige Ansatz.

15
16 Handlungsfähigkeit in der Demokratie bedeutet aber auch, dass demokratische Beschlüsse
17 gelten. Am Koalitionsvertrag, der von den Parteitagern aller drei Partnerinnen beschlossen
18 wurde, kann es keine Abstriche geben. Das gilt für alle Teile des Koalitionsvertrags – nicht nur
19 für die, die in der Zuständigkeit der SPD-geführten Ministerien liegen. Alle drei
20 Koalitionspartner haben die Verantwortung, dass ihre Kabinettsmitglieder und ihre Fraktionen
21 zu ihrer Verantwortung stehen. Vom Ministerpräsidenten erwarten wir, dass er im besonderen
22 Maße für den Koalitionsvertrag in seiner Gesamtheit einsteht.

24 **Was wir noch vorhaben:**

- 25
26 • **Das Geld ist da: jetzt in Zukunft investieren.** Sachsen-Anhalt erwirtschaftet derzeit hohe
27 Haushaltsüberschüsse, die nicht nur für Schuldentilgung eingesetzt werden dürfen. Wir
28 wollen diese Einnahme für dringend notwendige Investitionen nutzbar machen. Eine klare
29 Prioritätensetzung auf Investitionen brauchen wir auch, um Perspektiven für den ländlichen
30 Raum zu stärken.
- 31
32 • **Wir wollen unser Konzept von fairer Arbeit umsetzen** – überall dort, wo das Land zuständig
33 ist. Dabei geht es nicht nur um gute, tarifliche Löhne, sondern auch um neue
34 Qualifizierungsmöglichkeiten, um Zugang von Langzeitarbeitslosen zum Arbeitsmarkt, um
35 Teilhabe von ArbeitnehmerInnen bei der Digitalisierung, um gleiche Chancen für Frauen und
36 um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 37
38 • **Keine Zukunft ohne Fachkräfte.** Schon den Berufseinstieg müssen wir so gestalten, dass die
39 berufliche Ausbildung für junge Menschen attraktiver wird. Dazu gehört auch mehr
40 Unterstützung für die Mobilität von Auszubildenden, unter anderem durch ein Azubi-Ticket.
- 41
42 • **Wir werden den flächendeckenden Breitbandausbau vorantreiben und die Chancen des**
43 **digitalen Wandels ergreifen.** Schnelles Internet ist im digitalen Zeitalter von zentraler
44 Bedeutung. Der Breitbandausbau wurde in der Vergangenheit zu zögerlich angegangen.
45 Deshalb werden wir alles dafür tun, Versorgungsengpässe im Land so schnell wie möglich
46 zu beheben. Im Rahmen der Digitalen Agenda werden wir aufzeigen, wie das Land den
47 digitalen Wandel für sich nutzen kann – sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich. Für
48 unsere wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir auch flächendeckende Mobilfunknetze.
- 49
50 • **KiFöG: Starke Kinderbetreuung noch besser machen.** Wir wollen eine Fortführung der
51 KiFöG-Novellierung für eine verbesserte Betreuungsqualität und zur Entlastung der Eltern.
52 Eine Abkehr von der Ganztagsbetreuung wird es mit uns nicht geben. Die
53 Fachkräftesicherung ist für die Zukunft der frühkindlichen Bildung von ebenso großer
54 Bedeutung wie für den Pflegebereich.
- 55

Leitanträge

- 1 • **Krankenhäuser qualifizieren:** Wir wollen eine zukunftsfeste, qualitativ hochwertige
2 Krankenhausstruktur in Sachsen-Anhalt. Mit einer Novellierung des Krankenhausgesetzes
3 wollen wir Stärken stärken, Kompetenzen bündeln und Doppelstrukturen abbauen. Unser
4 Gesetz wird auf Qualifizierung und Erhalt, nicht auf die Schließung von Krankenhäusern
5 abzielen.
6
- 7 • **Das zentrale Thema Pflege wird immer wichtiger.** Wir wissen, dass der Bedarf an
8 Fachkräften für die Altenpflege in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2030 um mehr als 35 Prozent
9 ansteigen wird. Am „Runden Tisch Pflege“ suchen Politik, Träger, Vereine, Verbände,
10 Gewerkschaften und Wissenschaftler gute Wege für das Land. Wir machen uns für
11 nachhaltige Lösungen in der Pflege stark. Dazu werden wir eine Befragung unter Pflegenden
12 zur Gründung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt anstoßen. Außerdem werden wir uns
13 gegenüber den Kostenträgern für eine Erhöhung der Pflegesätze stark machen. Mehrkosten
14 für Pflegebedürftige sollen durch eine Fondslösung begrenzt werden.
15
- 16 • **Bundesteilhabegesetz: Neue Chancen auch in Sachsen-Anhalt nutzen.** Das „Budget für
17 Arbeit“ soll in Werkstätten arbeitenden Menschen mit Behinderungen die Eingliederung auf
18 dem ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Mit unserem Umsetzungskonzept werden wir die
19 neuen Spielräume im Interesse der Betroffenen nutzen.
20
- 21 • **Wir werden die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft weiter vorantreiben.** Im Fokus
22 stehen hier die Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Gründerzentren
23 sowie ein effektiverer Transfer von Produkt- und Prozessideen aus der Forschung in die
24 Wirtschaft.
25
- 26 • **Sachsen-Anhalt braucht eine Kehrtwende in der Schulpolitik.** Die vereinbarte
27 Unterrichtsversorgung von 103 Prozent, bezogen auf die tatsächlichen Schülerzahlen, muss
28 im Laufe der Wahlperiode erreicht werden. Dafür brauchen wir die offensive Werbung um
29 neu ausgebildete LehrerInnen ebenso wie die Offenheit für Seiten- und
30 QuereinsteigerInnen. Wir machen uns im Bund für die Aufhebung des bildungspolitischen
31 Kooperationsverbotes für Bund und Länder im Grundgesetz stark.
32
- 33 • **Mit dem neuen Hochschulgesetz werden wir Ausgründungen erleichtern,** Wissenschaftlern
34 mehr Raum für wirtschaftliche Aktivitäten einräumen und den Hochschulen
35 Unternehmensbeteiligungen ermöglichen. Wir werden die auskömmliche Finanzierung
36 unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen sicherstellen.
37
- 38 • **Hochschulen demokratisieren:** Die Hochschulen des Landes erhalten mit der Novelle des
39 Hochschulgesetzes mehr Autonomie. So werden wir das Berufungsrecht weitgehend auf die
40 Hochschulen übertragen, damit Professorenstellen schneller besetzt werden können. Auch
41 das Hausberufungsverbot wird gelockert, um jungen, talentierten
42 NachwuchswissenschaftlerInnen in Sachsen-Anhalt eine Perspektive zu eröffnen. Mehr
43 Autonomie der Hochschulen bedeutet aber auch, dass die Vertretungsgremien mehr
44 Mitsprache erhalten müssen. Deshalb stärken wir die Rolle der Senate. Sie sollen bei
45 Entscheidungen zu Strukturen und zur Verteilung von Mitteln wieder stärker
46 mitbestimmen.
47
- 48 • **Wir wollen Geflüchteten die Chance zur gleichberechtigten Teilhabe eröffnen.** Die
49 Integration in Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeit steht dabei im Mittelpunkt.
50 Aufenthaltsrechtliche Spielräume müssen im Sinne einer gelingenden Integration in
51 Ausbildung und Arbeit genutzt werden. Wir beziehen die Eröffnung von Perspektiven für
52 Geflüchtete in unsere Strategie zur Fachkräftesicherung mit ein. Damit dies gelingt, wollen
53 wir die landespolitischen Rahmenbedingungen verbessern, damit Schulabschlüsse
54 altersunabhängig nachgeholt werden können. Wir sorgen dafür, dass sich die

Leitanträge

1 Landesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag für ein modernes
2 Einwanderungsgesetz stark macht.
3

- 4 • **Energiewende gestalten, Perspektiven schaffen, Arbeitsplätze sichern:** Wir wollen unsere
5 Anstrengungen deutlich erhöhen, um die großen Energieeffizienz- und Einsparpotentiale im
6 Land zu heben. Die Reduzierung des Energiebedarfs steht für uns am Anfang der Kette. Die
7 erneuerbaren Energien sind in Sachsen-Anhalt ein wichtiger Arbeitsplatzfaktor. Im
8 Bundesvergleich besetzen wir hier den Spitzenplatz. Wir wollen die regionale
9 Wertschöpfung stärken und Produktions- und Forschungsstandorte unterstützen. Um das
10 Klima zu schützen, muss die energetische Nutzung der Braunkohle perspektivisch ein Ende
11 finden. Langfristig ist Braunkohle zu wertvoll, um sie nur für die Erzeugung von Strom zu
12 nutzen; ihre Perspektive ist die stoffliche Nutzung. Daher brauchen wir ein ehrliches
13 Szenario für die Zukunft der Braunkohle. Die Energieversorgung muss sicher, bezahlbar und
14 umweltfreundlich umgebaut werden. Bei diesem Übergang achten wir auf die Sicherung
15 der hochqualifizierten Arbeitsplätze in Tagebau und Stromerzeugung. Wir setzen auf einen
16 Strukturwandel mit Augenmaß und auf die gezielte Förderung von Industrieansiedlungen in
17 betroffenen Regionen.
- 18
- 19 • **Mehr Demokratie wagen:** Wir werden mit der Änderung des
20 Kommunalverfassungsgesetzes für mehr Demokratie in den Kommunen sorgen und die
21 Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide herabsetzen, wie im Koalitionsvertrag
22 vereinbart. Aus der Aufklärungsarbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu
23 den Beraterverträgen müssen neue gesetzliche Regelungen entstehen, die mehr
24 Transparenz und wirksame Kontrolle ermöglichen.

25 26 27 **Die SPD will mehr**

28
29 Der Koalitionsvertrag mit CDU und Grünen bestimmt den Rahmen des heute politisch
30 Machbaren, aber nicht den Horizont sozialdemokratischer Politik. Unser Anspruch für die
31 Gestaltung der Zukunft Sachsen-Anhalts reicht über Sach- und Kompromisszwänge der
32 Tagespolitik hinaus. Für die Weiterentwicklung unserer langfristigen Ziele sind alle Mitglieder
33 gefragt. Die Leitbildkommission der SPD Sachsen-Anhalt wird deshalb ihre Arbeit fortsetzen
34 und steht allen interessierten Mitgliedern zur Mitarbeit offen.
35
36

37 **Politik und BürgerInnen wieder zusammenbringen, Vertrauen von den Kommunen her 38 aufbauen**

39
40 Demokratische Politik braucht das Vertrauen der BürgerInnen. Die demokratischen Parteien
41 müssen deutlich machen, dass die Interessen, Anliegen und Sorgen der Menschen im
42 Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen. In Sachsen-Anhalt erweckt die Politik oft einen gegenteiligen
43 Eindruck, wenn Debatten um Wölfe, Seilbahnen und Burkaverbote einseitig das Bild prägen.
44

45 Wichtige Mittlerin für den Kontakt zwischen der Landespolitik und den BürgerInnen ist die
46 kommunale Politik. Der Verlust großer Teile unserer kommunalen Basis in Sachsen-Anhalt ist
47 für uns als SPD deshalb ebenso dramatisch wie unsere Wahlniederlagen in Land und Bund.
48 Wenn wir unsere Rolle als Volkspartei erhalten wollen, müssen wir Parlamentspartei,
49 Rathauspartei, Mitgliederpartei und Programmpartei zugleich sein. Deshalb steht in den
50 nächsten Jahren der Wiederaufbau unserer kommunalen Basis im Mittelpunkt unserer Arbeit.
51 Dafür setzen wir auf die Qualifizierung unserer MandatsträgerInnen und KandidatInnen sowie
52 auf die enge Zusammenarbeit von SozialdemokratInnen in kommunaler, Landes-, Bundes- und
53 Europapolitik. Die Einbeziehung parteiloser BürgerInnen in die Arbeit unserer kommunalen
54 Fraktionen und Ortsvereine wollen wir verstärken.
55

Leitanträge

1 Wir wollen die Sichtbarkeit der SPD erhöhen – an konkreten Themen, die die Menschen
2 bewegen. Wir wollen deutlich machen: Wir kümmern uns und räumen Schwierigkeiten aus
3 dem Weg. Dafür nutzen wir kommunale Wahlkämpfe ebenso wie die Arbeit der Fraktionen in
4 Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten. Besonders großen Stellenwert für unsere Verankerung
5 in den Kommunen hat die aktive Mitwirkung von SozialdemokratInnen in Vereinen,
6 Verbänden, Initiativen und Interessenvertretungen. Eine SPD, die vor Ort Ansprechpartnerin ist
7 und zugleich den direkten Draht zur Landes-, Bundes- und Europapolitik hat, kann Menschen
8 wieder ein attraktives politisches Angebot machen. Wir appellieren an alle
9 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sich mit ihren Überzeugungen nicht zu
10 verstecken, sondern vor Ort selbstbewusst für SPD-Politik einzustehen.

11
12 Die SPD hat im Jahr 2017 auch in Sachsen-Anhalt viele neue Mitglieder gewonnen. Wir wollen,
13 dass aus zahlenden Mitgliedern aktive, engagierte MitstreiterInnen werden. Die SPD Sachsen-
14 Anhalt wird auch deshalb ihren Charakter als Mitmachpartei weiter stärken. Die
15 Regionalkonferenzen nach der Landtagswahl und unsere Zukunftswerkstatt haben dafür
16 bereits wichtige Impulse geliefert. Jedes Mitglied hat die Chance, auch in landespolitischen
17 Fragen mitzureden. Insbesondere die Mitarbeit in Arbeitsgemeinschaften und
18 Fachausschüssen bietet die Möglichkeit, sich in thematische Diskussionen einzubringen. Mit
19 dem Beschluss über den Aufbau von Online-Plattformen und der Weiterentwicklung der in den
20 letzten Monaten erprobten Arbeitsformate werden diese Mitwirkungsmöglichkeiten erheblich
21 erweitert.

22
23 Über unsere Handlungs- und Mehrheitsfähigkeit entscheiden wir auch durch unser
24 öffentliches Erscheinungsbild und unsere parteiinternen Umgangsformen. Dazu gehört
25 insbesondere, Personal- und Strukturdebatten nicht über die Medien auszutragen. Wir müssen
26 mehr miteinander und weniger übereinander reden.

27
28 Die Demokratie braucht engagierte DemokratInnen. Wer dabei mithelfen will, Sachsen-Anhalt
29 stärker und gerechter zu machen, ist eingeladen, sich in der SPD zu engagieren.

30
31
32
33
34
35

36 ***Empfehlung der Antragskommission:***
37 ***Annahme in geänderter Fassung (unter Annahme von ÄA 1)***
38 ***Ergänze auf Seite 8 Zeile 9:***
39 ***„Es besteht daher ein hoher Handlungsbedarf.“***

40
41 ***Streiche auf Seite 8 Zeile 11-14 und ersetze durch:***
42 ***„Ein Mittel um den steigenden Fachkräftebedarf im Bereich der Altenpflege zu decken, stellen***
43 ***gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung dar. Die Einführung einer***
44 ***Pflegevollversicherung ermöglicht und refinanziert die angestrebten verbesserten***
45 ***Arbeitsbedingungen. Zu den guten Arbeitsbedingungen gehören auch eine bessere Bezahlung,***
46 ***ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag, eine bessere Personalausstattung und verbindliche***
47 ***Personaluntergrenzen.“***

48
49
50 ***Abstimmung:***

Leitanträge

1 Antrag: L2

2

3 Antragsteller: AG Selbst Aktiv, AfB, AsF, Landesvorstand

4

5 **Inklusion ist Menschenrecht und nicht verhandelbar! Zentrale Bestandteile der UN-**

6

Behindertenrechtskonvention endlich konsequent verwirklichen!

7

8 Jeder gesellschaftliche Akteur ist durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention
9 (UN-BRK) verpflichtet, Menschenrechte und Grundfreiheiten für Menschen mit Behinderungen
10 zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten.

11 Jedoch stellen die aktuellen Entwicklungen das **Menschenrecht Inklusion** zunehmend in Frage.
12 Seine Sicherstellung liegt auch im Aufgabenbereich der politischen Akteure, so dass für
13 Menschen mit Behinderungen die Auseinandersetzung um ein gelingendes
14 Demokratieverständnis und Menschenrechte zum zentralen Feld geworden ist.

15

16 Jeder Mensch hat ein Recht auf "Inklusion", also darauf, ein Teil der Gesellschaft zu sein. So
17 steht es in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit 2009 auch in
18 Deutschland gilt. Es geht um gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen,
19 wirtschaftlichen und kulturellen Leben, um Chancengleichheit in der Bildung, um berufliche
20 Inklusion und um die Aufgabe, allen Bürger/Innen die Möglichkeit für einen selbstbestimmten
21 Platz in einer barrierefreien Partei und Gesellschaft zu geben .

22

23 Menschen mit Behinderung müssen die inklusive Gesellschaft nach dem Grundsatz „Nicht
24 ohne uns über uns“ selbst mitgestalten können. Dabei geht es auch um Menschen, die
25 aufgrund einer geistigen und/oder Schwerst-mehrfach-Behinderung ihre Anliegen nicht oder
26 nur schwer artikulieren können. Sie bringen sich somit nur selten in Beiräte,
27 Behindertenvertretungen oder politische Beteiligungsverfahren ein. Dieser Personenkreis muss
28 deshalb bei der Gestaltung von Inklusion stets berücksichtigt werden und ist in der Beteiligung
29 zu unterstützen.

30

31 **Inklusion ist** also nicht nur eine gute Vision, sondern ein **Menschenrecht**.

32 Das Recht auf Inklusion fußt auf der universellen Menschenwürde.

33 Weil alle Menschen mit der gleichen und unveräußerlichen Würde ausgestattet sind, haben
34 alle die gleichen Rechte und den Anspruch darauf, dass der Staat sie umsetzt.

35 Inklusion als Menschenrecht ist natürlich nicht nur ein Thema für Menschen mit
36 Behinderungen. Sie ist für alle Menschen wichtig, die nicht voll und gleichberechtigt an allen
37 Bereichen der Gesellschaft teilhaben können.

38 Doch von der rechtlichen zur tatsächlichen Gleichstellung behinderter Menschen ist es noch
39 ein weiter Weg! Es bleibt also keine Zeit, nach Alternativen zu suchen, bis sich beispielsweise
40 ein ideales Bildungssystem etabliert hat und Inklusion als Vielfalt und Chance für alle
41 Menschen verstanden wird.

42 Wir alle müssen unseren Blick für die Vielfalt und die ganze bunte Palette des Menschseins
43 öffnen und das **Menschenrecht Inklusion** als Leitmotiv für unser tägliches Handeln und
44 Entscheiden verstehen.

45 Wo liegt der Ausgangspunkt zum Inkludieren? - Ziel ist es doch, eine Begleitung von Beginn an
46 zu ermöglichen. Dabei geht es nicht darum, ob man Hilfe benötigt oder nicht, es geht darum,
47 dass man bei Bedarf auf sie zurückgreifen kann, dass bei Bedarf Menschen mit Behinderungen
48 einen verlässlichen Partner an ihrer Seite wissen.

49

50 Inklusion ist Haltung. Diese Einstellung bildet das Fundament für einen transformativen
51 Prozess. Es gilt Mut zu haben, wenn Versuche aus finanziellen Gründen und den nicht
52 vorhandenen Rahmenbedingungen zu scheitern scheinen. Man muss lernen wieder
53 aufzustehen, auch wenn man umgefallen ist.

54 Eine körperliche Einschränkung darf nicht dazu führen, dass erst bauliche, soziale oder
55 kulturelle Barrieren sie zu einer Behinderung machen.

Leitanträge

1 Eine andere Sichtweise auf das Phänomen Behinderung ist danach die Wechselwirkung der
2 Beeinträchtigung Behinderter mit den einstellungs- und umweltbedingten Barrieren, denn
3 man ist nicht behindert, man wird behindert.
4 Das hat zur Folge, dass nicht Menschen mit Behinderungen in den Fokus rücken, sondern die
5 sie behindernden Strukturen und Vorurteile.
6 Diese ausgrenzenden Barrieren müssen künftig abgebaut und überwunden werden.

7

8 **Barrierefreiheit**

9

10 Das bedeutet eine Ausweitung des Diskriminierungsschutzes im Bereich der Barrierefreiheit,
11 der auch über sogenannte Zielvereinbarungen Privatanbieter aller öffentlichen Leistungen zur
12 Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet.

13 Zukünftig müssen Vorkehrungen, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention
14 vorgeschrieben sind, für alle Anbieter von Leistungen vorgeschrieben sein, öffentliche wie
15 private.

16 Barrierefreiheit als allgemeiner Standard in allen Bereichen wie z. B. baulich, technisch,
17 kommunikativen, etc. ist im Bewusstsein und Handeln der Gesellschaft noch nicht überall
18 angekommen. Barrierefreie Anforderungen sowohl für Rollstuhlnutzerinnen und
19 Rollstuhlnutzer wie auch für sinnesgeschädigte, lern- und geistig sowie psychisch Behinderte
20 müssen in ihrer Ausfächerung jetzt selbstverständlicher Teil gesellschaftlichen Denkens und
21 Planens werden. Damit wäre übrigens auch älteren Menschen, Eltern mit Kinderwagen etc.
22 geholfen.

23

24 **Inklusive Bildung**

25

26 Gemeinsamer Unterricht und damit die Herstellung inklusiver Bedingungen muss Aufgabe der
27 Schule sowie des Schulträgers sein. Deren Finanzierung ist sicherzustellen.

28 Eine ganzheitlich inklusive Erziehung und Bildung aller Kinder, Jugendlichen, Auszubildenden
29 und Studierenden ist das Ziel und darf nicht in Gesetzgebungsverfahren verhandelt werden.

30 In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Betreuung von Kindern mit
31 Beeinträchtigungen auch nach dem 14. Lebensjahr ermöglichen.

32 Denn insbesondere Eltern und Alleinerziehende müssen momentan ihre beeinträchtigten
33 Kinder, die älter als 14 Jahre sind, nach der Schule pflegen und betreuen. Wir setzen uns daher
34 für eine verbesserte Vereinbarkeit von Pflegenden Eltern, insbesondere Alleinerziehenden und
35 deren beeinträchtigten Kinder ein!

36

37 Bildung ist die Eingangstür für eine Gesellschaft von morgen, in der wir leben möchten.

38 Diese völkerrechtliche Selbstverpflichtung ist der zentrale Maßstab, an dem die Bildungspolitik
39 in unserem Land zu messen ist.

40 Jedoch geben die politischen Veränderungen derzeit Anlass zur Sorge!

41 Es müssen endlich die notwendigen Rahmenbedingungen zum Aufbau und zur Umsetzung
42 inklusiver Schulkonzepte entwickelt werden. Es benötigt hierzu konkreter Maßnahmen mit
43 zeitlichen Vorgaben.

44 Eine Kehrtwende, ein Zurückdrehen in der Umsetzung inklusiver Bildung darf es nicht geben,
45 auch nicht im Hinblick darauf, wie viel Inklusion möglich und wie viel Differenzierung nötig ist.

46 Die Debatte über inklusive Bildung wird zu oft genutzt, um nicht der Aufforderung folgen zu
47 müssen, für eine generell inklusive Gesellschaft zu sorgen. Das löst Empörung und
48 Unverständnis aus, gerade bei den Schülerinnen und Schülern, die bereits seit Jahren
49 erfolgreich inklusiv unterrichtet werden. **Inklusive Bildung ist Menschenrecht!** Damit das
50 gelingt, muss Bildung durchlässig, inklusiv und qualitativ hochwertig ausgestaltet werden.
51 Ausgestaltet in Form von barrierefreien Schulen, Multiprofessionellen Teams, auf die
52 tatsächlichen Bedürfnisse ausgerichteter ÖPNV, verpflichtende themenbezogene
53 Weiterbildung für die Lehrkräfte, Mitnahme aller Eltern im Inklusionsprozess und der
54 Hinwendung zur individuellen Förderung an der Schule. Denn individuelle Förderung erreicht
55 alle Lernenden auf Augenhöhe und ist somit ein Gewinn für alle!

56

1 **Inklusiver Arbeitsmarkt**

2
3 Die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes und einer inklusiven Erwachsenenbildung, an
4 dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt teilhaben, ist ein ebenso wichtiger
5 Baustein auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Menschen mit Behinderungen sollen
6 ihre Berufswünsche selbstbestimmt verwirklichen können und hierbei die Möglichkeit haben,
7 ihre Potenziale frei zu entfalten. Insbesondere öffentliche Arbeitgeber haben hier eine
8 Vorbildfunktion – die gesetzlich vorgeschriebene Quote (5 %) muss hier deutlich überschritten
9 werden! Der prozentuale Anteil der behinderten Menschen an der Bevölkerung ist bis zum Jahr
10 2020 zu erreichen.

11 Der Verweis auf ein “erfülltes” Leben mit der staatlichen Unterstützung in Form von
12 Grundsicherung entspricht nicht dem Konzept von Inklusion und gleichberechtigter Teilhabe.
13 Die Benachteiligung und Ausgrenzung im Arbeitsleben ist Folge fehlenden Bewusstseins,
14 mangelnder Sensibilität für behinderte Menschen sowie der auftretenden Barrieren am
15 Arbeitsplatz und im Arbeitsumfeld. Rechtlich gesehen ist das eigentlich nicht möglich, aber in
16 der betrieblichen Praxis Realität.

17 **Inklusion in Kultur, Sport und Freizeit**

18
19 Eine inklusive Gesellschaft unterscheidet sich vom traditionellen Gesellschaftsbild. Sie
20 unterstellt ein anderes Gesellschaftsverständnis im Rahmen einer Kultur der Vielfalt und
21 fordert in Art. 30 der UN-Behindertenrechtskonvention konkret die Inklusion in Kultur, Sport
22 und Freizeit. Der Zugang zu Sport- und Freizeitaktivitäten soll für alle Menschen mit
23 Behinderungen ohne Diskriminierung möglich sein. Dies ist über das Vereinsrecht
24 sicherzustellen. Sie stehen symbolisch für Werte wie Solidarität, Selbstüberwindung,
25 gegenseitige Unterstützung und Selbstachtung.
26
27

28 **Frauen mit Behinderungen**

29
30 Frauen mit Behinderungen werden überdurchschnittlich häufig Opfer jeglicher Form von
31 Gewalt. Sie erfahren körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt nicht selten von
32 pflegenden oder betreuenden Personen, sowohl in ihrem häuslichen Bereich als auch in
33 Einrichtungen. Trotz der hohen Zahl der Betroffenen fehlt es an passgenauen Angeboten, um
34 ihnen zu helfen. In der Behindertenhilfe fehlt es an Fachkräften, die sich mit dem Thema
35 Gewalt auskennen. Hingegen sind die Frauenhäuser, Interventions- und Beratungsstellen nur
36 sehr selten barrierefrei ausgebaut. Außerdem fehlt es hier beispielsweise an
37 Sonderpädagoge*innen und Gebärdendolmetscher*innen, um den speziellen Bedürfnissen der
38 Frauen gerecht zu werden.
39

40 Die SPD Sachsen-Anhalt lehnt jegliche Form der Gewalt ab - egal gegen wen und in welcher
41 Form. Daher werden wir unsere Anstrengungen im Bereich der Gewaltprävention verstärken.
42 Um die Betroffenen bestmöglich zu unterstützen, müssen die vorhandenen
43 Unterstützungsangebote besser untereinander vernetzt werden und die Frauenhäuser und
44 Beratungsstellen kurzfristig barrierefrei umgestaltet werden.
45

46 **Wahlrecht**

47
48 Des Weiteren müssen in Sachsen-Anhalt diskriminierungsfreie Wahlgesetze, wie sie die UN-
49 BRK im Artikel 29 vorschreibt eingeführt werden.

50 Denn das Wahlrecht ist das vornehmste Recht des Bürgers in der Demokratie.

51 Derzeitig können aber nicht alle Menschen laut Wahlgesetz in Sachsen-Anhalt von ihrem freien
52 Recht zu wählen Gebrauch machen. Gemäß § 3 unseres Wahlgesetzes ist derjenige, der infolge
53 eines Richterspruches das Wahlrecht nicht besitzt, ausgeschlossen. Gleiche Regelung besteht
54 für diejenigen, denen zur Besorgung ihrer Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch
55 einstweilige Anordnung bestellt wurde. Dies gilt auch, wenn der Aufgabenbereich des

Leitanträge

1 Betreuers die in § 1896 Abs.4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten
2 Angelegenheiten nicht umfasst.
3 Diese Regelung betrifft im besonderen Umfang die Menschen mit Behinderungen, die unter
4 Betreuung stehen. Diese bei der Wahrnehmung ihres Wahlrechtes einzuschränken, ist eine
5 Diskriminierung nach Artikel 3 und Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention. Nach
6 geltenden **menschenrechtlichen Standards** sind diese Ausschlussstatbestände nicht zu
7 rechtfertigen!
8 Folglich wirkt sich der praktizierte Wahlrechtsausschluss diskriminierend auf Menschen mit
9 Behinderungen aus und ist deshalb abzuschaffen.

10

11 **Demokratische Rechte**

12

13 Inklusion ist ein dynamischer gesellschaftlicher Prozess und bedarf ständiger politischer
14 Begleitung und Initiierung von Veränderungs- und Anpassungsprozessen, nicht nur auf
15 gesetzlicher Ebene. Handlungsleitend für Inklusion als gesellschaftsprägendes Merkmal sind
16 Partizipation als Mitentscheidung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als Prinzip
17 durchgängiger Zugänglichkeit. Die Zusammenarbeit und wechselseitige Unterstützung mit
18 und von zahlreichen Behindertenverbänden und Organisationen sind ein zentrales Instrument
19 zur Erreichung dieses Zieles. Denn politisches Handeln ohne Partizipation, also ohne die
20 Mitentscheidung behinderter Menschen, ist politisches Handeln von gestern und muss
21 schrittweise gemeinsam überwunden werden. Dabei muss eine Inklusionspolitik mit
22 Engagement und Aktivitäten gestaltet werden, bei der die Akteure mit behindertenpolitischen
23 Kompetenzen fungieren und nicht die Zuschauer in den jeweiligen Gestaltungsprozessen sind.
24 Die SPD muss auf das feste Fundament der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bei
25 Positionen und Forderungen für eine zukunftsfähige und moderne Behindertenpolitik bauen
26 und behinderte Menschen direkt als Entscheidungsträger beteiligen.

27

28 **Inklusion als ein Kernthema der Sozialdemokratie!**

29

30 Der Kern der Inklusion ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, unabhängig von den
31 Besonderheiten, die ein Mensch beziehungsweise eine Gruppe von Menschen auszeichnet.
32 Genauso ist auch der Kern der Demokratie gekennzeichnet durch eine gleichberechtigte
33 Teilhabe aller Menschen am politischen Prozess. Dies kann nicht unabhängig voneinander
34 gedacht werden. Hier geht Inklusion Hand in Hand mit der Demokratie. Gleichzeitig ist die
35 Inklusion mitmenschlich gedacht. Sie reduziert die Menschen nicht auf ihre Besonderheiten,
36 sondern gibt jedem Einzelnen das Recht darauf ein Mensch zu sein. Der selbstlose Einsatz für
37 alle Menschen ist Kern der Inklusion und ist hochgradig sozial. Hier geht Inklusion Hand in
38 Hand mit dem 2. Begriff unserer Partei. Sozial!

39 **Sozialdemokratie ist daher nicht ohne Inklusion denkbar!**

40

41 Das Thema der Inklusion läuft auf Hochtouren und der Streit über gelingende Inklusion tobt.
42 Über sie wird viel geredet, Inklusion wird verordnet und es erheben sich auch Stimmen gegen
43 die Vision einer inklusiven Gesellschaft! Die Umsetzung von Menschenrechten wie der
44 Inklusion dürfen wir jedoch dabei nicht aus unserem wachsamem Blick verlieren. Denn ein
45 Zustand der Normalität kann leidenschaftslos und träge machen. Was bereits erkämpft und
46 erreicht ist, werden wir verteidigen!

47

48 Mit dem Beschluss des SPD Parteivorstandes vom 13. Oktober 2014 ist die SPD die
49 Inklusionspartei in Deutschland. Deshalb wollen wir in Sachsen-Anhalt eine offene,
50 demokratische, auf Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten basierende Gesellschaft
51 erlebbar machen.

52 Die gesetzliche und vor allem die praktische und wirkliche Gleichstellung von Menschen mit
53 und ohne Behinderungen ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine der
54 zentralen Aufgaben, um Inklusion erfolgreich umzusetzen. Nicht nur das Recht auf ein
55 selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe in der Gesellschaft aller Menschen sind Grundpfeiler

Leitanträge

1 sozialdemokratischer Politik, auch das Schaffen der notwendigen Bedingungen einer gelebten
2 Inklusionskultur sind hierfür wichtige Voraussetzungen.

3

4 Wir wollen ein inklusives Sachsen - Anhalt gestalten, wo alle Menschen unabhängig von Alter,
5 Geschlecht, Behinderung, unabhängig von ethnischer und sozialer Herkunft, unabhängig von
6 individuellen Befähigungen und Können, in Vielfalt und Unterschiedlichkeit inmitten unserer
7 Gesellschaft leben können.

8

9 Ein **inklusives Gemeinwesen ist nicht verhandelbar**, denn es bringt Vorteile für alle und stellt
10 die Weichen für eine lohnende Investition in die Zukunft unseres Landes!

11

12

13

14

15

16

17 ***Empfehlung der Antragskommission:***

18 ***Annahme***

19

20

21 ***Abstimmung:***

Leitanträge

1 Antrag: L3
2
3 Antragsteller: AG SPDqueer, AsF, AG Migration und Vielfalt, Jusos, Landesvorstand
4
5

6 **Moderne Familienbilder und Vielfalt**

7
8 Immer wieder heißt es, die Familie sei die „Keimzelle der Gesellschaft“, aber sie ist viel mehr als
9 das. Sie ist vermutlich der wichtigste Ort für jeden von uns. Und so vielfältig wie wir selbst, sind
10 auch die Vorstellungen von Familie. Familie ist schon lange nicht mehr nur Ehe und Kinder -
11 Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Lebensgemeinschaften, die verschiedensten
12 Lebensentwürfe prägen unsere heutigen Familienbilder. Mit einer modernen Familienpolitik
13 wollen wir allen bei freier Entfaltung ihrer Lebenswünsche die Geborgenheit und Sicherheit
14 einer Familie bieten. Sozialdemokratische Familienpolitik setzt die richtigen
15 Rahmenbedingungen, um es Familien zu ermöglichen, so zu leben, wie sie es für sich
16 wünschen.

17 18 **Kinder stärken!**

19
20 Hierzu zählt, dass eine Familie ausreichend Chancen hat, am gesellschaftlichen Leben
21 teilzuhaben. Eine zeitgemäße familiäre Förderung sollte sich am Kind und nicht am
22 Familienstand ausrichten, damit Familienförderung und Vergünstigungen vorrangig den
23 Kindern zu Gute kommen. Preisgestaltungen öffentlicher Einrichtungen müssen die oft
24 überbeanspruchten Familienbudgets berücksichtigen, hierzu zählen insbesondere Wege hinzu
25 kostenfreien KiTa- Angeboten. Die immer mehr zunehmende Kinderarmut muss gestoppt
26 werden.

27
28 Das Wohl unserer Kinder muss unser Leitbild sein. Für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendhilfe
29 brauchen wir belastbare Strukturen, deren Rahmenbedingungen verlässlich finanziert sein
30 müssen.

31 32 **Für ein modernes Adoptionsrecht**

33
34 In Zeiten, in denen immer mehr Patchworkfamilien existieren, und Paare ohne Trauschein
35 zusammen glücklich sind, müssen wir unser Adoptionsrecht modernisieren. Es ist nicht mehr
36 zeitgemäß und verständlich, dass unverheiratete Väter einfach eine Vaterschaftserklärung
37 abzugeben brauchen, aber Stiefväter die Mutter heiraten müssen, um ihre Stiefkinder
38 adoptieren zu können. Voraussetzung für eine Adoption darf nur die geborgene
39 Familiensituation sein, nicht der Trauschein der Eltern.

40 41 **Flexible Betreuungsangebote – bei Kindern und in der Pflege**

42
43 Eine Familie zu ernähren fällt immer schwerer – besonders, wenn man die Verantwortung
44 alleine schultern muss. Gerade Alleinerziehende sind überdurchschnittlich häufig von Armut
45 bedroht, sie sind immer öfter auf Teilzeitjobs angewiesen, die in der Regel schlechter entlohnt
46 und mit weniger Aufstiegschancen verbunden sind. Damit Alleinerziehende nicht auf Dauer
47 auf Sozialleistungen angewiesen sind, müssen die vorhandenen Angebote der
48 Kinderbetreuung flexibler als bisher ausgestaltet werden. Kindertagesstätten müssen diese
49 Flexibilität unterstützen. Wir brauchen Betreuungsangebote mit regionalspezifischen
50 Lösungsansätzen und auch zu nicht üblichen Betreuungszeiten, ohne dabei den Einrichtungen
51 und Betreuer_innen zusätzliche Lasten aufzuerlegen.

52
53 Der Wandel der Rollenbilder betrifft aber genauso die Entwicklung fort vom Verdiener-
54 Zuverdienerin-Modell hin zu einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung der Aufgaben in Beruf
55 und Familie. Familien benötigen Spielräume, um Zeit sowohl füreinander als auch für den
56 Beruf zu haben, sie erwarten gute Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern. Eine bessere

Leitanträge

1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Schlüssel, um Familien diese Freiräume zu
2 ermöglichen. Für viele Familien ist sie jedoch nach wie vor die größte Herausforderung.
3 Deshalb werden wir die betriebliche Kinderbetreuung weiter fördern und eine qualitativ
4 hochwertige Betreuung auch in Randzeiten ermöglichen.

5
6 Bedingt durch die demografische Entwicklung werden immer mehr Pflegebedürftige von meist
7 weiblichen Familienangehörigen betreut. Auch hier stellt sich die Frage nach Vereinbarkeit von
8 Familie und Beruf. Daher sind ein besseres flächendeckendes Angebot an Plätzen der
9 Tagespflege und weitere Maßnahmen und Angebote für die pflegenden Personen zu schaffen.

10
11 Im Bund kämpfen wir für ein Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeitarbeit nach einer
12 familienbedingten Reduzierung der Arbeitszeit.

13
14 Da die Hauptlast der Kinderbetreuung nach wie vor auf den Schultern der Mütter liegt,
15 kämpfen wir für eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt, in denen die gelebte Familienform
16 keine Auswirkungen auf das Arbeitsleben hat. Das betrifft sowohl gleiches Gehalt für gleiche
17 oder gleichwertige Arbeit als auch faire Aufstiegschancen am Arbeitsplatz. Darüber hinaus
18 brauchen wir Anreize und Unterstützung um mehr Vätern die Kinderbetreuung zu erleichtern
19 oder sogar erst zu ermöglichen. Familienfreundliche Unternehmen, z.B. mit betrieblichen
20 Kinderbetreuungsangeboten, benötigen mehr Förderung und Unterstützung.

21 **Alle Familien – auch nicht konservative - rechtlich absichern**

22
23
24 Deutschland erlebt die Rolle(n) vorwärts: seit einigen Jahren wandeln sich die Rollenbilder.
25 Moderne Patchworkfamilien ermöglichen es heutzutage, dass Kinder oft nicht nur Vater und
26 Mutter als ihre Eltern betrachten, sondern auch die neuen Partner ihrer Eltern oder sogar die
27 anderen Elternteile ihrer Halbgeschwister. In vielen Familien unseres Landes werden Modelle
28 gelebt, auf die die bestehende Gesetzeslage noch keine Antworten hat. Wir müssen die
29 rechtlichen Grundlagen schaffen, den Familien eine umfassende rechtliche Absicherung bieten
30 zu können, die durch gelebte Realität das Familienbild über Vater-Mutter-Kind hinaus geprägt
31 haben. Mehrelternschaften müssen rechtlich ermöglicht und abgesichert werden. Der Zugang
32 zur Reproduktionsmedizin muss diesen modernen Familienbildern gemäß geregelt werden,
33 insbesondere die Bindung an den Trauschein sollte der Vergangenheit angehören.

34 **Steuersystem an Familienbilder anpassen!**

35
36
37 Unser Steuersystem folgt einem Gesellschaftsbild, das vielen Familien nicht mehr gerecht wird,
38 indem es sich nach wie vor am Modell des Alleinverdieners orientiert und die besondere
39 Situation von Alleinerziehenden nicht berücksichtigt. Daher wird sich die SPD Sachsen-Anhalt
40 für eine Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und die
41 Umwandlung des sog. Ehegattensplittings in ein Familiensplitting einsetzen.

42 **Gleichstellungspolitik voranbringen!**

43
44
45 Unterstützung brauchen die Stellen, die sich für die Rechte der Frauen stark machen.
46 Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr Rechte, um schlagkräftiger zu sein. Gute
47 Frauenpolitik ist auch immer gute Familienpolitik. Zur Stärkung aller Frauen ist dabei
48 unerlässlich, dass Bildungs- und Integrationsangebote so strukturiert sind, dass eine parallele
49 Betreuung von Kindern möglich ist und Beratungsangebote und Notanlaufpunkte anonym und
50 frei von sprachlichen Barrieren aufgesucht werden können.

51 Auch die Antidiskriminierungsstellen brauchen mehr Unterstützung.
52 Gleichstellungsbeauftragte müssen nicht nur die Gleichstellung von Mann und Frau im Fokus
53 haben, sondern auch Gleichstellung auf allen Ebenen der modernen Familienbilder. Für
54 Sachsen-Anhalt heißt das auch, dass der im Landtag beschlossene Aktionsplan gegen Homo-
55 und Transphobie zügig umgesetzt werden muss, denn Homosexualität, genau wie alle anderen
56 queeren Lebensentwürfe gehören selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Die hierzu im

Leitanträge

1 Landeshaushalt bereit gestellten Mittel müssen zeitnah ausgekehrt werden. Förderungsfähige
2 Projekt und Vereine müssen unverzüglich beschieden werden, insbesondere bevor diese an den
3 Rand der Insolvenz getrieben werden.

4 In Umsetzung des Aktionsplanes stehen wir für eine umfassende Aufklärungs- und
5 Bildungspolitik, die auf allen Ebenen, von der KITA-Bildung bis hin zu Aus- und
6 Weiterbildungsangeboten für Arbeitnehmer und Ausbilder, ein aufgeklärtes modernes
7 Familienbild vermittelt. Diese Bildungsangebote sollen auch insbesondere in der
8 Migrationsarbeit Berücksichtigung finden.

9 Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität muss nicht nur in Art. 3 des
10 Grundgesetzes aufgenommen werden, sondern auch in Art. 7 der Landesverfassung Sachsen-
11 Anhalt.

12

13 **Konversionstherapien verbieten!**

14

15 Wir fordern ein zügiges Verbot sogenannter Konversionstherapien. Sie haben den Zweck
16 homosexuelle Menschen „umzupolen“. Anerkannter Stand der Wissenschaft ist, dass solche
17 Therapien nicht nur wirkungslos sind, sondern auch massiven psychischen Schaden anrichten
18 können und sogar zum Suizid führen können. Die Anbieter solcher Therapien nutzen schamlos
19 die Verzweiflung der Menschen aus, die durch ein diskriminierendes und unmenschliches
20 Umfeld geprägt sind, sich solcher Therapien hinzugeben. Dieses schon als kriminell zu
21 bezeichnende Verfahren muss untersagt werden.

22

23 **Migrationsarbeit anpassen!**

24

25 Ein modernes Familienbild darf nicht an sprachlichen und kulturellen Barrieren scheitern. Alle
26 Beratungsangebote müssen auch für Menschen zugänglich sein, die der deutschen Sprache
27 noch nicht fähig sind. Zudem müssen moderne Familienbilder, die Vielfalt unserer Gesellschaft
28 und insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der Migrationsarbeit
29 vermittelt werden, wobei deutlich werden soll, dass die Gleichberechtigung die Grundlage in
30 unserem Grundgesetz ist. Die entsprechenden Bildungsangebote für Migranten sollen sensibel
31 und respektvoll gestaltet werden.

32

33 **Dem „Roll-Back“ entgegenzutreten!**

34

35 Die immer stärker wahrnehmbare „Roll-Back“ Bewegung lässt sich empirisch nicht
36 nachweisen. Rechte und populistische Strömungen wollen immer mehr den Eindruck
37 erwecken, ein konservatives Familienbild sei die Realität oder auch die einzig natürliche Form
38 der Gesellschaft. Diesen Bewegungen und dem politischen Arm dieser Strömungen stellen wir
39 uns entgegen. Wir stehen für moderne Familienbilder, freie Verwirklichung der
40 verschiedensten Lebensentwürfe und Schutz von Minderheiten gegen Ausgrenzung,
41 Ungleichbehandlung und Diskriminierung.

42

43

44

45

46

47

48 ***Empfehlung der Antragskommission:***

49 ***Annahme***

50

51

52 ***Abstimmung:***

Leitanträge

1 Antrag: L4

2

3 Antragsteller: AfA, AsF, Selbst-Aktiv, Jusos, Landesvorstand

4

5

Für eine sozial gerechte Arbeitswelt

6

7 Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Krisenbewältigung und soziale Sicherheit sind eng
8 miteinander verbunden und garantieren ein Miteinander.

9 Marktradikale Kräfte setzen noch immer auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, der einzig
10 und allein unternehmerische Profite in den Mittelpunkt stellt. Wir stellen uns diesen
11 Tendenzen in Sachsen-Anhalt entgegen und fordern eine sozial gerechte Arbeitswelt.

12 Hierzu gehören nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmen,
13 sondern auch die Partizipation der Beschäftigten am wirtschaftlichen Wachstum.

14

15 Darum ist Arbeitsmarktintegration ein wichtiger Indikator der Wettbewerbsfähigkeit. Denn
16 der sicherste Weg, Armut zu bekämpfen, ist ein Beschäftigungsverhältnis, das ein
17 menschenwürdiges Einkommen ohne zusätzliche Hilfe ermöglicht. Darum fordert die SPD
18 Sachsen-Anhalt einen armutsfesten Mindestlohn ohne Ausnahmen und mit wirkungsvollen
19 Kontrollen.

20

Herausforderungen

21

22 Folgende Herausforderungen wird die SPD Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren im
23 Bereich Arbeitsmarktpolitik aktiv verbessern. Hierzu gehören der Strukturwandel durch die
24 Energiewende sowie gute Arbeit und faire Löhne, d.h. für uns als SPD, dass wir uns für
25 dauerhafte, gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze einsetzen. Wir verweisen hierzu
26 auf das Papier „Faire Arbeit für unser Land“, welches die SPD-Landtagsfraktion Sachsen
27 beschlossen hat und auch in Sachsen-Anhalt umsetzbar wäre. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt
28 sich daher auf Bundesebene aktiv für folgende Maßnahmen ein:

29

- 30
- 31 • Soziale und gerechte Anpassung der Hartz IV-Gesetzgebung
- 32 • Reformierung des Niedriglohnssektors
- 33 • Begrenzung von Leiharbeit

34

35 Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen

36 Diese Maßnahmen sind im Folgenden näher erläutert:

37

Soziale und gerechte Anpassung der Hartz IV-Gesetzgebung

38

39 Hierzu gehören die Anhebung des Schonvermögens sowie eine Überprüfung der momentanen
40 Sanktionsmöglichkeiten.

41

Reform des Niedriglohnssektors

42

43 Eine Reform des Minijobs ist notwendig, denn hierbei handelt es sich um prekäre
44 Beschäftigungsverhältnisse. In Sachsen-Anhalt sind ca. 25 % der Erwerbstätigen ohne
45 sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Eine Ursache der Ungleichbehandlung
46 liegt in der Sonderbehandlung bei Steuer- und Sozialabgaben. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt
47 sich dafür ein, dass Mini-Jobber ab dem 1 € in die Sozialversicherung einbezogen werden.
48 Möglich wäre dies beispielsweise durch die Ausweitung der Gleitzone-Regelung auf die
49 Einkommen von 0 bis 800 Euro.

50

Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen

51

52

53

54

Leitanträge

1 Werkverträge sind als Teil prekärer Arbeit anzusehen und zwar dann, wenn sie
2 zweckentfremdet werden. Eine Zweckentfremdung liegt vor, wenn das „Gewerk im laufenden
3 internen Produktionsprozess eingebunden ist und nur formal den Anforderungen eines
4 Werkvertrages entspricht. Dieser Zweckentfremdung wollen wir einen Riegel vorschieben, da
5 dies zum einen die Arbeitnehmerrechte untergräbt und zum anderen der Grundsatz „Gleicher
6 Lohn für Gleiche Arbeit“ nicht mehr gewährleistet wird. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich
7 dafür ein, dass die Rechtsgrundlage zur Regelung von Werkverträgen dahingehend angepasst
8 wird, dass ein Missbrauch unterbunden wird.

Beschränkung von Leiharbeit

12 Rund 26.000 Menschen befinden sich in Sachsen-Anhalt in Leiharbeit. Dies sind ca. 3 Prozent
13 aller Beschäftigten. Leiharbeit soll in seiner ursprünglichen Funktion ein temporäres Hilfsmittel
14 darstellen, um Produktionsspitzen abzufedern. Leider verfestigt sich die Leiharbeit und wird als
15 generelles Mittel der Beschäftigung eingesetzt. In der Realität dient Leiharbeit dazu,
16 Mitbestimmungsrechte zu beschränken und Lohndumping zu betreiben. Selbst für den Fall,
17 dass Leiharbeiter*innen den gleichen Lohn erhalten, ist das Beschäftigungsverhältnis
18 dennoch als prekär anzusehen, da sich die Arbeitnehmer nicht in einem unbefristeten
19 Arbeitsverhältnis befinden. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich daher für eine Leiharbeitsquote
20 ein. Der Anteil der Leiharbeiter soll 10% der Stammbeslegschaft nicht überschreiten. Des
21 Weiteren setzt sich die SPD Sachsen-Anhalt dafür ein, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn plus
22 einer Zulage von 10 Prozent erhalten. Mit der Mehrbezahlung soll sichergestellt werden, dass
23 Leiharbeit nur als Instrument bei Engpässen eingesetzt werden und nicht Mittel zum
24 Lohndumping ist.

Digitalisierung aktiv gestalten

28 Kaum ein Prozess verändert unsere Gesellschaft so tief greifend wie die Digitalisierung. Noch
29 vor zehn Jahren waren Smartphones eine technologische Neuerung, heute haben zwei Drittel
30 der Deutschen Eins - in der Altersgruppe der unter 50-Jährigen sogar fast 80%.

32 Gerade in der Arbeitswelt hat die Digitalisierung enorme Veränderungen gebracht, die noch
33 lange nicht abgeschlossen sind. Das „Internet der Dinge“, also mit dem Internet verbundene
34 Maschinen und Geräte aller Art, sind auf dem Vormarsch. Der vernetzte Kühlschrank, die
35 intelligente Heizung, der Staubsaugerroboter und noch einiges Mehr. Für viele Menschen
36 gehört dies bereits zum Alltag dazu. Sie nutzen digitale Technologien, um ihr Leben zu
37 organisieren. Gerade für Familien kann die Digitalisierung neue Freiräume bedeuten. Sie kann
38 Zeit sparen bei Arbeitswegen und im Haushalt, in der Koordination von Freizeit,
39 ehrenamtlichem Engagement, Beruf (Homeoffice) und Schule. Aber Digitalisierung kann auch
40 Druck ausüben. Das Gefühl ständig erwarteter Erreichbarkeit, die schnelle Entwicklung neuer
41 Anwendungen bedarf kontinuierlicher Beschäftigung mit neuen Technologien und kann zu
42 einem Gefühl der Überforderung führen. Eine klare Trennung ist nicht mehr möglich. Die SPD
43 Sachsen-Anhalt wird dafür Rahmenbedingungen schaffen, die eine Flexibilisierung der
44 Arbeitszeit mit dem Schutz von Regenerationszeiten unter Berücksichtigung des
45 Gesundheitsschutzes beinhaltet.

Qualifizierung ist ein wichtiger Baustein

49 Damit die Veränderungen der Arbeitswelt, die durch den digitalen Strukturwandel entstehen,
50 besonders im Sinne der arbeitenden Menschen sind, müssen wir diese Menschen befähigen
51 und dabei unterstützen diese Veränderungen zu gestalten. Ein wichtiger erster Schritt ist die
52 Aus- und Weiterbildung der Menschen auf eine Basis zu stellen, die sie für die digitale
53 Herausforderung fit machen. Hier stehen insbesondere drei Bereiche im Fokus:

55 Bereiche im Fokus:

Leitanträge

Bessere Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Schule

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass der Praxisbezug an Schulen größer wird. Die Schüler und Schülerinnen müssen besser auf ihr zukünftiges Arbeitsleben vorbereitet werden. Dazu gehört auch die Durchführung von Praxistagen und Praktika. Weiterhin müssten die Lehrpläne dahin gehend geändert werden. Jugendliche und Erwachsene müssen mit Grundlagen in den Berufs- und Studienalltag entlassen werden, mit denen sie diesen ohne Probleme bestreiten können.

Stärkung der Fremdsprachenausbildung angesichts der zunehmenden Internationalisierung

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Fokussierung der Fremdsprachenausbildung ein. Dies ist nötig, um den Anschluss im Zuge der Globalisierung nicht zu verlieren. Die Sprachgewandtheit der Bevölkerung unseres Landes wird unsere Zukunft maßgeblich mitbestimmen. Der Schulunterricht muss diesen Gegebenheiten Sorge tragen. Außerdem fordern wir eine verbesserte Förderung der Kurse in den Volkshochschulen. Eine vollständige Kostenerstattung nach erfolgreichem Abschluss eines Sprachkurses wäre ein Anreiz für alle Altersgruppen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die EU-Nachbarländer werden hinsichtlich des zunehmenden Fachkräftemangels immer interessanter für Unternehmen in Sachsen-Anhalt.

Die Möglichkeit der **Arbeitnehmerfreizügigkeit** wird diese Zahl perspektivisch weiter steigen lassen. Dieser Trend ist nicht als Gefahr zu sehen, sondern vielmehr als Chance für Sachsen-Anhalt zu verstehen. Die ausländischen Beschäftigten sowie die darunter noch nicht erfassten ausländischen (Solo-)Selbständigen und Werkvertragsnehmer*innen sind teilweise sog. „**mobile Beschäftigte**“. Ein wichtiges Indiz hierfür ist, dass Unternehmen des Landes Sachsen-Anhalt die Rechte der „mobilen Beschäftigten“ bewusst aushebeln bzw. verschweigen und damit Ausbeutung als Instrument der Gewinnmaximierung einsetzen. Diese Praktiken stehen einer Willkommenskultur maßgeblich im Weg. Die Aufklärung und Beseitigung dieser Praktiken erhöht nicht nur die Attraktivität der Unternehmen, es fördert auch das Ansehen Sachsen-Anhalt über Ländergrenzen hinweg. Es besteht für die „mobilen Beschäftigten“ des Landes Sachsen-Anhalt daher dringender Handlungsbedarf. „Mobile Beschäftigte“ brauchen einen Interessenvertreter. Der bestehende Handlungsbedarf drückt sich auch im Bekenntnis der Landesregierung gegen die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen und für die Ausweitung des Bündnisses gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung und dessen mobiler Migrationsberatung auf Sachsen-Anhalt (Koalitionsvereinbarung, S. 61/62) aus.

Darum *halten wir an das Gebot der EU-Entsenderichtlinie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ausnahmslos fest.*

Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt

Die Personengruppe der geflohenen Menschen in Sachsen-Anhalt wird perspektivisch eine immer höhere Attraktivität für einheimische Unternehmen bekommen. Dabei ist ein fair bezahlter Arbeitsplatz eine ideale Voraussetzung dafür, das eigene Leben möglichst schnell wieder selbst bestimmt organisieren zu können und sich dadurch in die Gesellschaft zu integrieren. Der politische und gesellschaftliche Auftrag lautet daher, dass Geflüchtete in der Arbeitswelt zu integrieren sind und dass sie gleichberechtigt behandelt werden.

Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Echte Rechte werden Gesetz!

Leitanträge

1 Die Lebenswirklichkeit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat oft wenig mit ihren Potenzialen
2 oder gar ihren Wünschen und Zielen zu tun. Ihre aktuelle Situation lässt sich mit wenigen
3 Schlagworten beschreiben: ungleiche Bezahlung, Teilzeit, Minijobs, Niedriglohn und
4 Unterrepräsentanz in Führungspositionen.

5 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt eine Dauerbaustelle. Das Elterngeld hat die Lage
6 verbessert, aber über das ganze Arbeitsleben gesehen stecken immer noch mehr Frauen im
7 Beruf zurück. Familiäre Auszeiten bedeuten häufig eingeschränkte Aufstiegschancen,
8 niedrigere Bezahlung und schlechtere Bedingungen am Arbeitsplatz. Im Ergebnis bleibt die
9 Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern groß und sie schließt sich nicht. In der Regel haben
10 die Betroffenen zudem kein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. Damit tragen Frauen nach
11 wie vor die größeren Risiken im Erwerbsleben.

12
13 Kurze Teilzeit, Minijobs, Niedriglöhne und Befristung prägen ungewollt das Erwerbsleben vieler
14 Frauen. Diese Erwerbsformen sind mit hohen wirtschaftlichen Risiken verbunden. Aufgrund der
15 geringen Löhne sind oft weder langfristige Lebens- und Familienplanungen, noch eine
16 eigenständige Existenzsicherung oder angemessene Alterssicherung möglich. Viel zu oft ist
17 Altersarmut die unausweichliche Folge. Je länger die Frauen einer atypischen Beschäftigung
18 nachgehen, desto unwahrscheinlicher wird darüber hinaus die Aufnahme einer
19 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – Klebeffekt statt Brückenfunktion ist die
20 traurige Realität.

21
22 Um die Lohnlücke zu schließen, braucht es endlich Taten statt Worte. Frauen brauchen eine
23 auskömmlich bezahlte Erwerbsarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle. „Typische“ Frauenberufe
24 müssen besser anerkannt werden, nicht mit warmen Worten, sondern auf dem Lohnzettel.
25 Frauen in Führungspositionen müssen gefördert werden, damit sie eine faire Chance haben.

26
27 Die Situation vieler Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss sich verbessern. Appelle haben in der
28 Vergangenheit nichts genutzt und werden auch in Zukunft nur ein Placebo bleiben. Frauen
29 brauchen keine Versprechungen, sondern echte Verbesserungen. Dafür haben wir eine gute
30 Tradition in unserer Demokratie: echte Rechte werden Gesetz! Wir fordern ein wirksames
31 Entgeltgleichheitsgesetz und ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit zu Vollzeit.

32
33 Die SPD Sachsen-Anhalt wird das Thema: „Bekämpfung der sexuellen Belästigung am
34 Arbeitsplatz“ von Frauen und Männern sowie den „Abbau von Geschlechterstereotypen“ bei
35 der Berufswahl aufnehmen und entsprechende Gesetzgebungsverfahren auf den Weg bringen.

36
37 **Potenziale für einen inklusiven Arbeitsmarkt endlich nutzen**

38
39 Das Recht auf Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen ist in Artikel 27 der
40 UN-Konvention, in der Europäischen Sozialcharta (Art. 1) sowie auch im Grundgesetz (Art. 12)
41 festgeschrieben.

42 Zu einer denkbaren und vor allem einer realisierbaren Chance zählt dabei die Teilhabe am
43 Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen.

44
45 Trotz derzeitig ständig sinkender Arbeitslosigkeit stagniert die Arbeitslosigkeit behinderter
46 Menschen und unterstreicht den gesellschaftlichen Handlungsbedarf.

47
48 Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat sich dazu verpflichtet, einen offenen, zugänglichen,
49 inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer
50 Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Dies ist auch nötig, da das Land Sachsen-Anhalt
51 Schlusslicht in der Beschäftigung behinderter Menschen ist. Dies muss geändert werden und
52 zwar jetzt!

53 Selbstbestimmung und Zugang zum gesellschaftlichen Alltag erfolgen über Beschäftigungen
54 auf dem ersten Arbeitsmarkt. Aber, hier stehen Menschen mit Handicap oft vor verschlossenen
55 Pforten.

Leitanträge

1 Darum muss Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt Vorrang vor der Arbeit in einer Werkstatt für
2 Menschen mit Behinderungen haben und generelle Regelungen zur Barrierefreiheit am
3 Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber gelten.

4
5 Als SPD fordern wir, dass das Angebot der Inklusionsbetriebe und Werkstätten im Hinblick auf
6 einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickelt wird.

7
8 Mit dem Budget für Arbeit, was im Zuge des Bundesteilhabegesetzes am 01.01.2018 in Kraft
9 tritt, ist hier eine Chance zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für
10 Werkstattangehörige auf dem 1. Arbeitsmarkt geschaffen.

11 Eine frühzeitige Berufsförderung junger Menschen mit Behinderungen an der Schwelle zum
12 Arbeitsleben ist im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention, angesichts der
13 Herausforderungen des demografischen Wandels sowie als Gegenbewegung zur der
14 weitgehend ungebremsten Sogwirkung des Sonderarbeitsmarktes das Gebot der Stunde. Die
15 alternde Arbeitsgesellschaft braucht jeden Heranwachsenden, auch den mit einer
16 Behinderung.

17 Schwerbehinderte Menschen sind überdurchschnittlich qualifiziert, d.h. sie haben öfter eine
18 berufliche Ausbildung abgeschlossen, ein Studium durchlaufen als die Arbeitslosen insgesamt.
19 Vor diesem Hintergrund sollten Unternehmen nicht über Fachkräftemangel klagen, sondern
20 das Potential von Menschen mit Behinderungen erkennen und damit Ungewissheit und
21 Vorurteile durch positive Beispiele entkräften. Denn nur so, wird Inklusion gelebt.

22
23 Ziel kann letztlich nur ein gemeinsamer Arbeitsmarkt für alle Beschäftigten sein, der
24 unterschiedliche Lebenslagen, Lebensentwürfe, vermeintliche Einschränkungen und Handicaps
25 wertschätzend zu berücksichtigen weiß.

26
27 Die SPD in Sachsen-Anhalt muss weiterhin dafür Sorge tragen Arbeitgeberinnen und
28 Arbeitgeber zu sensibilisieren, dass Menschen mit Behinderungen Stärken und fachspezifische
29 Potentiale besitzen und ihnen somit die berufliche Integration offen steht.

30 31 Verteilungsgerechtigkeit herstellen

32
33 Dies bedeutet, die Anhebung bzw. Erhebung von Steuern für Bestverdienende, Vermögende
34 und Erben.

35 Außerdem benötigen wir eine Entlastung für Bezieher*innen kleiner und mittlerer Einkommen
36 insbesondere bei Sozialabgaben. Dies könnte durch die Einführung von einer Bürger- und
37 Erwerbstätigenversicherung ermöglicht werden.

38 39 Abschlagsfreie Rente wegen Erwerbsminderung

40
41 Es ist Zeit, dass Bürgerinnen und Bürger nicht mehr in Form von Rentenabschlägen bestraft
42 werden, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen eine Rente erhalten. Die Zeit ist reif für eine
43 abschlagsfreie Rente wegen Erwerbsminderung.

44 Wir fordern darum die Landtagsfraktion auf, sich auf Bundesebene dafür ein zusetzen.

45
46
47
48
49
50
51 ***Empfehlung der Antragskommission:***

52 ***Annahme in geänderter Fassung***

53 ***Ergänze auf Seite 19 Zeile 11:***

54 ***nach Sachsen-Anhalt „und weltweit“***

55

Leitanträge

1 Streiche auf Seite 19 Zeile 46-48:

2 „ohne sozialversicherungspflichtiges ... Steuer- und Sozialabgaben.“

3

4 Streiche und ersetze auf Seite 19 Zeile 46:

5 *Streiche „sind ca. 25 % der Erwerbstätigen“ und ersetze durch „sind ca. 8 % der Erwerbstätigen*

6 *geringfügig beschäftigt.“*

7

8 Ergänze auf Seite 24 Zeile 46:

9 **„Verantwortung für Arbeitsbedingungen in anderen Ländern**

10

11 *Durch den weltweit vernetzten Handel tragen wir auch Verantwortung für die*

12 *Arbeitsbedingungen in anderen Ländern. Eine sozial verantwortliche und ökologisch*

13 *nachhaltige öffentliche Beschaffung ist ein wichtiger Baustein bei der Umsetzung globaler*

14 *Gerechtigkeit sowie beim Schutz der Umwelt und des Klimas.*

15 *Der faire Handel bietet die Möglichkeit einer nachhaltigen Armutsbekämpfung besonders*

16 *benachteiligter Produzentinnen und Produzenten weltweit.*

17 *Die Standards des fairen Handels ermöglichen das Voranbringen der Nachhaltigen*

18 *Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (SDG), also u.a. verbesserte*

19 *Bildungschancen für Kinder, Gesundheitsvorsorge, den Schutz der Umwelt durch Förderung der*

20 *Umstellung auf ökologischen Anbau, Verzicht auf ausbeuterische Kinderarbeit, Einhaltung der*

21 *ILO-Arbeitsnormen, sowie die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen inklusive*

22 *Geschlechtergerechtigkeit. Zudem müssen die Sorgfaltspflichten rechtlich verbindlich sein,*

23 *sowie Wertschöpfungsketten endlich transparent gemacht werden. Produkten (z.B.*

24 *Natursteinen oder Textilien), die nachweislich in Kinderarbeit gefertigt wurden, muss der*

25 *Zugang zu europäischen Märkten verwehrt werden.“*

26

27

28

Abstimmung:

1 Antrag: A1
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: S&D-Fraktion, SPD-Bundesparteitag
6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Hohe Freihandelsstandards auch für Europäische Partnerschaftsabkommen einhalten**

10
11 Der in dem CETA-Abkommen umgesetzten Standard eines institutionalisierten öffentlichen
12 Investitionsschiedsgerichts, sowie das Recht auf Regulierung im öffentlichen Interesse, als auch
13 die Möglichkeit bestimmte, für die betreffende Nation sensible, Bereiche von einem
14 Liberalisierungsprozess auszunehmen, sind wichtige Errungenschaften hin zu einer faireren
15 globalen Handelsordnung.
16

17 Diese Standards, die mit Kanada als einem Partner auf wirtschaftlicher Augenhöhe
18 ausgehandelt wurden, sollen ebenfalls auf bisher bestehende und zukünftig abzuschließende
19 Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union Anwendung finden.
20

21 **Begründung:**

22
23 Die Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union mit Partnerländern im afrikanischen,
24 karibischen und pazifischen Raum haben zum als Primärziele den Handel zwischen diesen
25 Regionen und der Europäischen Region zu stärken und die wirtschaftliche Entwicklung der
26 Region zu unterstützen.

27 Handelsabkommen zwischen diesen Ländern und der EU sind somit in der Regel asymmetrisch
28 was den wirtschaftlichen Entwicklungsstand angeht. Nichtsdestotrotz basiert die Europäische
29 Union auf dem Gedanken der Gleichheit der Nationen und darf daraus abgeleitet die Länder
30 Kanada und die AKP-Länder (Afrika, Karibik, Pazifik) nicht unterschiedlich behandeln.

31 Besonders das institutionalisierte öffentliche Investitionsschiedsgericht würde die
32 Investitionstätigkeit in diesen Ländern nachhaltiger und gerechter voranbringen als bisherige
33 Regelungen.
34
35
36
37
38
39

40 ***Empfehlung der Antragskommission:***

41 ***Annahme***

42 Anmerkung: Weiterleitung an „zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion,
43 Bundesregierung“ gestrichen
44

45 ***Abstimmung:*** 46

1 Antrag: A2
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Einführung eines einheitlichen Umsatzsteuersatzes in Deutschland**

10
11 Wir Jusos fordern die Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes und die Einführung
12 eines einheitlichen Steuersatzes. Dabei soll der neue Steuersatz so festgesetzt werden, dass
13 das Umsatzsteueraufkommen unter Berücksichtigung der eingesparten
14 Verwaltungsaufwendungen gleichbleibt, damit für den Steuerzahler keine Mehrbelastung
15 entsteht.
16

17 **Begründung:**

18
19 Mit Einführung der Allphasen-Netto-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug im Jahr 1968 wurde
20 neben dem regulären ein ermäßigter Steuersatz eingeführt. Ziel des ermäßigten Steuersatzes
21 war es ursprünglich, Waren des täglichen Grundbedarfs zu subventionieren und somit vor
22 allem die einkommensschwächeren Verbraucher zu entlasten. Durch zahlreiche
23 Sonderregelungen werden Dinge wie kurzfristige Beherbergungsleistungen, Maultiere,
24 gedruckte Bücher und Kaffeebohnen mit dem ermäßigten Steuersatz besteuert, während die
25 gewerbliche Vermietung, Hörbücher, Esel und Instant-Kaffee dem vollen Steuersatz
26 unterliegen. Zu weiteren Beispielen siehe
27 [http://www.sueddeutsche.de/geld/ausnahmeregeln-bei-der-mehrwertsteuer-eseleien-des-](http://www.sueddeutsche.de/geld/ausnahmeregeln-bei-der-mehrwertsteuer-eseleien-des-gesetzgebers-1.1575558)
28 [gesetzgebers-1.1575558.](http://www.sueddeutsche.de/geld/ausnahmeregeln-bei-der-mehrwertsteuer-eseleien-des-gesetzgebers-1.1575558)
29

30 Was zunächst unterhaltsam klingt, birgt zahlreiche Probleme. Zum einen sorgt die zum Teil
31 schwierige Abgrenzung dafür, dass die Kontrolle der richtigen Anwendung der Steuersätze
32 beim Finanzamt und in Unternehmen zu hohem Verwaltungsaufwand führen. Zum anderen
33 stellt die nachträgliche Feststellung einer falschen Anwendung der Steuersätze durch die
34 Betriebsprüfung ein bestandsgefährdendes Risiko vor allem für kleine Unternehmen dar. Nicht
35 selten führt die Umsatzsteuernachzahlung für mehrere Jahre zum Bankrott eines eigentlich
36 gesunden Betriebes.
37
38
39
40
41
42

43 ***Empfehlung der Antragskommission:***

44 ***Annahme in geänderter Fassung***

45 ***Anmerkung: Weiterleitung an „zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion“ gestrichen***
46

47 ***Streiche auf Seite 27 Zeile 9-15 und ersetze durch:***

48 ***„Reform des Umsatzsteuersatzes in Deutschland***
49

50 ***Wir setzen uns für die Bereinigung und Reduzierung der Ermäßigungstatbestände bei der***
51 ***Umsatzsteuer an.“***
52

53 ***Abstimmung:*** 54

Antragsbereich A – Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

1 Antrag: A3

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 **Für eine nachhaltige Wirtschaft: Reparaturen fördern!**

10

11 Die SPD Sachsen-Anhalt möge beschließen, zukünftig den reduzierten Umsatzsteuersatzes von
12 7 % auf alle Reparaturen (Dienstleistungen und Materialien) anzuwenden.

13

14 **Begründung:**

15

16 Schweden hat es wieder vorgemacht. Im vergangenen Jahr würde es einen reduzierten
17 Umsatzsteuersatz auf Reparaturen ein, um nachhaltiges und ressourcenschonendes
18 Wirtschaften zu fördern. Die Reparatur von Haushaltsgeräten, Fahrrädern etc. wird so
19 günstiger und wird so eher als ein Neukauf vorgezogen. Außerdem werden so lokales
20 Handwerk und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt.

21

22

23

24

25

26

27 ***Empfehlung der Antragskommission:***

28 ***Ablehnung***

29 ***Anmerkung: Weiterleitung an „Juso-Bundeskongress“ gestrichen***

30

31

32 ***Abstimmung:***

1 Antrag: A4
2
3 Antragsteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag
6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Equal Treatment von Leiharbeiter*innen**

10
11 Erhalten festangestellte Mitarbeiter*innen einer Firma betriebliche Zusatzleistungen (z. B.
12 Vergünstigungen auf Mahlzeiten in einer Kantine, Zugang zu Sportstätten innerhalb und
13 außerhalb der Firma, Zugang zu Betriebskindergärten) so sollen diese Vorzüge auch für bei der
14 Firma arbeitende Leiharbeiter*innen gelten.
15

16 **Begründung:**
17

18 Viele Firmen verweigern Ihren externen Mitarbeiter*innen Vorzugsleistungen wie die oben
19 genannten. Durch diese Ausgrenzung kommt es neben einer finanziellen Benachteiligung auch
20 zu einer sozialen Benachteiligung. Zugang zu persönlichen Kontakten zu Kollegen abseits der
21 Arbeit wird erschwert. Die Möglichkeit wichtige soziale Kontakte zu knüpfen und damit
22 verbunden eine Integration in das Arbeitsumfeld muss ungerechterweise durch eigenen
23 finanziellen Mehraufwand bei i. d. R. geringerer Bezahlung erfolgen.
24

25 Da der Großteil der Leiharbeiter*innen einen unbefristeten Arbeitsvertrag anstrebt und somit
26 nicht negativ auffallen möchte, wird der Betriebsrat in solchen Fällen selten kontaktiert.
27

28
29
30
31
32

33 ***Empfehlung der Antragskommission:***

34 ***Annahme in geänderter Fassung***

35 ***Anmerkung: Weiterleitung an „zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion“ gestrichen***
36

37 ***Streiche und ersetze auf Seite 29, Zeile 10:***

38 ***Streiche „Equal Treatment“ und ersetze durch „Gleichbehandlung“***
39
40

41 ***Abstimmung:***

1 Antrag: A5
2
3 Antragsteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen**

10
11 Einfühlungsverhältnisse, die zwischen Arbeitgeber*in und potenziellem*r Arbeitnehmer*in zum
12 Einstieg in einen Betrieb abgeschlossen werden können, sollen abgeschafft werden.
13

14 **Begründung:**

15
16 Wenn in Betrieben neue Mitarbeiter*innen aufgenommen werden, ist oftmals ein
17 Einfühlungsverhältnis die gängige Methode zur Einarbeitung. Arbeitnehmer*in und
18 Arbeitgeber*in können sich kennenlernen und feststellen, ob sie zusammenpassen und sich
19 den Abschluss eines Arbeitsverhältnisses vorstellen können. Einfühlungsverhältnisse sind
20 unbezahlt und basieren auf einer schriftlichen Erklärung beider Parteien, ein solches Verhältnis
21 miteinander einzugehen.
22

23 Der tatsächliche Zweck, nämlich sich kennenzulernen, wird allerdings einerseits durch die
24 Möglichkeit, Vorstellungsgespräche durchzuführen, entbehrlich. Andererseits kann ein
25 Probearbeitsverhältnis vereinbart werden, das seinen gesetzlichen Rahmen durch § 611 BGB als
26 befristeter Arbeitsvertrag erhält.
27

28 Dieses darf laut ständiger Rechtsprechung nicht länger als sechs Monate andauern. Im
29 Gegensatz dazu ist ein Einfühlungsverhältnis auf eine Woche beschränkt. Beide Zeitrahmen
30 sind gesetzlich nicht festgelegt und müssen nicht zwangsläufig in der schriftlichen
31 Vereinbarung konkretisiert werden. Sie gelten somit als Einfallstor für Rechtsmissbrauch.
32 Gerichtlich kann gegen eine Überschreitung dieser Zeitrahmen vorgegangen werden. Fraglich
33 ist aber, ob Arbeitnehmer*innen diesen Schritt, der als Killer für das Arbeitsklima wirkt, wirklich
34 wagen. So kann es zu einer erheblichen Zeitüberschreitung beim Einfühlungsverhältnis
35 kommen.
36

37 Das Probearbeitsverhältnis wird vergütet. Dabei verpflichten sich Arbeitnehmer*innen zur
38 Arbeitsleistung. Im Einfühlungsverhältnis verpflichten sich potenzielle Arbeitnehmer*innen
39 nicht zur Ableistung der Arbeit und sind auch nicht an Weisungen oder Arbeitszeiten
40 gebunden. Entspricht die Art oder der Umfang der geleisteten Arbeit dennoch nicht den
41 Vorstellungen der Arbeitgeber*innen, kommt es nicht zur Einstellung. Faktisch werden
42 Personen ausgebeutet und ihre Arbeitskraft verschwendet.
43

44 Im Übrigen ist das gesamte Verhältnis ein rechtlich wackliges Konstrukt, denn ein
45 „Rechtsverhältnis“ definiert sich als rechtliche Beziehung, der ein konkreter Sachverhalt
46 zugrunde liegt, der wiederum auf einer Rechtsnorm beruht. Der Aspekt Beziehung ist im
47 Einfühlungsverhältnis lediglich konstruiert: Eine Partei leistet Arbeit, bekommt aber nichts
48 zurück. Auch eine zugrunde liegende Rechtsnorm ist nicht ersichtlich. Die schriftliche
49 Vereinbarung eines solchen Verhältnisses ist für die Arbeitnehmer*innen oftmals der einzige
50 Weg zur Festanstellung. Sie beinhaltet aber nichts für das zukünftige Arbeitsverhältnis
51 Relevantes und ist allenfalls als rechtliche Absicherung der Arbeitgeber*innen einzustufen.
52
53
54
55
56

- 1 **Empfehlung der Antragskommission:**
- 2 **Annahme in geänderter Fassung**
- 3 Anmerkung: Weiterleitung an „Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration, Ministerium
- 4 für Justiz und Gleichstellung“ gestrichen
- 5
- 6 Streiche und ersetze auf Seite 30, Zeile 12:
- 7 Streiche „sollen abgeschafft werden.“ und ersetze durch „sollen gesetzlich geregelt und zeitlich
- 8 eng begrenzt werden.“
- 9
- 10
- 11 **Abstimmung:**

1 Antrag: A6
2
3 Antragssteller: SPD-Ortsverein Zeitz
4
5 Weiterleitung an: SPD Landesverband Sachsen-Anhalt
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Kein Braunkohleausstieg ohne langfristige Absicherung relevanter Planungen**

10
11 Ein beschleunigter Ausstieg aus der Braunkohle, wie er aktuell immer wieder diskutiert wird,
12 hat weitreichende Folgen im mitteldeutschen Revier und darüber hinaus.
13

14 Die Sozialdemokratie muss dafür sorgen, dass hier alle relevanten Prozesse bedacht werden
15 und konkrete Aussagen für konkrete Zeiträume getroffen werden zu:

- 16 1. Versorgungssicherheit
- 17 2. Beschäftigungsverhältnisse
- 18 3. Energiepreise
- 19 4. Energiebilanz
- 20 5. Kosten des Braunkohleausstiegs für die Volkswirtschaft

21
22 Erst nach Beantwortung dieser Fragen kann entschieden werden, zu welchem Zeitpunkt ein
23 Ausstieg aus der Braunkohle ökonomisch, ökologisch und sozial vertretbar erfolgen kann.
24

25 **Begründung:**

26
27 Es gibt bislang keine belastbaren Aussagen, wie die **Versorgungssicherheit** ohne den noch
28 vorhandenen Energiemix gewährleistet werden kann. Vor einem Kohleausstieg müssen viele
29 offene Fragen ideologiefrei beantwortet werden: Bis wann werden die Fragen zum Netzausbau
30 geklärt? Wie und bis wann werden die Verläufe der Stromtrassen mit allen Bundesländern
31 vertraglich geregelt? Wie werden die Bürgerinitiativen hinlänglich einbezogen? Bis wann und
32 zu welchen Kosten können die Energiespeicherkapazitäten hinreichend entwickelt werden, um
33 Strom aus erneuerbaren Energien speichern zu können.
34

35 Die Braunkohle bietet tausende direkte **Beschäftigungsverhältnisse** und tausende indirekte
36 Beschäftigungsverhältnisse, gerade im mitteldeutschen Raum. In aller Regel handelt es sich um
37 ordentlich bezahlte Arbeitsplätze. Bevor vorhandene gut funktionierende
38 Wirtschaftsstrukturen zerschlagen gestellt werden, muss geklärt sein, was danach kommt. Vor
39 25 Jahren haben wir in Mitteldeutschland einen „Strukturwandel“ erlebt, der keiner war.
40 Betriebe schlossen, neue entstanden nicht. Wir hatten eine Arbeitslosenquote von über 35
41 Prozent. ABM und andere Auffangregelungen halfen einigen Menschen irgendwie über die
42 Zeit, vielen nicht. Wir haben eine gut ausgebildete Arbeitergeneration abgehängt. Die meisten
43 davon sehen heute einer geringen Rente aufgrund gebrochener Erwerbsbiografien entgegen.
44 Diese Erfahrung hat bis heute sehr großen Einfluss auf die Befindlichkeiten der Menschen.
45

46 **Einen solchen Strukturwandel verkraften wir in dieser kurzen Zeit kein zweites Mal!** Die
47 (pauschale) Unzufriedenheit vieler Menschen mit der Politik ist nicht vom Himmel gefallen,
48 auch nicht das Entstehen einer AFD. Die SPD muss Antworten haben, wie es für die betroffenen
49 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergeht, sonst verlieren wir noch mehr Zuspruch.

50 Deutschland befindet sich bereits in einer Energiewende. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist
51 beschlossen, aber noch nicht gestaltet. Es gibt viele offene Fragen. Der Ausstieg aus der Kohle
52 zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Verschärfung der Liste unbeantworteter Fragen. Für die
53 Bürgerinnen und Bürger ist nur eins ganz klar. Die **Energiepreise** sind in den letzten 10 Jahren
54 um 38 % gestiegen. Besonders die Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen sind
55 davon überproportional betroffen. Das kann uns als Sozialdemokraten nicht gleichgültig sein.
56 Wir können nicht zulassen, dass eine Politik – wenn auch in guter Absicht – gemacht wird,

1 deren Finanzierung wir den Bürgerinnen und Bürgern überlassen. Wir müssen ganz klar
2 definieren, bis zu welcher Grenze wir die Menschen belasten können/wollen.
3

4 Beim Ausstieg aus der Kohle scheint der CO₂-Wert der einzig ausschlaggebende. Die Frage
5 nach der **Energiebilanz** ist nicht im Ansatz geklärt. Die umweltfreundliche Entsorgung von
6 Rotorenblättern, Wafeln und dergleichen wirft noch immer viele technologische Fragen auf.
7 Die Kosten dafür sind unklar. Unklar ist auch, wer diese übernehmen soll. Ein jahrzehntelanger
8 Streit wie bei der Endlagersuche und -finanzierung für Atommüll muss uns eine Lehre sein.

9 Die Energiebilanz kann auch keine Einzelfrage für Deutschland sein. Beispiel: Wenn britische
10 Kohlekraftwerke -hochgelobt auf der Bonner Klimakonferenz- von der Verbrennung von Kohle
11 auf Biomasse umsteigen und diese aus den USA importieren, schippern tausende von Tankern
12 über den Atlantik. Es ist fraglich, ob hier letztlich das Weltklima geschützt wird oder nur der
13 CO₂-Ausstoß über den britischen Inseln gemessen wird.
14

15 Die **Kosten des Braunkohleausstiegs** sind volkswirtschaftlich zu betrachten. Wie lange dauern
16 die notwendigen Prozesse wie sozial verträglicher Strukturwandel, Neubau von Stromtrassen,
17 Forschung und Entwicklung von Speicherkapazitäten usw.? Wie hoch sind die finanziellen
18 Auswirkungen insgesamt und wer bezahlt am Ende? Dazu gibt es noch viel zu wenige
19 dezidierten Aussagen.
20

21 Die SPD sollte sich dem Thema Nachhaltigkeit verschreiben. Die ideologiebeladene Debatte zur
22 Braunkohle betrachtet nur die ökologische Seite, und diese auch nur halbherzig. Nachhaltigkeit
23 bedeutet einen Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialer Frage!
24
25
26
27
28
29

30 ***Empfehlung der Antragskommission:***
31 ***Erledigt durch Annahme von L1***
32
33

34 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B1
2
3 Antragsteller: Kreisverband Harz
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Masterplan Schulneubau - und Sanierung im Landkreis Harz bis zum Jahr 2025**

10
11 Die bauliche und räumliche Situation an den Schulen muss auch in den nächsten Jahren weiter
12 verbessert werden. Oft bestimmt das Lernumfeld auch die Qualität der Bildung und die
13 Lernerfolge maßgeblich mit. Daher spricht sich die SPD im Harz für eine großangelegte
14 Investitionsoffensive zum Neubau und der Sanierung aller bestandsfähigen Schulen und
15 schulbezogenen Sportstätten im Landkreis Harz aus.
16

17 Mit einem durch den Kreistag zu beschließenden Masterplan 2025 sollen alle Schulen und
18 schulbezogenen Sportstätten bis zum Jahr 2025 saniert bzw. durch neue Gebäude ersetzt
19 werden. Eingeschlossen sind hierbei auch Investitionen in modernste Breitbandtechnologien
20 und Digitalisierung in allen Schulen.
21

22 Hierfür sollen verstärkt vom Land, dem Bund und der Europäischen Union bereit gestellte
23 Mittel genutzt und eingeworben werden. Darüber hinaus ist die kommunale Ebene gefordert
24 eigene Haushaltsmittel einzustellen um notwendige Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.
25

26
27 Begründung:
28

29 Kinder und junge Menschen sind unsere Zukunft. Viele Schulen sind nach wie vor in einem
30 schlechten baulichen Zustand. Dieses gilt es zu verändern. Voraussetzung für gute Bildung ist
31 auch ein Lernumfeld in dem gerne gelernt wird.
32
33
34
35
36
37

38 ***Empfehlung der Antragskommission:***
39 ***Nichtbefassung***
40

41
42 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B2
2
3 Antragsteller: Kreisverband Harz
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Verbesserung der Lehrerversorgung im Land - Bildungsminister Tullner muss seine**
10 **Hausaufgaben machen**

11
12 Die Unterrichtsversorgung im Landkreis Harz ist nicht zufriedenstellend und viele offene
13 Lehrerstellen können nicht besetzt werden. Der Unterrichtsausfall nimmt weiter zu. Die zum
14 neuen Schuljahr in Kraft getretenen „effizienzsteigernden Maßnahmen“ haben lediglich auf
15 dem Papier zu Verbesserungen der Unterrichtsversorgung geführt. Ausgeschriebene Stellen
16 können nicht besetzt werden. Daher unterstützen wir die SPD-Landtagsfraktion dabei mehr
17 Lehrkräfte einzustellen, um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Unterrichtsversorgung von 103
18 % zu erreichen.

19
20
21 Begründung:
22

23 Der zunehmende Lehrermangel, die steigende Anzahl von Unterrichtsausfall und die
24 Nichtbesetzung von Stellen nicht nur im Harz sind nicht länger hinnehmbar. Viele Schulen
25 haben eine Unterrichtsversorgung von weniger als 100 %. Es müssen endlich alle möglichen
26 und nötigen Maßnahmen des Bildungsministeriums ergriffen werden, um mehr Lehrerinnen
27 und Lehrer einzustellen. Ziel bleibt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zielzahl von 100 %.
28 Auch der aktuelle Bildungsreport der Kultusministerkonferenz (KMK) bestätigt den
29 Handlungsbedarf.

30
31
32
33
34
35
36 **Empfehlung der Antragskommission:**
37 **Annahme in geänderter Fassung**
38 Streiche und ersetze auf Seite 35, Zeile 12:
39 Streiche „Landkreis“ und ersetze durch „Land“

40
41
42 **Abstimmung:**

1 Antrag: B3
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Altersgrenzen für den Schulbesuch von Geflüchteten neu denken**

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Zugang für junge Geflüchtete zu Schul- und
12 Berufsbildung zu verbessern. Junge Geflüchtete sollen nicht mit Ende der Schulpflicht zum
13 Abbruch der Schulbildung gezwungen werden. Daher ist die Einführung eines Anspruches auf
14 Wiederaufnahme der Schulbildung bis zum vollendeten 21. Lebensjahr zu prüfen. Des Weiteren
15 ist die Schaffung einer Ausnahmeregelung für besonders begründete Fälle zu prüfen. Dazu
16 müssen die personellen Kapazitäten an den Schule, insbesondere im Bereich Deutsch als
17 Zweitsprache, entsprechend erhöht und die universitäre Lehramtsausbildung an die neuen
18 Anforderungen angepasst werden.

19
20 **Begründung:**

21
22 Das Konzept der Schulpflicht, mit seiner strengen Orientierung am Alter mag für die große
23 Mehrheit der Menschen in Sachsen-Anhalt praktikabel sein. Es bildet jedoch die Realität der
24 Bildungsverläufe junger, geflüchteter Menschen nicht ab und begrenzt diese Menschen somit
25 massiv in ihren Bildungschancen.

26
27 Sowohl lange Fluchtphasen, als auch Phasen von Krieg oder Gewalt lassen einen geregelten
28 Schulbesuch häufig unmöglich werden. Ein Beispiel ist hier Syrien, in dem heute 15 Jahre alte
29 Kinder und Jugendliche seit ihrem neunten Lebensjahr in einem von Krieg beeinflussten Land
30 leben. Dies wirkt sich natürlich auch massiv und negativ auf die Bildungsverläufe aus. Kommen
31 diese Menschen nach einer oft nicht sehr kurzen Flucht in Deutschland an, bleibt nach den
32 aktuellen Fristen zu wenig Zeit, die Bildungschancen zu nutzen.

33
34 Eine Änderung der Fristen für den Schulbesuch würde somit mehr Menschen die Chance auf
35 grundlegende Schul- und Berufsbildung ermöglichen und ihre Benachteiligung etwas
36 abmildern, anstatt diese zu manifestieren.

37
38 Das Anlegen der klassischen Bildungsverläufe von in Deutschland aufgewachsenen Kindern
39 muss somit ein Auslaufmodell zu Gunsten einer fairen Chance auf Bildung sein.
40
41
42
43
44
45

46 ***Empfehlung der Antragskommission:***

47 ***Annahme in geänderter Fassung***

48 ***Ergänze auf Seite 36, Zeile 17 nach „universitäre Lehramtsausbildung“ „qualitativ“***

49
50
51 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B4
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Lernen in einer digitalen Welt**

10 Die SPD- Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Entwicklung und Umsetzung einer
11 Landesstrategie „Bildung in der digitalen Welt“ einzusetzen. Diese Landesstrategie hat
12 folgende Ziele zu verfolgen:
13

- 14 1. Jede Schule in Sachsen-Anhalt soll bis Ende 2020 eine Internetversorgungsrate von
15 mindestens 50 MBits anliegen haben.
16
- 17 2. Bis 2021 sollen in allen Schulen die jeweiligen Unterrichtsräume mit WLAN oder LAN-
18 Verbindung ausgestattet sein.
19
- 20 3. Bis 2019 sind die in der Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen
21 Welt“ definierten Kompetenzbereiche in die Lehrpläne des Landes Sachsen- Anhalt
22 einzuarbeiten.
23
- 24 4. Bis 2021 haben alle Schulen schuleigene Medienkompetenzpläne im Rahmen der
25 Schulprogrammarbeit zu erarbeiten.
26
- 27 5. Schaffung eines Förderprogrammes, das dafür sorgt, dass bis 2021alle Schulen mit der
28 notwendigen Hard- und Software zur Umsetzung der Landesstrategie und der
29 schuleigenen Medienkompetenzpläne ausgestattet sind.
30
- 31 6. Es sind für die erste und zweite Phase der Lehrerbildung sowie für die Lehrerfort-
32 und -weiterbildung Module zu entwickeln, welche die Lehrerinnen und Lehrer auf die
33 Vermittlung die Kompetenzbereiche der „Kompetenz in der digitalen Welt“ vorbereitet.
34
- 35 7. Datenschutz ist als fundamentales Prinzip in der Hardware-Ausstattung und den
36 Lehrplänen zu verankern. Jede Schule muss eine/n Datenschutzbeauftragte/n mit
37 entsprechenden Anrechnungsstunden benennen.
38

39
40 Darüber hinaus sollen die jeweiligen Träger der Schuleinrichtungen für die
41 Wartung/Instandhaltung und Betreuung zuständig sein und dieses mit ausreichendem
42 Personal in ihren bereits vorhandenen Strukturen berücksichtigen.
43

44 **Begründung:**

45
46 Neben Lesen, Schreiben und Rechnen hat sich mittlerweile eine weitere Kulturtechnik – der
47 kompetente Umgang mit digitalen Medien- entwickelt. Wie die ICLIS-Studie von 2013
48 aufzeigte, nutzen nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland am wenigstens neue
49 respektive digitale Medien im Unterricht sondern darüber hinaus belegen unsere Schülerinnen
50 und Schüler nur einen unteren mittleren Platz bei den Computer-und informationsbezogenen
51 Kompetenzen.
52

53 Die Kultusministerkonferenz hat daher im Dezember 2016 die Strategie „Bildung in der
54 digitalen Welt“ beschlossen, zu deren Umsetzung sich alle Länder verpflichtet haben. In dieser
55 Strategie werden sechs Kompetenzbereiche der „Kompetenz in der digitalen Welt“ definiert,
56 die in fächerspezifischen und fächerübergreifenden Curricula berücksichtigt werden sollen. Das

1 große Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2018/2019 eingeschult
2 werden respektive in die Sekundarstufe I wechseln, bis zum Ende ihrer Pflichtschulzeit diese
3 Kompetenzen erwerben. Darüber hinaus wird angestrebt, dass bis 2021 alle Voraussetzungen
4 geschaffen sind, dass Schülerinnen und Schüler jederzeit, wenn es pädagogisch und didaktisch
5 für den Unterrichtsverlauf sinnvoll ist, Zugang zum Internet haben.
6

7 Um die Ziele der Strategie der Kultusministerkonferenz zu erreichen, muss Sachsen-Anhalt
8 anfangen für sich eine landeseigene Strategie zu entwickeln.
9

10

11

12

13

14

15 ***Empfehlung der Antragskommission:***

16 ***Annahme***

17

18

19 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B5

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Die Schulmediation als Mittel zur Gewalt- und Kriminalpräventionen an allen Schulen in**
8 **Sachsen-Anhalt zur Pflicht zu machen.**

9

10 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert:

11 mehr Gewalt- und Kriminalprävention an Schulen zu fördern. Sachsen-Anhalts
12 Bildungsminister wies in einem Gespräch mit der Volksstimme am 20.04.17 darauf hin, dass die
13 hohe Zahl der Mobbing-Opfer aus der Pisa Studie alarmierend sei. Er plädiere für die
14 Sensibilisierung von Lehrkräften, damit Mobbing-Situationen früh erkannt oder im Vorfeld
15 präventiv verhindert werden können. Eine Art dieser Prävention ist die Schulmediation in der
16 die Streitschlichtung durch Peeredukation erfolgt.

17 Die Umsetzung des Programms ist auch durch die Absicherung bzw. Ausbau der
18 Schulsozialarbeit zu sichern. Hierfür sind vom Land ausreichende Mittel zur Verfügung zu
19 stellen.

20 Am einfachsten kann dieses durch niedrigschwellige Angebote schon im Primärbereich
21 veranlasst werden. Diese Angebote werden von externen Institutionen, angepasst an die
22 Schulform und die Klientel, an die Schulen gebracht. Dies sind einmalige Kosten, die im
23 Vergleich zu den auftretenden Problemen durch Gewalt und Mobbing eher gering
24 einzuschätzen sind.

25

26 **Begründung:**

27

28 Zentraler Aspekt des Programms „Streitschlichter“ ist die systemische Verankerung des
29 Konfliktbearbeitungsverfahrens Mediation als ein Beitrag zur Entwicklung einer
30 demokratischen Schulkultur. Das Streitschlichterprojekt, dessen Grundverständnis von
31 Mediation auf dem Konzept der konstruktiven, systemischen Konfliktbearbeitung in enger
32 Verknüpfung mit langfristigen Schulentwicklungsprozessen fußt, muss daher weiter
33 vorangebracht werden.

34

35 In Sachsen-Anhalt wurde die Schulmediation im Jahr 2000 vom Kultusministerium als
36 anerkannte Lehrerfortbildung eingestuft. Seither gibt es keine einheitliche Liste der Lehrenden
37 im Land Sachsen-Anhalt die bereits eine Ausbildung zum Mediator oder zu einer Mediatorin
38 gemacht haben und keine einheitliche Evaluation über den Gebrauch der Schulmediation.
39 Obwohl dieses Projekt ein Qualifizierungsprogramm für Schulen ist und den Schulalltag
40 nachhaltig verändern kann, wird die Notwendigkeit durch die betreffenden Ebenen
41 unzureichend erkannt.

42

43

44

45

46 ***Empfehlung der Antragskommission:***

47 ***Annahme in geänderter Fassung***

48 ***Streiche auf Seite 39 Zeile 10-13 und ersetze durch:***

49 ***„Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass mehr Gewalt- und***
50 ***Kriminalprävention an Schulen gefördert wird. Dazu bedarf es einer“***

51

52 ***Streiche auf Seite 39 Zeile 18: „vom Land“***

53

54

55 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B6
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Abschaffung des Hausberufungsverbots**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine Abschaffung des Hausberufungsverbots an deutschen
12 Hochschulen.

13
14 Die Praxis des Hausberufungsverbots, die eine langfristige Karriereplanung an einem
15 Hochschulstandort ausschließt, verstößt gegen den Art. 33 GG (demnach hat „jeder Deutsche
16 [...] nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem
17 öffentlichen Amte“). Insbesondere Frauen und Mütter aber auch Väter entscheiden sich
18 aufgrund dieser Hürde oft gegen eine Fernberufung und einen Karriereaufstieg, was unserem
19 sozialdemokratischen Ziel der Chancengleichheit widerspricht.

20
21 Daher setzen die Jusos Sachsen-Anhalt sich für die Möglichkeit von Hausberufungen außerhalb
22 von Ausnahmeklauseln ein.

23 **Begründung:**

24
25
26 Wenn eine Fakultät an einer deutschen Hochschule beziehungsweise Universität einen
27 vakanten Lehrstuhl oder eine Professur zu besetzen hat, wird ein so genanntes
28 Berufungsverfahren eingeleitet.

29
30 Dieses richtet sich für Hochschulprofessor*innen in Deutschland nach dem
31 Hochschulrahmengesetz (HRG), den Landeshochschulgesetzen und der Berufsordnung der
32 jeweiligen Hochschule. Würde ein*e Hochschulbedienstete*r der eigenen Hochschule auf den
33 Professor*innenposten berufen werden, hieße das eine Hausberufung. Die Hausberufung ist in
34 Deutschland in mehreren Ländern aber nur unter besonderen Verfahren zulässig.
35 Beispielsweise können wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter*innen sowie
36 Juniorprofessor*innen und Professor*innen der eigenen Hochschule in begründeten
37 Ausnahmefällen nur berücksichtigt werden, wenn sie nach ihrer Promotion die Hochschule
38 gewechselt hatten oder mindestens zwei Jahre außerhalb der berufenden Hochschule
39 wissenschaftlich tätig waren. Andernorts tritt die Ausnahmeregel auch erst ab einer
40 Überschreitung eines gewissen Alters (von zum Beispiel 50 Jahren) in Kraft.

41
42 Diese Einschränkung in der Berufung wird unter dem Begriff des Hausberufungsverbots
43 festgeschrieben. Grund dieser Einschränkung sei es, eine unerwünschte Schulbildung oder
44 die Bevorzugung aufgrund persönlicher Beziehungen bei der Besetzung akademischer Stellen
45 zu verhindern. Durch eine befangenheitsfreie Besetzung der Berufungskommissionen,
46 notfalls auch mit Mitarbeiter*innen anderer Universitäten oder (wie gesetzeskonform) mit im
47 Ruhestand befindlichen Professor*innen, kann eine Bevorzugung aufgrund persönlicher
48 Beziehungen vermieden werden. Die landesrechtlichen Beschränkungen für Hausberufungen
49 wurden mit Blick auf Art. 33 Abs. 2 GG mit Ausnahmeklauseln versehen, die auf dem
50 Hintergrund des Grundgesetzes großzügig auszulegen sind, da ein absolutes
51 Hausberufungsverbot mit Bezug zu Art. 33 Abs. 2 GG verfassungswidrig wäre. Dennoch findet
52 eine Hausberufung, auch aus erschwerten formalen Gründen, fast nie statt.

53
54 Um in einer wissenschaftlichen Karriere voranzuschreiten, müssen Hochschulbedienstete
55 heute fernberufen werden. Durch die Fernberufung müssen sie oft nicht nur aus ihrem
56 sozialen, sondern auch aus ihrem familiären Umfeld ausbrechen. Besonders Frauen* und

1 Mütter aber auch Väter entscheiden sich aufgrund dieser Hürde oft gegen eine Fernberufung
2 und einen Karriereaufstieg. Es kommt hinzu, dass Professor*innen, wenn sie einer
3 Fernberufung folgen, aus sozialen und familiären Gründen oft keinen Wohnraumwechsel
4 vornehmen, wenn dieser nach einer Fernberufung zu vermeiden ist. Anstatt ihre Finanzkraft
5 dem Ort oder Bundesland zur Verfügung zu stellen, das sie berufen hat, behalten sie ihren
6 Wohnsitz und pendeln. Insbesondere die neuen Bundesländer leiden unter dieser Aufteilung,
7 da sie nicht durch die Berufung sozialer und finanzieller Eliten profitieren können.

8
9 Durch die Möglichkeit zu einer Hausberufung wäre die Karriere Hochschulbedienstete*r
10 planbarer. Außerdem können Professuren durch die Hausberufung schneller besetzt werden,
11 weil sie nicht öffentlich ausgeschrieben werden müssten und Lehrstühle würden nicht so lange
12 zum Nachteil der Studierenden vakant bleiben. Ein weiterer Aspekt ist die Diskriminierung der
13 Hochschulbediensteten durch das Hausberufungsverbot. Obwohl Lehrbeauftragte mit Zeit und
14 Kraft die Lehre und die Forschung einer Institution bereichert haben, dürfen sie sich nicht auf
15 den höchsten Posten bewerben.

16
17
18
19
20

21
22 ***Empfehlung der Antragskommission:***

23 ***Überweisung an LFA Wissenschaft und Landtagsfraktion***

24 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion“ gestrichen***

25
26
27

Abstimmung:

1 Antrag: B7

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrer*innenausbildung besser verankern**

8

9 Um eine bessere Verzahnung von Bildungs-, Erziehungs- und Hilfeleistungen im Sinne der
10 Kinder- und Jugendlichen, in Sachsen-Anhalts Schulen, auch in der täglichen Praxis zu
11 erreichen, sollen Grundkenntnisse der Strukturen, Handlungsweisen und Zuständigkeiten der
12 Kinder- und Jugendhilfe besser in der Lehrer*innenausbildung wie auch Fortbildung verankert
13 werden.

14

15 **Begründung:**

16

17 Die Implementierung von Schulsozialarbeit in den letzten Jahren hat für eine engere
18 Verzahnung des Schulsystems mit dem der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) beigetragen.
19 Wesentlicher Gründe sind der Anstieg von Schuldelinquenz und Schulversagen. Jedoch umfasst
20 die Kinder- und Jugendhilfe weitere bedeutende Angebote und Leistungen.

21

22 Als bundesweites System von außerschulischen Bildungs-, Freizeit- und vor allem
23 Hilfeleistungen, besteht der Geltungsbereich der Angebote für alle Kinder- und Jugendlichen
24 von 6-27 Jahren. Im Landesschulgesetz sind einige Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe
25 enthalten. Zu nennen ist vor allem der §38(3), der im Rahmen der Kindeswohlgefährdung
26 oberflächliche Bezüge herstellt.

27

28 Schüler*innen sind in erster Linie Kinder- und Jugendliche. Um ihnen eine umfassende Bildung
29 und Erziehung zu gewährleisten und in ihren Lebens- und Problemlagen, angemessen Hilfe,
30 Beratung und Unterstützung zu gewähren, ist es unabdingbar das die Lehrkräfte in Sachsen-
31 Anhalt, Grundkenntnisse über Strukturen, Zuständigkeiten und Logiken der Kinder- und
32 Jugendhilfe besitzen.

33

34 Die Lehrkräfte müssen von ihrer Ausbildung an, für Bedarfssituationen, für den Hilfefall aber
35 auch in Ergänzung und Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsauftrages, darauf
36 vorbereitet werden, welche Systeme greifen und angesprochen werden, wenn bspw.
37 Schüler*innen Verhaltensauffälligkeiten zeigen, wenn das Elternhaus nicht mehr die Sorge für
38 ihr Kind tragen darf oder kontinuierlicher Leistungsabfall oder Schuldelinquenz ihre Ursache im
39 sozialen und emotionalen Gefüge haben.

40

41 Die Vorbereitung aller Lehrkräfte auf ein professionelles pädagogisches Handeln und das
42 Wissen um Partner*innen außerhalb der Schule muss ebenso wesentlicher Bestandteil der Aus-
43 und Fortbildung sein weil, Lehrerinnen und Lehrer einen wesentlichen Teil der Kindheit und
44 Jugend der Schüler*innen begleiten und ein effektives Zusammenspiel aller staatlichen und
45 freien Bildungs- Erziehungs- und Hilfsinstitutionen letztlich im Sinne des Erziehungs- und
46 Bildungsauftrag des Landesschulgesetzes §1 und dem §1 SGB VIII, Recht auf Erziehung,
47 Elternverantwortung, Jugendhilfe, dem positiven Heranwachsen aller Kinder- und
48 Jugendlichen in Sachsen-Anhalt dient.

49

50

51

52 ***Empfehlung der Antragskommission:***

53 ***Annahme***

54

55

56 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B8
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien**

10
11 Die letzte Novelle der Landesgraduiertenförderung hat viele sehr wichtige und sinnvolle
12 Veränderungen, z.B. in Bezug auf Dauer, Höhe und Zuverdienstmöglichkeiten, gebracht. Diese
13 gelten jedoch bisher nur für neu aufgenommene Stipendiat*innen. Dies gilt es zügig zu
14 verändern. Die Bedingungen sind daher rückwirkend und vollständig für ausnahmslos alle
15 Stipendiat*innen an die neuen Regelungen anzupassen.
16

17 **Begründung:**

18
19 Die Neuregelungen, die ausnahmslos sinnvoll sind und die Realität der Bedürfnisse von
20 Promovierenden besser abbilden, sind für das Gelingen von Promotionsvorhaben von
21 elementarer Bedeutung. Es ist daher unverständlich, dass die Neuregelungen allein für seit
22 diesem Jahr aufgenommene Personen gelten und bisher bereits geförderte Personen von
23 diesen Verbesserungen ausgenommen sind. Zwar würden hier durch höhere Sätze und
24 Vereinfachte Verlängerungen auch Mehrkosten entstehen – nicht jedoch z.B. bei einer
25 Vereinheitlichung auf die erhöhten Zuverdienstgrenzen – zum einen sind diese aber verglichen
26 mit der Investition in junge, gut ausgebildete Menschen im Land gering, und zum anderen für
27 eine gerechte Ausgestaltung der Förderung in Kauf zu nehmen.
28
29
30
31
32
33

34 ***Empfehlung der Antragskommission:***

35 ***Annahme***

36
37
38 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B9

2

3 Antragssteller: Jusos

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes: Institutionelle Barrieren an Hochschulen und**
8 **Universitäten abbauen**

9

10 Im Jahr 2018 steht die Novellierung des Landeshochschulgesetzes auf der Agenda. Wir
11 möchten, dass durch dieses Gesetz institutionelle Barrieren abgebaut werden. Ergänzend zu
12 weiteren Beschlüssen, die sich mit dem Landeshochschulgesetz befassen, setzt sich die SPD
13 Sachsen-Anhalt dafür ein, dass im Landeshochschulgesetz folgende Dinge verankert
14 sind:

15 • an jeder Universität bzw. Hochschule in Sachsen-Anhalt ist eine Vollzeitstelle für eine /
16 einen Inklusionsbeauftragte*n einzurichten. Außerdem müssen Inklusionsbeauftragte*
17 mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um beeinträchtigte/n
18 Student*innen wirkungsvoll unterstützen zu können.

19 • Flüchtende mit entsprechender Qualifikation müssen eine sofortige
20 Hochschulzugangsberechtigung erhalten, ungeachtet ihres derzeitigen Aufenthaltsstatus.

21 • Fachhochschulen wird das Promotionsrecht gewährt.

22

23 **Begründung:**

24

25 Zur Wichtigkeit einer / eines Inklusionsbeauftragte*n

26 Unter Inklusion versteht die UN-Behindertenrechtskonvention Aktivitäten, die darauf
27 abzielen allen Menschen die uneingeschränkte Teilnahme an allen Aktivitäten möglich zu
28 machen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, benötigen wir ein Umdenken an den
29 Universitäten und Hochschulen. Für uns steht fest, dass ein solcher Struktur- und
30 Kulturwandel nicht von alleine geschieht. Daher muss die Stellung eines
31 Inklusionsbeauftragten im Hochschulgesetz verankert werden. Außerdem müssen
32 Inklusionsbeauftragte mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um diesen
33 Kultur- und Strukturwandel herbeiführen zu können und beeinträchtigten Student*innen
34 wirkungsvoll helfen zu können.

35

36 Zur Wichtigkeit der Hochschulzugangsberechtigung für Flüchtende

37 Bildung bedeutet Zukunftschancen und Perspektiven. Davon werden Personen mit einer
38 Aufenthaltsgestattung („Asylbewerber*innen“), sowie ausreisepflichtige Personen mit
39 vorübergehender Aussetzung der Abschiebung („Duldung“), in Deutschland jedoch
40 systematisch ausgeschlossen. Zwar ist es seit 2009 für die Betroffenen rechtlich prinzipiell
41 möglich ein Studium aufzunehmen, dies scheitert jedoch in den meisten Fällen an
42 entgegenstehenden, diskriminierenden Regelungen, welche die Aufnahme eines Studiums
43 faktisch unmöglich machen. In der Novellierung des Landeshochschulgesetzes sollen diese
44 Zugangsbarrieren abgebaut werden. Prinzipiell müssen Flüchtende mit entsprechender
45 Qualifikation eine sofortige Hochschulzugangsberechtigung erhalten, ungeachtet ihres
46 derzeitigen Aufenthaltsstatus

47

48 Promotionsrecht an Fachhochschulen

49 Die Idee der Fachhochschulen ist eine sozialdemokratische Idee, welche in den 1970er Jahren
50 unter Willy Brandt eingeführt wurde. Rund 40 Jahre nach der Einführung geht es nun darum,
51 sich für eine vollständige rechtliche Gleichstellung einzusetzen und den Hochschulen ein

Antragsbereich B – Bildungspolitik und Wissenschaft

1 Promotionsrecht einzuräumen. Ursprünglich verfolgten Universitäten einen
2 theorieorientierten Bezug, während Fachhochschulen eher praxisorientiert waren. Diese
3 unterschiedliche Ausrichtung wird häufig als Argument genannt, um Fachhochschulen ein
4 Promotionsrecht zu verweigern. Allerdings zeigt es sich, dass diese Darstellung schon lange
5 keine Realität mehr ist. Es wird beachtliche Forschungsarbeit an Fachhochschulen geleistet,
6 genauso wie an Universitäten ein immer stärkerer Praxisbezug angestrebt wird. Es wird Zeit
7 Fachhochschulen und Universitäten endlich wie gleichberechtigte Hochschulen behandeln.
8 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich daher für ein Promotionsrecht an Fachhochschulen ein.

9

10

11

12

13

14

15 ***Empfehlung der Antragskommission:***

16 ***Überweisung an Landtagsfraktion***

17

18

19 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B10
2
3 Antragssteller: ASF
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

8 **Programm zur Förderung der Geschlechterforschung in Sachsen-Anhalt**

9
10 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, gemeinsam mit den SPD- geführten Ministerien,
11 ein Programm zur Förderung der Gender Studies in Forschung und Lehre zu erarbeiten und
12 umzusetzen, um die Geschlechterforschung disziplinübergreifend an den Hochschulen des
13 Landes Sachsen-Anhalt zu verankern.

14
15 Das Programm soll insbesondere folgende Bestandteile beinhalten:

- 16 1. Die adäquate Ausstattung und langfristige Sicherung bestehender Strukturen der
17 Genderforschung in Sachsen-Anhalt und Unterstützung bei der Einrichtung weiterer
18 Genderprofessuren an den Hochschulen des Landes
- 19 2. Die Sicherstellung der Integration der Forschungsergebnisse von Gender Studies in die
20 universitäre Ausbildung
- 21 3. Die Verbesserung von Forschungs- und Nachwuchsförderung im Bereich der
22 Geschlechterforschung und Etablierung von Gender-Studies-Angeboten als
23 Schlüsselqualifikation in Bachelor- und Masterstudiengängen
- 24 4. Die Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Vergabe von öffentlich finanzierten
25 Forschungsaufträgen

26 27 **Begründung:**

28
29 Gender- oder Geschlechterforschung bezeichnet die Analyse von Geschlechteraspekten in allen
30 wissenschaftlichen Disziplinen. Mitte der 1980er Jahre entstand sie im deutschsprachigen
31 Raum als eigene Disziplin. In den vergangenen Jahren hat sich Genderforschung insbesondere
32 in den Sozial-, Erziehungs- und Kulturwissenschaften in alle Fachgebiete hinein differenziert.
33 Auch in den Naturwissenschaften, den Ingenieurwissenschaften sowie der Medizin sind
34 Lehrstühle entstanden.

35
36 Ob bei der Erforschung von Zukunft der Rente, zur gesundheitlichen Versorgung von Männern
37 und Frauen oder bei Fragen globaler Gerechtigkeit wie der Bekämpfung von Armut oder dem
38 Klimawandel – Forschung ohne Berücksichtigung von Gender-Aspekten, also der Bedeutung
39 von Geschlecht im Zusammenwirken mit anderen Faktoren, ist lückenhaft, weil das Geschlecht
40 als Kategorie überall wirksam ist. Forschung büßt so an Qualität, Exzellenz und
41 Innovationsfähigkeit ein.

42
43 Gerade in der Medizin zeigt sich, wie schädlich sich die fehlende Berücksichtigung von
44 Genderfragen in der Forschung auswirken kann. So mussten in der Vergangenheit zahlreiche
45 teuer entwickelte Medikamente wieder vom Markt genommen werden, da sie gegenteilige
46 und lebensbedrohliche Reaktionen bei Frauen hervorgerufen haben. Derartige Entwicklungen
47 könnten verhindert werden, wenn geschlechtsspezifische Unterschiede häufiger Erkrankungen
48 wie z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und neurologischen Erkrankungen erkannt,
49 eingeordnet und in der Lehre umgesetzt werden. Eine Geschlechtergerechte
50 Gesundheitsversorgung setzt daher die Berücksichtigung von Gender-Aspekten zwingend
51 voraus.

52
53 Trotz ihres großen Erkenntnis- und Innovationspotenzials ist die die Fördersituation von
54 Geschlechterforschung prekär. Zudem fehlt es an einer systematischen und kontinuierlichen

1 Forschungsförderung. In Sachsen-Anhalt gibt es momentan nur eine Professur an der Otto-
2 von-Guericke Universität Magdeburg, die eine Teildenomination für Geschlechterforschung
3 besitzt. Laut Vorschlag des Wissenschaftsrates sollten im Land bis zu fünf Professuren mit dem
4 Schwerpunkt Geschlechterforschung geschaffen werden. Diese Zahl wurde jedoch nie erreicht.
5
6 Auch das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt definiert im
7 Abschnitt Hochschulbildung das Ziel „Stärkung der Frauen- und Geschlechterforschung in
8 Sachsen-Anhalt und Vermittlung von Genderkompetenz im Studium“. Als Teilziel wird der
9 „Ausbau von Gender Studies-Studienangeboten“ genannt.

10
11
12
13
14
15

16 ***Empfehlung der Antragskommission:***

17 ***Annahme in geänderter Fassung***

18 *Anmerkung:* Weiterleitung an „Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes
19 Sachsen-Anhalt, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt“
20 gestrichen

21

22 *Streiche und ersetze auf Seite 46 Zeile 10-12:*

23 *Streiche „Die SPD Landtagsfraktion ... und umzusetzen“ und ersetze durch „Die SPD*
24 *Landtagsfraktion wird aufgefordert, ein Programm zur Förderung der Gender Studies in*
25 *Forschung und Lehre zu initiieren“*

26

27

28 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B11
2
3 Antragssteller: ASF
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Förderung hormonfreier Verhütung!**

10
11 Wir fordern die Landtagsfraktion und die SPD- geführten Ministerien auf:

- 12
13 • Sich für den Ausbau und die Förderung der Forschung zu natürlichen, hormonfreien
14 Verhütungsmitteln einzusetzen sowie
15 • Anreize zu schaffen, natürliche und hormonfreie Verhütungsmittel auf den Markt zu
16 bringen.
17

18 **Begründung:**

19
20 Laut den Repräsentativbefragungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung von
21 2010 und 2011 verhüten über die Hälfte der Menschen (in diesem Fall Frauen) in Deutschland
22 mit der Pille. Die Benutzung hormonfreier Verhütungsmittel für Frauen liegt bei weniger als 10
23 %. Hormonelle Verhütungsmethoden sind verbunden mit Nebenwirkungen. Nebenwirkungen
24 können Depressionen und Gewichtszunahme sein. Mit einer Quote von 30 % für Eintreten von
25 Nebenwirkungen bei 18- bis 24-Jährigen, ist diese Altersgruppe besonders betroffen. Eine
26 Studie wies nach, dass ein Pillenplacebo bei Frauen dazu führte, dass diese sich signifikant
27 wohler fühlten, vitaler und selbstbestimmter als die Vergleichsgruppe, die tatsächlich
28 Hormone erhielt.

29 Andere Verhütungsmethoden sind z.B. hormonelle Kupferspiralen. Bei diesen Methoden kann
30 es aufgrund der Seltenheit der Anwendung durch Gynäkologinnen zu Anwendungsfehlern
31 kommen und zu schmerzhaften seelischen Erfahrungen, da die Einführung der Spirale in einem
32 unerregten Zustand der Vagina einer Vergewaltigung nahe kommen kann.
33

34 Möglichkeiten zur natürlichen Verhütung ohne Hormone gibt es durchaus. Es gibt bereits
35 natürliche Verhütungsmittel für Männer, die Spermien an der Beschleunigung hindern. Dieses
36 Mittel würde die Pille überflüssig machen. Doch ein mangelnder Kenntnisstand in Fachkreisen
37 und die Tatsache, dass Verhütungsmethoden, an denen die Pharmaindustrie kein Gewinn
38 erzielen kann, weniger stark beworben werden, führt dazu, dass diese nicht in den Fokus
39 geraten.
40
41
42
43

44 ***Empfehlung der Antragskommission:***

45 ***Annahme in geänderter Fassung***

46 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Ministerium für***
47 ***Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Ministerium für Arbeit, Soziales und***
48 ***Integration des Landes Sachsen-Anhalt“ geändert in „Bundesparteitag“***

49
50 ***Streiche auf Seite 48 Zeile 11 und ersetze durch:***

51 ***„Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf“***

52
53
54 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B12
2
3 Antragssteller: AG Migration und Vielfalt
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag und SPD-Landtagsfraktion
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Kinderrechte und Recht auf Bildung wahren – Integrations- vor Abschiebungspolitik stellen**

10
11 Wir fordern die Verantwortungsträger*innen in Parlamenten und Regierungen auf Landes- und
12 Bundesebene dazu auf, ihre symbolpolitische Fokussierung von Abschiebungen auf die
13 Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen zu verlagern.

14 Im Zusammenhang mit den von der Minister*innenkonferenz vorgeschlagenen Änderungen im
15 Aufenthalts- und Asylrecht fordern wir, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen
16 Berücksichtigung finden. Das Kindeswohl sollte im Zentrum einer humanitär ausgerichteten
17 Migrationspolitik stehen und darf auch bei Menschen mit geringer Bleibeperspektive nicht
18 unter den Tisch fallen. Wir fordern daher von Bund und Ländern:

- 19
20 • die Asylantragsstellung für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen (umA) soll
21 nicht durch die Jugendämter von Amtswegen erfolgen, sondern weiterhin nur am
22 Kindeswohl ausgerichtet sein;
23 • eine Abschiebung ohne Widerruf darf nicht möglich sein, vor allem wenn Minderjährige
24 betroffen sind.
25

26 Die UN-Kinderrechtskonvention ist im derzeitigen Aufenthalts- und Asylrecht und bei
27 zukünftigen Veränderungen voll zu berücksichtigen. Ein wesentliches Menschenrecht ist das
28 Recht auf Bildung – unabhängig von Herkunft und Asylstatus. Wir fordern daher vom Land
29 Sachsen-Anhalt:

- 30
31 • Umsetzung der Schulpflicht auch für Kinder und Jugendliche in den
32 Landesaufnahmeeinrichtungen;
33 • die Sprachförderung und schulische Integration an den allgemein bildenden und
34 berufsbildenden Schulen des Landes durch entsprechende personelle Verstärkung
35 sicherzustellen;
36 • die Verbesserung des Zugangs für 16-/17-Jährige zu allgemeinbildenden Schulen mit der
37 Möglichkeit zu höherwertigen Schulabschlüssen, insb. Abitur;
38 • die Schaffung von Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen insbesondere
39 für über 18-Jährige.
40

41 **Begründung:**

42
43 Das Kindeswohl sollte im Zentrum einer humanitär ausgerichteten Migrationspolitik stehen.
44 Insbesondere mit Blick auf die geplanten Veränderungen im Aufenthaltsrecht und in der
45 Behandlung von Menschen mit geringer Bleibeperspektive darf das Kindeswohl nicht unter den
46 Tisch fallen.
47

48 Abschiebung ohne Widerruf darf nicht möglich sein, sobald Minderjährige betroffen sind.
49 Zudem muss klargestellt werden, dass eine räumliche Beschränkung nicht für Kinder und
50 Jugendliche gelten darf. In beiden Fällen gilt: Kinder und Jugendliche sollten nicht die
51 Konsequenzen für das Handeln ihrer Eltern tragen. Auch dürfen die im Gesetzentwurf
52 vorgeschlagenen Maßnahmen nicht dazu führen, dass der Kontakt zwischen Eltern und ihren
53 Kindern oder zwischen Geschwistern verhindert wird. Der Schutz der Familie muss
54 angemessen berücksichtigt werden.
55

1 In vielen individuellen Fällen ergibt sich im Verlauf des Verfahrens doch ein Bleiberecht. Hier
2 drohen Integrationsdefizite aufgrund einer verspäteten Heranführung an ein
3 selbstbestimmtes Leben in Deutschland, einer verspäteten Sprachförderung und einer
4 schleichenden Demotivierung während des Aufenthalts in einer Aufnahmeeinrichtung. Immer
5 wieder sind drohende Abschiebungen von Kindern, die mehrere Jahre in Deutschland gelebt
6 haben, Anlass für bürgerschaftlichen Protest und mediale Aufmerksamkeit. In diesen Fällen
7 werden minderjährige Mitglieder unserer Gesellschaft nur auf Grund des Aufenthaltsrechts
8 dazu gezwungen, die vertraute Klassengemeinschaft, den Sportverein usw. zu verlassen.
9 Dadurch greifen wir nicht nur auf zutiefst tragische Weise in die Entwicklung dieser Kinder ein,
10 sondern führen auch der gesamten Gesellschaft vor, dass Integration nicht im Vordergrund
11 steht. Dies muss durch eine Altfallreglung eingestellt werden.

12
13 Eine gesetzliche Veränderung zum Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen darf nur unter der
14 besonderen Beachtung der Belange schutzbedürftiger Personen erfolgen, insbesondere
15 Familien mit minderjährigen Kindern und alleinstehende Frauen. Dies umschließt
16 insbesondere folgende Themen: adäquate Beschulung, kindgerechte Freizeitgestaltung, ein
17 familiäres Zusammenleben, das der kindlichen Entwicklung förderlich ist sowie den Schutz vor
18 Übergriffen. Der Gefahr von möglichen Integrationsversäumnissen muss bereits frühzeitig
19 begegnet werden. Unter Berücksichtigung des Artikels 28 der UN-Kinderrechtskonvention, des
20 Artikels 14 der EU-Aufnahmerichtlinie und des Artikels 26 der Verfassung des Landes Sachsen-
21 Anhalt muss das Recht auf Zugang zu Bildung konsequent umgesetzt werden.

22
23
24
25
26
27
28 ***Empfehlung der Antragskommission:***

29 ***Annahme in geänderter Fassung***

30 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundesparteitag und SPD-Landtagsfraktion“ ergänzt***

31
32 ***Streiche auf Seite 49 Zeile 9: „***

33 ***„– Integrations- vor Abschiebungspolitik stellen“***

34
35 ***Streiche auf Seite 49 Zeile 11-16:***

36 ***„Wir fordern ... finden.“***

37
38 ***Streiche auf Seite 49 Zeile 21:***

39 ***„nicht durch die Jugendämter von Amtswegen erfolgen, sondern“***

40
41
42 ***Abstimmung:***

1 Antrag: B13
2
3 Antragssteller: SV Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Lehramtsausbildung zurückholen**

10 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass an der Otto-von Guericke-
11 Universität die Voraussetzungen dafür geschaffen werden,
12

- 13
- 14 1. ab dem kommenden Wintersemester 2018/2019 die Lehramtsausbildung an Gymnasien
15 und Sekundarschulen (besonders für Mathematik und Physik) wieder anzubieten,
16
- 17 2. die Qualifizierung von Seiten- und Quereinsteigern für das Lehramt anzubieten.

18 **Begründung:**

19
20 Das Land Sachsen-Anhalt kann offene Lehrerstellen kaum besetzen und wird sich in den
21 nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Es ist davon auszugehen, dass bis zum 2022 rund
22 8.000 Pädagogen gebraucht werden. Besonders gravierend ist der Mangel an Lehrernachwuchs
23 im naturwissenschaftlich-technischen Bereich (MINT-Fächer). Die Zahl der Absolventen wird
24 auch nach Erhöhung der Studienplätze nicht ausreichen, um ausscheidende Kollegen ersetzen
25 zu können.
26

27 Um den Bedarf an Lehrkräften in den kommenden Jahren zu decken, ist neben einem Quer-
28 und Seiteneinsteigerprogramm, einer gezielten Fachkräftegewinnung u.a. durch Marketing
29 und flexibilisierte Bewerbungsverfahren auch eine erhebliche Aufstockung der
30 Lehramtsstudienplätze an den Universitäten in Halle/Saale und Magdeburg notwendig. An der
31 Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg wurden im Wintersemester 2017/2018 die
32 Lehramtsstudienanfänger auf 740 Plätze erhöht. Die Lehramtsausbildung für Mathematik und
33 Physik soll auch wieder an der Otto-von Guericke-Universität Magdeburg angeboten werden.
34
35
36
37
38
39

40 **Empfehlung der Antragskommission:**

41 **Annahme in geänderter Fassung**

42 Streiche auf Seite 51 Zeile 9-16 und ersetze durch:

43 **„Lehramtsausbildung ausbauen**

44
45 *Vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels und der zu geringen Unterrichtsversorgung*
46 *fordert die SPD Sachsen-Anhalt, alle Möglichkeiten zur Gewinnung von Lehrkräften zu nutzen*
47 *und entsprechend die Kapazitäten der Lehramtsausbildung auszubauen.*
48

49 *In diesem Zusammenhang möge sich die SPD-Landtagsfraktion dafür einsetzen, dass an der*
50 *Otto-von Guericke-Universität die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die*
51 *Qualifizierung von Seiten- und Quereinsteigern für das Lehramt anzubieten. Zudem soll sie*
52 *prüfen, dort die Lehramtsausbildung an Gymnasien und Sekundarschulen (besonders für*
53 *Mathematik und Physik) wieder anzubieten.“*
54

55 **Abstimmung:**

56

1 Antrag: B14
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, AfB, AfA
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Bildungsurlaub für alle!**

10
11 Der SPD-Landesparteitag fordert den Zugang zum Bildungsurlaub zu erleichtern und bekannter
12 zu machen.

13 Dies beinhaltet insbesondere:
14

- 15 - Gesetzlicher Anspruch aller Arbeitnehmer*innen – egal in welchem Bundesland sie
16 leben – auf Bildungsurlaub festlegen.
- 17 - erleichteter Zugang zu Bildungsangeboten durch den Abbau bürokratischer Hürden
- 18 - aufsetzen einer bundeweiten Imagekampagne zur Information der Unternehmer*innen
19 und Arbeiter*innen über die Thematik
- 20 - Abschaffung der unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern
- 21 - Abschaffung der Sonderregelung für kleine Betriebe (Verbot für Bildungsurlaub für
22 Arbeitnehmer*innen in einem Betrieb mit weniger als 5 Beschäftigte/n)

23 **Begründung:**

24
25
26 Das Thema „Bildung“ insbesondere „Lebenslanges Lernen“ ist ein elementarer Bereich
27 sozialdemokratischer Politik. Der Bildungsurlaub ist zwar ein gesetzlich verbrieft Anspruch
28 für Arbeiter*innen während der Arbeitszeit, dieser ist vielen aber wenig bekannt und wird
29 drum auch wenig genutzt.

30 Im Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über den bezahlten
31 Bildungsurlaub hatte sich die BRD im Jahre 1974 zu einem bezahlten Bildungsurlaub zum
32 Zwecke der Berufsbildung, der allgemeinen und politischen Bildung sowie der
33 gewerkschaftlichen Bildung verständigt. Da die Kulturhoheit bei den Ländern liegt wurde
34 dieser in jeweils eigenen Landesgesetzen individuell geregelt, in einigen z.B. Bayern und
35 Sachsen verzichteten allerdings komplett auf gesetzliche Regelungen. Die unterschiedliche
36 Vorgehensweise sorgte außerdem für zahlreiche Sonderregelung, zum Beispiel wie viele Tage
37 den Arbeitnehmer*innen zustehen (in den meisten Ländern fünf Tage) und für welche Bereiche
38 Bildungsurlaub beschränkt wird (i.d.R. politische und berufliche Bildung). In einige
39 Bundesländer z.B. Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern gibt es außerdem
40 Pauschalen für die Kompensation der Lohnkosten, in vielen anderen Bundesländern gibt es
41 dagegen

42
43
44 keinerlei finanzielle Anreize. All dies führt dazu, dass Bildungsurlaub wenig bekannt ist und nur
45 selten genutzt wird. Nur durchschnittlich 1-2 Prozent (in Bremen annähern fünf Prozent) der
46 Arbeitnehmer*innen wird dieser „Sonderurlaub“ in Anspruch genommen. Oft herrscht auch
47 Verwirrung, welche Seminare unter dieser Regelung fallen und Menschen, die sich
48 weiterbilden nutzen stattdessen den Stundenausgleich oder ihren Jahresurlaub, der eigentlich
49 zu Erholungszwecken gedacht ist.

50
51 Andere Länder - z.B. Italien - machen es vor, welche Chancen es durch diesen Sonderurlaub gibt.
52 Hier haben die Arbeitenden die Möglichkeit innerhalb drei Jahren 150h Bildungsurlaub zu
53 nehmen um z.B. fehlende Schulabschlüsse nachzuholen.

54
55

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag“ geändert in „Bundesparteitag“

Abstimmung:

1 Antrag: D1

2

3 Antragsteller: ASG

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

8

9 **Für die SPD ist es - auch in der Rolle der stärksten Oppositionspartei im Bundestag – prioritäre**
10 **Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen und weiterhin solidarisch für mehr soziale**
11 **Gerechtigkeit zu kämpfen.**

12

13 An den Zielen einer paritätischen Bürgerversicherung muss festgehalten werden. Die jetzt vor
14 uns liegende Legislaturperiode soll dazu genutzt werden, die Grundlagen, Inhalte und
15 Bedingungen zur Umsetzung detailliert zu erarbeiten und so weitgehend vorzubereiten, dass
16 durch die öffentliche Debatte deren Einführung in der nächsten, von uns politisch zu
17 führenden, Legislatur erfolgen kann.

18

19 Die SPD tritt für die sofortige durchgehend paritätische Finanzierung (einschließlich etwaiger
20 Zusatzbeiträge) und die Abschaffung von Zuzahlungen in der gesetzlichen Kranken- und
21 Pflegeversicherung ein. Beitragsbemessungsgrenzen sind zu hinterfragen und die
22 Einbeziehung aller Einkommen in die Beitragspflicht zu prüfen.

23

24 Wir als SPD wollen eine bedarfsgerechte Versorgung mit einheitlichen Leistungen der Kranken-
25 und Pflegeversicherung und wehren uns gegen alle beitragsfinanzierten
26 „versicherungsfremden Leistungen“ in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und
27 Rentenversicherung.

28

29 Wir als SPD werden weiterhin dafür kämpfen, dass alle gesetzlich Versicherten - unabhängig
30 von Einkommen und Wohnort – die beste medizinische und pflegerische Versorgung
31 bekommen und ihnen alle notwendigen medizinischen Leistungen im Krankheitsfalle zur
32 Verfügung stehen. Wir kämpfen gegen jede Form der „Zwei-Klassen-Medizin“ und wissen,
33 welchen Herausforderungen wir dabei in der kommenden Legislaturperiode ausgesetzt sein
34 werden.

35

36 Wir als SPD treten für eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen
37 Versorgung ein und werden diese überall dort implementieren, wo wir jetzt und/oder in
38 Zukunft Verantwortung tragen. Dabei müssen die Vorbeugung (Prävention) und die
39 Rehabilitation – ebenso wie die Pflege - in diese Planung einbezogen werden.

40

41 Die Notfallversorgung muss organisatorisch, strukturell und finanziell neu aufgestellt werden.
42 Sonst kann eine hohe Qualität in der Versorgung als auch ein wohnortnaher Zugang für alle
43 nicht gewährleistet werden.

44

45 Wir als SPD setzen uns auch künftig für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in
46 Krankenhäusern und in der ambulanten Kranken- und Altenpflege ein und verteidigen die
47 begonnene generalisierte/ einheitliche Pflegeausbildung. Wir wollen überall dazu beitragen,
48 dass durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Pflege eine Versorgung erreicht
49 wird, welche die Würde der Kranken und Alten respektiert und sichert.

50

51 Begründung:

52 Der Sozialstaat ist unsere Errungenschaft mit Verfassungsrang. Er sorgt für sozialen Ausgleich
53 und hat den Menschen die Sicherheit zu gewährleisten, derer sie bedürfen, um ihr Leben
54 selbstbestimmt zu gestalten. Er ist unverzichtbar.

55

1 Unsere jetzige Aufgabe ist es, unsere sozialstaatlichen Grundlagen und Institutionen vor Abbau
2 und drohenden Eingriffen zu schützen. Deshalb werden wir jedwede Privatisierung von
3 Kernbereichen des Sozialwesens bekämpfen und den Ausbau einer solidarischen, sozial
4 gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung - auch aus der Opposition heraus - vorbereiten und
5 überall da vorantreiben, wo dieses Aussicht auf Erfolg verspricht.

6
7 Das gilt insbesondere für den Bereich der gesetzlichen Sozialversicherungen. Deren
8 Selbstverwaltungsprinzip gilt es, von Grund auf als Handlungs- und Gestaltungsoption zu
9 begreifen und künftig besser zur Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit zu nutzen.
10 Insbesondere muss zeitnah eine höhere Finanzierungs- und höhere Leistungsgerechtigkeit in
11 den Sozialversicherungen erreicht werden, um deren Akzeptanz insgesamt zu erhöhen. Dieser
12 wiederum bedarf es, um mit Aussicht auf Erfolg an dem Ziel einer paritätischen
13 Bürgerversicherung festzuhalten.

14
15
16
17

18 ***Empfehlung der Antragskommission:***

19 ***Annahme***

20 ***Anmerkung:*** Weiterleitung an „Bundesvorstand der ASG und SPD-Bundestagsfraktion“
21 ***geändert in „Bundesparteitag“***

22

23

24 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D2
2
3 Antragssteller: AG Selbst Aktiv
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Stimmrecht für Patientenvertreter*innen in den Ausschüssen der gemeinsamen**
10 **Selbstverwaltung Sachsen-Anhalt**

11
12 Die SPD spricht sich für eine Veränderung des § 140f im SGB V dahingehend aus, dass den
13 Patientensprecher*innen, welche den Ausschüssen der gemeinsamen Selbstverwaltung
14 beisitzen, zukünftig Stimmrecht eingeräumt wird.
15

16
17 **Begründung:**

18
19 Derzeitig erhalten die auf Landesebene für die Wahrnehmung der Interessen der
20 Patienten*innen und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen
21 maßgeblichen Organisationen u.a. in den Landesausschüssen nach § 80 sowie den erweiterten
22 Landesausschüssen nach § 116b Absatz 3 nur ein Mitberatungsrecht, welches auch das Recht
23 zur Anwesenheit bei der Beschlussfassung beinhaltet aber das maßgebliche Stimmrecht
24 ausschließt.

25 Vor diesem Hintergrund fordert die AG Selbst Aktiv einen Ausbau von Beteiligungsrechten.

26 Wir begründen diese Notwendigkeit eines Stimmrechts in Verfahrensfragen mit Erhöhung von
27 Verantwortung der jeweiligen Patientenorganisationen, sowie mit der gleichberechtigten
28 Beteiligung der Patientenvertreter*innen.

29 Diese sollten dadurch auch mehr in der Öffentlichkeit als Teil der gemeinsamen
30 Selbstverwaltung wahrgenommen werden.
31
32
33
34
35
36

37 ***Empfehlung der Antragskommission:***

38 ***Annahme in geänderter Fassung***

39 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Landtagsfraktion, Ministerium für Arbeit, Soziales und***
40 ***Integration“ geändert in „Bundesparteitag“***

41
42 ***Streiche auf Seite 56 Zeile 10:***

43 ***„Sachsen-Anhalt“***
44
45

46 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D3
2
3 Antragsteller: ASG in Sachsen-Anhalt
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Bedürftige Solo-Selbstständige durch Senkung der Pflichtbeiträge für die gesetzliche**
10 **Krankenversicherung entlasten; Beiträge für Bezieher von ALG II müssen zur Kostendeckung**
11 **aufgestockt werden**
12

13 Der von Solo-Selbstständigen zu entrichtende Mindestbeitrag in der Gesetzlichen
14 Krankenversicherung (GKV) wird gesenkt. Der Beitrag zur GKV für ALG-II-Bezieher wird
15 aufgestockt.
16

17 **Begründung:**
18

19 In Deutschland gibt es derzeit schätzungsweise 250.000 Menschen ohne
20 Krankenversicherungsschutz. Ein Großteil davon sind Solo-Selbstständige mit Einkommen
21 teilweise unterhalb des Existenzminimums, die sich den vom Gesetzgeber festgelegten
22 Mindestbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht leisten können. Der Bundesrat
23 hatte daher in seiner EntschlieÙung vom 10. März 2017 gefordert, die Mindestbeiträge
24 abzusenken. Dies lehnte die Bundesregierung jedoch ab.
25

26 In der Bundesratsdrucksache 100/17 vom 6. Oktober 2017 heißt es: „Bei hauptberuflich
27 Selbstständigen geht der Gesetzgeber bislang davon aus, dass sie des Schutzes der
28 Solidargemeinschaft nicht ... bedürfen, sondern in eigener Verantwortung Vorsorge treffen
29 können“. Diese Einschätzung ist realitätsfremd. Solo-Selbstständige sind in hohem Maße
30 gerade deshalb schutzbedürftig, weil es sich bei ihnen meist um Personen handelt, die von
31 Arbeitslosigkeit bedroht sind und in den Bezug von ALG II abzugleiten drohen und/ oder sich
32 durch die Selbstständigkeit aus eigener Arbeitslosigkeit herausarbeiten möchten. Viele der
33 Solo-Selbstständigen benötigen auch weiterhin aufstockende Leistungen aus dem ALG II.
34

35 In der Bundesratsdrucksache heißt es weiter: „Aktuelle Vorschläge zielen ... darauf ab, die
36 Mindestbemessungsgrundlage für Selbstständige ... erheblich abzusenken und die mit einer
37 Bedürftigkeitsprüfung vorgesehene Härtefallregelung abzuschaffen. Dies würde ... zu
38 jährlichen Mindereinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung im mittleren dreistelligen
39 bis niedrigen vierstelligen Millionenbereich führen und gegebenenfalls einen Anstieg der
40 Zusatzbeiträge für alle Mitglieder zur Folge haben.“ Das vorgesehene Verfahren zur
41 Bedürftigkeitsprüfung bedeutet für die betroffenen Solo-Selbstständigen ein hohes Maß an
42 Bürokratie. Zudem stehen etwaige, durch die Prüfung im Einzelfall erzielbare Einsparungen,
43 völlig außer Verhältnis zum Nutzen, da die Betroffenen regelmäßig auch den sich bei
44 Anwendung der Härtefallregelung für ihn ergebenden Beitrag nicht aufzubringen vermögen.
45

46 Seit Jahren weisen die gesetzlichen Krankenkassen darauf hin, dass die Versicherungsbeiträge,
47 die sie für die Bezieher von ALG II erhalten, nicht kostendeckend sind. Das bedeutet in Hinblick
48 auf die Solo-Selbstständigen, dass sich der Sozialstaat seiner Fürsorgepflicht entzieht, indem er
49 in Verkennung deren tatsächlicher wirtschaftlicher Situation diese als nicht schutzbedürftig
50 einstuft und ihnen die vollen Versicherungsbeiträge abverlangt; im Gegenzug aber sich selbst
51 durch die Zahlung nicht kostendeckender Beiträge für die ihm unterstellten schutzbedürftigen
52 ALG-II-Bezieher zu Lasten der GKV finanziell entlastet.
53
54
55
56

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung

Anmerkung: Weiterleitung an „Bundesvorstand der ASG, die Mitglieder des Gesundheitsausschusses der SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Landes-Parteivorstand Sachsen-Anhalt“ geändert in „Bundesparteitag“

Streiche auf Seite 57 Zeile 13-15 und ersetze durch:

„Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der von Solo-Selbstständigen zu entrichtende Mindestbeitrag in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gesenkt wird. Der Beitrag zur GKV für ALG-II-Bezieher ist aufzustocken.“

Abstimmung:

1 Antrag: D4
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Bessere Kinderbetreuung zu Randzeiten ermöglichen**

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes
12 Sachsen-Anhalt werden aufgefordert, sich im Rahmen der Novellierung des Gesetzes zur
13 Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes
14 Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz – KiFöG LSA) dafür einzusetzen, bestehende
15 Betreuungsbedarfe in den Randzeiten zu erfüllen.
16

17 **Begründung:**

18
19 Auch heute noch ist es für viele berufstätige Eltern eine große Herausforderung, passgenaue
20 Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu finden. Eine wesentliche Voraussetzung für die
21 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist jedoch, dass Eltern ihre Kinder gut versorgt und
22 gefördert wissen und dass die Betreuungs- zu den Arbeitszeiten passen. Bei sehr frühem
23 Arbeitsbeginn, spätem Arbeitsende oder bei Arbeitsmodellen im Schicht- oder
24 Wochenenddienst ist es schwierig, für Kinder eine geeignete Regelbetreuung zu finden. In
25 solchen Fällen geht es in der Regel nicht darum, längere Betreuungszeiten, sondern eine
26 Betreuung zu anderen Zeiten als dem Regelbedarf zu ermöglichen, da die Mehrzahl der
27 Einrichtungen nicht länger als bis 17 Uhr geöffnet sind.
28

29 Im Koalitionsvertrag haben sich die Koalitionspartner deshalb darauf geeinigt, die
30 Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeiten
31 sowie die ganztägige Kinderbetreuung mit flexiblen Möglichkeiten für Randzeiten verbessern
32 zu wollen. Eine entsprechende Regelung ist im Rahmen der Novellierung des KiFöG LSA zu
33 verankern. Gerade Frauen, die in der Pflege oder im Dienstleistungsbereich arbeiten, würden
34 von einer besseren Abdeckung von Randzeiten profitieren.
35
36
37
38
39
40

41 ***Empfehlung der Antragskommission:***

42 ***Annahme in geänderter Fassung***

43 ***Anmerkung:*** Weiterleitung an „Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes
44 Sachsen-Anhalt, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ gestrichen
45

46 ***Streiche und ersetze Seite 59, Zeile 11-12:***

47 ***Streiche „Die SPD-Landtagsfraktion und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration
48 des Landes Sachsen-Anhalt werden“ und ersetze durch: „Die SPD-Landtagsfraktion wird“***
49

50
51 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D5
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD–Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Patient*innenrechte stärken: Für die Einführung eines/einer Patient*innenbeauftragten in**
10 **Sachsen-Anhalt**

11
12 Die SPD Sachsen-Anhalt möge sich für die Einführung eines/einer Patient*innenbeauftragten
13 auf Landesebene einsetzen, um so die Rechte für Patient*innen, Pflegebedürftige sowie deren
14 Angehörige zu stärken.

15
16 **Begründung:**

17
18 Patient*innen und Pflegebedürftige, sowie deren Angehörige sollen über die/den
19 Patient*innenbeauftragten die Möglichkeit erhalten stärker mitreden zu können und so als
20 aktiver, gleichberechtigter Partner aller Beteiligten im Gesundheitswesen wahrgenommen zu
21 werden. Der/Die Patientenbeauftragte sorgt dafür, dass die Anliegen von Patientinnen und
22 Patienten stärker beachtet werden und setzt sich für eine verbesserte Kommunikation im
23 Gesundheitswesen ein.

24
25 Durch eine gute Vernetzung zu Patientenverbänden und Organisationen werden die Belange
26 der Patientinnen und Patienten in die Öffentlichkeit gebracht, um so gezielter aktuelle
27 Entwicklungen und Bedürfnisse aufzugreifen. Außerdem bestärkt das Amt die
28 Weiterentwicklung der Patient*innenrechte und sorgt dafür, dass die Beteiligungs- und
29 Informationsmöglichkeiten für Patient*innen erweitert werden.

30
31 Neben der Aufgabe als Anlaufstelle für Anfragen und Beschwerden von Patient*innen,
32 Angehörigen oder Pflegebedürftigen, soll der/die Patient*innenbeauftragte die politischen
33 Entscheidungen im Sinne der Patienten beeinflussen, um konkrete Ergänzungen und
34 Veränderungen vorzuschlagen.

35 Derzeit setzen lediglich vier Bundesländer (Bayern, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-
36 Westfalen) eine*n Patient*innenbeauftragte*n auf Landesebene ein.

37
38
39
40
41
42 ***Empfehlung der Antragskommission:***

43 ***Annahme in geänderter Fassung***

44 ***Anmerkung:*** Weiterleitung an „Landesministerium für Soziales, Arbeit und Integration“
45 ***gestrichen***

46
47 ***Streiche auf Seite 60 Zeile 12-14 und ersetze durch:***

48 ***„Die SPD Landtagsfraktion wird gebeten die Einführung eines/einer Patient*innenbeauftragten***
49 ***auf Landesebene zu prüfen, um so die Rechte für Patient*innen, Pflegebedürftige sowie deren***
50 ***Angehörige zu stärken.“***

51
52
53 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D6
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD–Bundesparteitag
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Rechtssicherheit für Tätowierer*innen, Piercer*innen und Verbraucher schaffen**

10 Die Jusos und die SPD streben eine bundesweit einheitliche Regelung für die Ausübung der
11 Tätigkeit der Tätowierer*innen und Piercer*innen an. Sie unterstützen dabei die Initiative des
12 Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, das sich für eine Mindestzertifizierung
13 in diesen Bereichen einsetzt, fordern jedoch weitergehende Schritte:
14

15
16 1. Ähnlich wie bei Gewerben aus der Gastronomie, z.B. mobilen Imbiss-Ständen, muss vor der
17 Erstinbetriebnahme eines Studios eine Abnahme durch das Gesundheitsamt erfolgen.
18

19 2. Neue Gewerbe bzw. Studios dürfen nur in Betrieb genommen werden, wenn ein Nachweis
20 über einen Erste-Hilfe-Kurs und über Kenntnisse im Bereich des Infektionskrankheitenschutzes
21 und der Sterilisation erbracht worden sind.
22

23 3. Bereits existierende Studios, bei denen einer oder mehrerer dieser Nachweise fehlen, müssen
24 für alle dort tätigen Tätowierer*innen diese innerhalb einer bestimmten Frist nachreichen,
25 bzw. ihre Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.
26

27 4. Ein Rahmenhygieneplan wie er vom Länder-Arbeitskreis zur Erstellung von Hygieneplänen
28 nach § 36 IfSG erarbeitet wurde ist von jedem/jeder Tätowierer*in und Piercer*in verpflichtend
29 einzuhalten und vorzuweisen.
30

31 5. In den zuständigen Fachministerien ist zu prüfen welche dieser Schritte bereits auf
32 Länderebene umgesetzt werden können, um diese dann in Sachsen-Anhalt in Kraft zu setzen.
33

34 6. Langfristig wird von den zuständigen Stellen geprüft wie ein neuer Ausbildungsberuf für die
35 Tätigkeit des Tätowierens und Piercens geschaffen werden kann, um der Komplexität des
36 Berufs in Bereich wie Materialkunde, Chemie, Anatomie und Hygiene ebenso Rechnung zu
37 tragen wie den Aspekten des Kunsthandwerks, die die Tätigkeit umfasst.
38

39 **Begründung:**

40
41 Laut Umfragen sind etwa 15 Prozent der Menschen in Deutschland tätowiert, etwa 7 Prozent
42 tragen ein Piercing (Ohrlöcher nicht mitgerechnet). Trotz der mittlerweile großen Verbreitung
43 und steigender gesellschaftlicher Akzeptanz, ist der Bereich des Piercens und Tätowierens bis
44 heute kaum gesetzlich geregelt. Dies erscheint besonders fahrlässig in Anbetracht hoher
45 Gesundheitsrisiken und langwieriger Folgeschäden bei unseriöser Ausübung der Tätigkeit.
46

47 Viele Tätowierer*innen und Piercer*innen halten sich bereits an freiwillige Regelungen von
48 Branchenvereinen, verpflichtend ist jedoch nichts davon. Dies nützt insbesondere jenen
49 wenigen unseriösen Tätowierer*innen und Piercer*innen, die durch mangelnde Hygiene oder
50 schädliche Farben Kosten sparen.

51 Für den Verbraucher ist es dabei oftmals schwer durch eine oberflächliche Kontrolle eines
52 Studios genau einschätzen zu können, wie sauber in diesem Umfeld gearbeitet wird, oder über
53 welche Kenntnisse die dort arbeitenden tatsächlich verfügen.
54

55 Es ist Zeit diesbezüglich rechtliche und verbindliche Richtlinien zu schaffen und auch für eine
56 gute und fundierte Ausbildung der in diesem Bereich Tätigen zu sorgen, die über das reine

1 Wissen um Hygiene, Infektionskrankheiten und Sterilisation der Arbeitsmaterialien
2 hinausgeht, sondern auch die handwerklichen und künstlerischen Aspekte dieses Feldes
3 miteinschließt und in einen Beruf einbindet.
4
5
6
7
8
9

10 ***Empfehlung der Antragskommission:***

11 ***Annahme in geänderter Fassung***

12 ***Anmerkung: Weiterleitung an „Bundesparteitag“ ergänzt***

13

14 ***Streiche auf Seite 61 Zeile 11-14 und ersetze durch:***

15 ***„Die SPD strebt eine bundesweit einheitliche Regelung für die Ausübung der Tätigkeit der***
16 ***Tätowierer*innen und Piercer*innen an. Sie setzt sich für eine Mindestzertifizierung in diesen***
17 ***Bereichen ein, fordert jedoch weitergehende Schritte:“***

18

19 ***Streiche und ersetze Seite 61, Zeile 20:***

20 ***Streiche „Infektionskrankheitenschutzes“ und ersetze durch „Infektionsschutzes“***

21

22

23 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D7
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 Heilpraktiker*innenausbildung jetzt einheitlich regeln

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine umfassende Reform der mit dem
11 Beruf der Heilpraktiker*innen in Zusammenhang stehenden Regelungen einzusetzen und
12 dabei sowohl eine Reform des Berufsbildes an sich, als auch der Ausbildung anzustreben.
13

14
15 Insbesondere sind bei der Novelle des Heilpraktikergesetzes die folgenden Punkte zu beachten:

- 16
17 1. Schaffung einer einheitlichen Berufsausbildung inklusive eines bundesweit
18 einheitlichen Ausbildungsinhaltes und der Überarbeitung der
19 Ausbildungsvoraussetzungen hin zu modernen Standards der Berufsausbildung. Dies
20 beinhaltet auch den Wegfall der bisherigen Altersgrenze von mindestens 25 Jahren.
- 21 2. Einführung einer geschützten Berufsbezeichnung „Heilpraktiker/ Heilpraktikerin“.
- 22 3. Entwicklung von geeigneten Übergangsmöglichkeiten für bereits praktizierende
23 Personen, deren Ausbildung nicht die neu zu schaffenden Standards erfüllt, wobei der
24 Schutz der Patient*innen dabei voran vor der beruflichen Entfaltung der einzelnen hat.

25
26 Im Rahmen der Gesetzesnovelle soll insbesondere darauf geachtet werden, dass die Sicherheit
27 von Patient*innen weiter gestärkt und das Berufsbild eindeutiger abgegrenzt wird.
28

29 Vorbildcharakter für die Ausbildung kann dabei zum Beispiel die des Heilpraktikerverbandes
30 Bayern e.V. haben, welcher bereits heute auf eine dreijährige Ausbildung setzt.
31

32 Begründung:

33 Die bisher in Deutschland gültigen Regelungen in Bezug auf den Heilpraktiker*innenberuf
34 unterscheiden sich von denen der meisten europäischen Länder insbesondere dadurch, dass es
35 zum einen kein klar definiertes Berufsbild mit einer ebensolchen Ausbildung gibt, und zum
36 anderen die Kompetenzen für so genannte Behandlungen sehr weitreichend sind. Dies führt
37 dazu, dass es neben vielen sehr guten Heilpraktiker*innen auch eine leider nicht zu
38 verachtende Zahl an in diesem Bereich tätigen gibt, deren Maßnahmen nicht den helfenden
39 Zweck einer Behandlung erfüllen und statt dessen kontraproduktiv für die Gesundheit der
40 betroffenen Patient*innen sind, welche nicht selten hohe Summen für diese Maßnahmen, der
41 Begriff Behandlung wäre hier wohl fehl gewählt, ausgeben. Dieser Zustand kann und sollte
42 durch eine Gesetzesnovelle dringend überarbeitet werden.
43
44

45
46 Die aktuell gültige Regelung, dass zur Erlaubnis einer Tätigkeit als Heilpraktiker*in ein Alter von
47 25 Jahren sowie das zu 75 Prozent richtige Absolvieren eines multiple choice Tests ausreichen,
48 neben einem Hauptschulabschluss, ist dabei eine der Gefahrenquellen und sollte an ein
49 modernes, medizinisch verantwortliches Berufsbild angepasst werden. Dies erscheint
50 notwendig, da bisher nur ein Teil der Heilpraktiker*innen den freiwilligen Weg einer
51 mehrjährigen, qualitativ hochwertigen Ausbildung und der Organisation in Berufsverbänden
52 wählt.
53

54 Auch kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich dieser Zustand ohne staatlichen
55 Eingriff zeitnah signifikant verbessert, setzen sich doch sogar Verbände für eine Verbesserung

1 des Schutzes des Berufsbildes ein, ohne jedoch bisher die scheinbaren schwarzen Schafe
2 nachhaltig aus einem eben auch kommerziell genutzten Markt zu verdrängen.
3 Ein Blick in europäische Nachbarländer zeigt eindeutig, dass Deutschland hier Nachholbedarf
4 aufweise, so ist der Beruf zumeist deutlich strenger geregelt, in Österreich nach dem
5 bisherigen, deutschen Berufsverständnis sogar verboten.
6
7
8
9
10
11

12 ***Empfehlung der Antragskommission:***

13 ***Annahme***

14 ***Anmerkung: Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion“ geändert in „Bundesparteitag“***

15
16

17 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D8
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
6
7

8 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
9

10 **Kostenübernahme von Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt**

11
12 Die SPD-bekannt sich zur Selbstbestimmung von sexuellen und reproduktiven Rechten. So soll
13 jeder Mensch die Möglichkeit zur Verhütung besitzen und über seine reproduktive Gesundheit
14 selbst entscheiden dürfen. Dies bedeutet, die Wahrung einer selbstbestimmten Entscheidung
15 über den Schwangerschaftszeitpunkt und die Kinderanzahl. Personen, die jedoch aus
16 finanziellen Gründen verschiedene Verhütungsmethoden nicht in Anspruch nehmen können,
17 werden in ihren Rechten und Freiheiten massiv eingeschränkt. Die Sicherstellung des
18 uneingeschränkten Zugangs zu Verhütungsmethoden ist eine öffentliche Aufgabe.
19

20 Daher fordern wir eine Kostenübernahme von hormonellen, sowie hormonfreien
21 Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt für Frauen* und Männer*.
22

23 **Begründung:**

24
25 Mit der Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahre 2004, stiegen die
26 Kosten für Verhütungsmittel und die finanziellen Übernahmen von Verhütungsmitteln für ALG
27 II- und Sozialhilfeempfänger*innen entfielen. Durch diese Neuregelungen stellten sich
28 finanzielle Mehrbelastungen für die genannten Personengruppen ein.
29

30 Die derzeitige Lage zeigt, dass es zwar geringfügige Kostenübernahmen auf regionaler oder
31 kommunaler Ebene gibt, diese jedoch uneinheitlich und unübersichtlich geregelt sind. Aus
32 einer Umfrage von 2010 von profamilia geht hervor, dass lediglich 59 der 181
33 deutschlandweiten profamilia-Beratungsstellen eine Teilfinanzierung von Verhütungsmitteln
34 übernehmen können. Lediglich in Berlin können ALG II- und Sozialhilfeempfänger*innen, sowie
35 Schüler*innen, Auszubildende, Studierende eine komplette Finanzierung von ärztlich
36 verordneten Verhütungsmitteln beantragen.
37

38 Für das Land Sachsen-Anhalt gibt es derzeit nur geringfügige Regelungen zur
39 Kostenübernahme von Verhütungsmethoden. Diese sieht finanzielle Unterstützungen nur für
40 Frauen* mit Behinderungen vor, die in Einrichtungen leben.
41

42 Da diese Verordnung eine Vielzahl von Personengruppen ausschließt, wird es Zeit eine
43 gesetzlich festgeschriebene und gerechte Neuregelung zu erwirken. Als Orientierung könnten
44 Regelungen und Verordnungen der Berliner Gesundheitsämter dienen. Eine weitere Lösung
45 wäre eine staatliche Ausfinanzierung von profamilia-Beratungsstellen, hinsichtlich der
46 Kostenübernahme und/oder Ausgabe von Verhütungsmitteln. Bezüglich der Vorteile einer
47 vollen finanziellen Übernahme, sind die Reduzierung von ungewollten Schwangerschaften,
48 sowie Schwangerschaftsabbrüchen zu nennen.
49

50 Fest steht, dass Frauen* und Männer* ein Recht auf die freie Wahl der Verhütungsmethode und
51 Familienplanung haben und diese nicht durch finanzielle Mittel eingeschränkt werden dürfen.
52
53
54
55
56

- 1
- 2 **Empfehlung der Antragskommission:**
- 3 **Annahme in geänderter Fassung**
- 4 Anmerkung: Weiterleitung an „Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt“ geändert in
- 5 „Bundesparteitag“
- 6
- 7 Streiche auf Seite 65 Zeile 10:
- 8 „in Sachsen-Anhalt“
- 9
- 10 Streiche auf Seite 65 Zeile 12-21 und ersetze durch:
- 11 „Familienplanung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein.
- 12 Die SPD-Bundestagsfraktion wird daher gebeten sich für die Übernahme der Kosten von
- 13 Verhütungsmitteln für sozial Benachteiligte einzusetzen.“
- 14
- 15
- 16 **Abstimmung:**

1 Antrag: D9
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Verstärkter Einsatz von psychologischen Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten**

10
11 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich im Rahmen der Evaluation des KiFöGs für eine
12 Auswertung bezüglich der Bedarfe für den Einsatz psychologischer Mitarbeiter*innen in
13 Kindertagesstätten einzusetzen. Entsprechend der Ergebnisse der Evaluation sind
14 Handlungsempfehlungen zu formulieren, die je nach Notwendigkeit einen verstärkten Einsatz
15 psychologischen Personals unterstützen. Darüber hinaus ist im Rahmen der Novellierung des
16 KiFöGs eine Zusammenarbeit psychologischen Personals und der Einrichtungen zu
17 vereinfachen und vom Land zu unterstützen.
18

19 **Begründung:**

20
21 Durch die strengen Betreuungsschlüssel haben Erzieher*innen oftmals keine Zeit, sich mit den
22 psychologischen Bedürfnissen der Kinder auseinanderzusetzen. Kinder, welche in prekären
23 Familiensituationen aufwachsen, brauchen eine stärkere psychologische Betreuung. Hinzu
24 kommt die Doppelbelastung durch geflüchtete Kinder, die häufig unter traumatischen
25 Erlebnissen leiden. Deswegen bedarf es einer geregelten und gezielten Zusatzbetreuung durch
26 psychologisches Personal in den Kindertagesstätten. Nur so können bei Kindern schon in einer
27 frühen Phase Traumata, Psychosen etc. festgestellt werden. Gleichzeitig sinkt das Risiko für
28 spätere Entwicklungsstörungen und die Integration in einen normalen und unbeschwerten
29 Alltag wird sichergestellt.
30

31
32
33
34
35

36 ***Empfehlung der Antragskommission:***
37 ***Erledigt durch Evaluierung KiFöG***

38
39
40

Abstimmung:

1 Antrag: D10
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden**

10
11 Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sehen sich auch heute noch mit einer
12 Vielzahl an Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen konfrontiert. Einige dieser ergeben sich
13 aus der aktuellen Fassung des Bundesteilhabegesetzes und sollten im Zuge der kommenden
14 Novelle dringend und vollständig abgebaut werden. Zudem sollen im Zuge dieser Reform
15 weitere Verbesserungen auf dem Weg zu einem diskriminierungsfreien und selbstbestimmten
16 Leben erreicht werden. Im Einzelnen handelt es sich um nachfolgende Punkte:
17

- 18 • Die Begrenzung von Einkommen und Vermögen auf eine Sparsumme von 2.600 Euro
19 für auf Assistenz angewiesene Personen und ihre Ehe- bzw. Lebenspartner*innen muss
20 ersatzlos abgeschafft werden.
- 21 • Die Inanspruchnahme von Assistenzhilfen wird zukünftig unabhängig von Einkommen
22 und Vermögen gewährt. Beides wird für die Gewähr dieser Unterstützung nicht
23 herangezogen. Vorbildcharakter für eine derartige Regelung könnte zum Beispiel die
24 Gesetzgebung des schwedischen Sozialstaates haben, wo die unabhängig von diesen
25 finanziellen Verhältnissen gewährt wird.
- 26 • Die Strukturen der Elternunterstützung sollen gestärkt werden. Hierzu zählt neben
27 einem Ausbau der unabhängigen Beratungslandschaft auch die Etablierung einer
28 Elternassistenz.
- 29 • Das bisher bestehende Blindengeld ist vollständig in ein Teilhabegeld umzuwandeln,
30 was allen Menschen mit Behinderungen gleichermaßen zur Verfügung steht.
- 31 • Das Teilhabegeld soll, im Gegensatz zum bisherigen Blindengeld, bundeseinheitlich
32 geregelt und somit auch ohne regionale Diversitäten etabliert werden.

33 **Begründung:**

34
35
36 Obwohl sich die Situation von Menschen mit Behinderung in den letzten Dekaden auch in
37 Deutschland verbessert hat und u.a. auch die UN mit ihrer Behindertenkonvention die
38 Einschränkungen und Probleme dieser Bevölkerungsgruppe zu einem wichtigen Thema
39 erhoben hat, sehen sich Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen bis heute mit einer
40 Vielzahl an Ungerechtigkeiten und Problemen konfrontiert. Viele von diesen sind im
41 Bundesteilhabegesetz selbst, was den betroffenen Personen eigentlich eine Hilfe sein sollte,
42 selbst verursacht und müssen im Zuge einer zeitnah umzusetzenden Novelle schnell
43 abgeschafft werden. Diskriminierungen, oft mit drastischen Auswirkungen auf die Leben der
44 Betroffenen, dürfen nicht länger ignoriert werden, sondern müssen schnellstmöglich und
45 nachhaltig abgebaut werden.

46
47 Für Menschen mit Behinderung und Assistenzbedarf, sowie für ihre Ehe- bzw. Lebenspartner
48 gilt unabhängig von ihrer Einkommenssituation, dass diese keinerlei (Spar-) Guthaben über
49 2.600 Euro besitzen dürfen. Vermögen über dieser Summe werden eingezogen. Dies ist nicht
50 nur an sich bereits eine extreme Einschränkung, sondern verursacht auch diverse weitere
51 Probleme. So wird das Absichern von Risiken wie Reparaturen von Haushaltsgeräten, das
52 treffen von Altersvorsorge oder beispielweise das Sparen für ein Auto vollends unmöglich.
53 Auch wird durch diese Grenze ein selbstbestimmtes Erwerbsleben konterkariert. Pflichten wie
54 Steuern etc. gelten für die betroffenen Menschen zudem wie bei allen anderen auch, so dass
55 auch diese einen Beitrag zum Sozialsystem leisten. Menschen mit Behinderung wird aktuell der

1 Besitz von höheren Beträgen auch deshalb versagt, weil der Staat davon ausgeht, dass von
2 diesen scheinbaren Überschüssen die Assistenzen übernommen werden müssen. Dies setzt
3 diese jedoch mit einer Art freiwilliger Leistung, oder noch deutlicher: mit einem Konsumgut
4 gleich. Dies ist jedoch falsch, da es sich hierbei um einen Grundbedarf für ein möglichst
5 selbstbestimmtes Leben handelt.

6
7 Folglich ergibt sich auch die zweite Forderung, die Unterstützung mittels Assistenzhilfen nicht
8 mehr privat abzusichern, sondern staatlich zu leisten. Vorbild für eine solche Regelung könnte
9 zum Beispiel der schwedische Staat sein, wo diese Regelung aus Ausdruck eines derartigen
10 Verständnisses staatlicher Aufgaben bereits so praktiziert wird.

11
12 Auch heute übernehmen die Eltern von Menschen mit Behinderung häufig sehr viele Aufgaben
13 und werden dabei nur arg begrenzt vom Staat unterstützt. Im Zuge der Novelle des
14 Teilhabegesetzes sollen daher nicht nur die Beratungsstrukturen ausgebaut werden, sondern
15 auch Elternassistenzsysteme geschaffen werden. Diese wären eine Möglichkeit, eine spürbare
16 Entlastung für diesen Personenkreis zu ermöglichen und stellen somit ein wichtiges Mittel zur
17 Verstärkung von Unterstützung dar.

18
19 Bisher erhalten Menschen mit einer Einschränkung des Sehvermögens das so genannte
20 Blindengeld um ihren Hilfebedarf zu bezuschussen. Menschen mit anderen Einschränkungen
21 erhalten hingegen keinerlei Förderung, trotz eines ebenfalls vorhandenen Hilfebedarfes. Dies
22 ist eine Form der Diskriminierung die ebenfalls zügig abgeschafft werden muss. Daher soll das
23 bisherige Blindengeld in ein Teilhabegeld, was allen Menschen mit Behinderung zur Verfügung
24 steht, umgewandelt werden.

25
26 Dabei muss auch darauf geachtet werden, dass diese neue Form bundeseinheitlich geleistet
27 wird. Dies ist notwendig, da sich die Summen der Zahlungen in der aktuellen Form je nach
28 Bundesland deutlich unterscheiden, teils um mehr als 100 Prozent. Hilfebedarfe dürfen nicht
29 nach Wohnorten klassifiziert werden, sondern sollten für alle Menschen gleichermaßen
30 geleistet werden.

31
32 Dem Leitbild eines Abbaus von Diskriminierung und einer Förderung von Selbstbestimmtheit
33 folgend, sollten diese Hürden und Probleme schnellstmöglich abgebaut werden. Ein weiteres
34 Abwarten und Herausögern von Gerechtigkeit und Solidarität wäre nicht nachvollziehbar.

35
36
37
38
39
40
41 ***Empfehlung der Antragskommission:***

42 ***Annahme***

43 ***Anmerkung:*** Weiterleitung an „SPD-Bundestagsfraktion“ geändert in „Bundesparteitag

44
45
46 ***Abstimmung:***
47

1 Antrag: D11
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KiFöGs mit betrachten**

10
11 Entsprechend des Koalitionsvertrages ist eine Evaluation des Kinderförderungsgesetzes bis
12 Ende 2017 vorgesehen. SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert,
13 sich im Rahmen dieser Evaluation dafür einzusetzen, dass insbesondere die Umsetzung der
14 Inklusion in den Einrichtungen, welche vom Kinderförderungsgesetz erfasst werden, zu
15 untersuchen und entsprechende Handlungsempfehlungen herzuleiten.
16

17 **Begründung:**

18 erfolgt mündlich
19
20
21
22
23
24
25

26 ***Empfehlung der Antragskommission:***
27 ***Erledigt durch Evaluierung KiFöG***
28

29
30 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D12
2
3 Antragssteller: ASF
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!**

10
11 Aufgrund der unzureichenden geschlechtsspezifischen Gesundheitsversorgung und -Forschung
12 fordern wir die Landtagsfraktion und die SPD-geführten Ministerien auf, eine
13 geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt sicherzustellen. Diese sollte
14 u.a. Folgendes beinhalten:

- 15
16 • Erstellung eines Gutachtens zur Zukunft einer geschlechtergerechten
17 Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt
18 • Einführung geschlechtergerechter Präventionsprogramme
19 • Erhebung gendersensibler Daten im Bereich des Gesundheitswesens
20 • Finanzierungsanreize für Start-ups setzen: z.B. für Förderung von (Frauen)gesundheits-
21 App
22

23 **Begründung:**

24
25 Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass Frauen ein stärkeres Immunsystem, eine um etwa
26 0,2 Millimeter dünnere Haut und wegen des breiteren Beckens etwas anders gebaut Knie
27 haben, und wenn sie zuckerkrank sind, ist bei ihnen die Gefahr für Schäden an Herz und Nieren
28 größer. Krankhafte Essstörungen bei Frauen, sind das zweithöchste Sterberisiko bei jungen
29 Frauen.

30 Männer gehen grundsätzlich seltener zum Arzt, weshalb sie grundsätzlich einem höheren
31 Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind. Es lassen sich weitere Beispiele aufzählen, die
32 unterstreichen, dass zur Förderung der Gesundheit und Vermeidung von Krankheiten ein
33 geschlechtergerechter Blick unabdingbar ist.
34

35 In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits ein Gutachten zur „Zukunft einer frauengerechten
36 Gesundheitsversorgung in NRW“ (siehe:
37 https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/EKALT/13_EK2/VorblattGutachten.jsp
38), welches sich als sehr hilfreich erwiesen hat.
39
40
41
42

43 ***Empfehlung der Antragskommission:***

44 ***Annahme in geänderter Fassung***

45 ***Anmerkung:*** Weiterleitung an „Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes
46 Sachsen-Anhalt, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt“
47 gestrichen
48

49 ***Streiche und ersetze auf Seite 71 Zeile 11-12:***

50 ***Streiche „Aufgrund der Ministerien auf, eine“ und ersetze durch „Die Landtagsfraktion wird***
51 ***gebeten eine“***
52

53
54 ***Abstimmung:***

1 Antrag: D13
2
3 Antragssteller: ASF
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6
7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Gewaltfreies Aufwachsen für Kinder: Aktionsplan für Sachsen-Anhalt**

10
11 Wir fordern die Landtagsfraktion und die SPD-geführten Ministerien auf, ein umfassendes
12 Präventions- und Bewältigungsprogramm zur Reduzierung der Gewalt und des Missbrauchs an
13 Heranwachsenden in Form eines Aktionsplanes auf die Beine zu stellen. Ziel ist es, Kindern und
14 Jugendlichen ein gewaltfreies Aufwachsen zu ermöglichen und damit die gesamten
15 Entwicklungschancen von Heranwachsenden voll entfalten zu können.
16

17 Dazu gehören insbesondere:

- 18 • Personelle und finanzielle Stärkung der Jugendämter
 - 19 • Festigung und Ausbau von Präventionsprogrammen
 - 20 • Flächendeckende psychische und gesundheitliche Beratung und
21 Unterstützungsangebote
 - 22 • Betreuung der betroffenen Familien, sowohl als Betroffene als auch als Täter
 - 23 • Einführung eines Gesamtplans
- 24
25

26 **Begründung:**

27
28 18.063 Kinder wurden 2016 in Sachsen-Anhalt lebend geboren. 2557 Verfahren der
29 Kindeswohlgefährdung in Sachsen-Anhalt wurden 2016 bei den Jugendämtern geführt.
30 Unabhängig davon zählt die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2014 533 Fällen des
31 sexuellen Missbrauchs von Kindern und 46 von Jugendlichen. Dazu können die unerkannten
32 und nicht angezeigten Fälle, sowie andere Formen von Gewalt an Kindern (u.a. Mord und
33 körperliche Gewalt) hinzugerechnet werden. Dabei handelt es sich um Fallzahlen allein aus
34 **einem** Jahr und nur für Sachsen-Anhalt.
35

36 Es werden bundesweit momentan 966 Flüchtlingskinder unter 13 Jahre und 4.994 geflüchtete
37 Jugendliche von 14 bis 17 Jahren vermisst. Dies sei eindeutig nicht nur auf Fehler bei der
38 Datenerfassung zurückzuführen, sondern es wird von der Polizei selbst „grundsätzlich von
39 einer Gefahr für Leib und Leben ausgegangen“. In größeren Städten wurde bereits bekannt,
40 dass junge geflüchtete Heranwachsende sich prostituieren und sexuellem Missbrauch
41 ausgesetzt sind. Einige von ihnen sind obdachlos.
42

43 Eine grundsätzliche Stärkung der entsprechenden Strukturen im Sinne der Prävention als auch
44 der Betreuung von betroffenen Familien oder alleinstehenden Kindern ist daher unabdingbar,
45 um kurz- und langfristig Kindern eine gewaltfreie Zeit der Entfaltung zu ermöglichen.
46
47
48
49
50
51

52 ***Empfehlung der Antragskommission:***
53 ***Annahme in geänderter Fassung***

1 Anmerkung: Weiterleitung an „Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes
2 Sachsen-Anhalt, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt“
3 gestrichen

4
5 Ergänze auf Seite 72 Zeile 20:
6 „• Stärkung der Koordinierungsstellen der Lokalen Netzwerke in den Kommunen, die
7 bereits jetzt ein zentrales Netzwerk der Frühen Hilfen bilden“

8
9 Ergänze auf Seite 72, Zeile 47:
10 „In der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes wurden in allen kommunalen
11 Gebietskörperschaften die lokalen „Netzwerke Kinderschutz und Frühe Hilfen“ auf- und
12 ausgebaut. Zudem haben sich die Koordinierungsstellen der Lokalen Netzwerke in den
13 Kommunen bereits zu einer „zentralen Institution“ entwickelt, durch die die Frühen Hilfen eine
14 neue besondere Bedeutung erfahren haben.

15
16 Im Fokus dieser Netzwerke stehen vor allem der Einsatz und die Koordination von Fachkräften
17 der Frühen Hilfen sowie die Qualifizierung von Hebammen und Kinderkrankenschwestern zu
18 Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinder-Krankenpflegerinnen. Diese
19 bestehenden Strukturen des Kinderschutzes wollen wir stärken und festigen.“

20
21
22 **Abstimmung:**
23

1 Antrag: D14
2
3 Antragssteller: Jusos
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion
6

7 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
8

9 **Moderne Adoption – auch ohne Trauschein**

10
11 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Novellierung des Adoptionsrechtes
12 einzusetzen und dabei die Adoption unabhängig vom Familienstand zu ermöglichen. Die
13 Existenz einer Ehe bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft darf dabei nicht mehr
14 Voraussetzung für die Möglichkeit zur (Stiefkind-)Adoption sein.
15

16
17 **Begründung:**
18

19 Die bisher in Deutschland gültigen Regelungen zur Adoption reproduzieren ein Familienbild,
20 das der Realität der heutigen Gesellschaft nicht mehr entspricht. So 2015 nur noch 69 Prozent
21 der Kinder in Familien mit miteinander verheirateten Eltern. Für fast ein Drittel der Kinder ist
22 also ein anderer Familienstand der Eltern Normalität. Hinzu kommt, dass auch eine Ehe keine
23 Garantie für eine stabile, partnerschaftliche Beziehung der Eltern zueinander ist und mehr als
24 ein Drittel der Ehen geschieden wird. In der Hälfte der Fälle sind dabei Kinder von Scheidung
25 betroffen.

26 All diese Gründe sprechen dafür, dass die Realität von Kindern eben nicht mehr zwingend ein
27 Aufwachsen im Rahmen einer Ehe bzw. Lebenspartnerschaft der Eltern miteinander ist,
28 abgesehen von Patchwork-Familien und der hohen Anzahl an Alleinerziehenden.

29 Dies spiegelt sich jedoch nicht im Adoptionsrecht wieder, welches noch immer das
30 Vorhandensein einer Ehe bzw. bei der so genannten Stiefkindadoption der
31 Lebenspartnerschaft, zur Grundvoraussetzung erklärt. Dies erscheint insofern antiquiert und
32 realitätsfremd, als dass der Familienstand der Eltern somit wenig über die liebevolle Erziehung
33 und das stabile Begleiten der Kinder aussagt. Daher gehört diese Bedingung aus einem
34 modernen Adoptionsrecht ersatzlos gestrichen.
35

36
37
38
39
40
41 ***Empfehlung der Antragskommission:***
42 ***Erledigt durch Annahme L3***
43

44
45 ***Abstimmung:***

1 Antrag: S1

2

3 Antragsteller: Jusos und ASF

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7

Geschlechterquotierte Landesliste

8

9 Die SPD Sachsen-Anhalt folgt dem positivem Beispiel der Landesverbände Niedersachsen,
10 Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und
11 Schleswig Holstein und führt zur Landtagswahl 2016 erstmalig die 50% geschlechterquotierte
12 Landesliste ein, nach der alternierend eine Frau und ein Mann - beginnend mit der
13 Spitzenkandidatin - aufgestellt werden.

14

15 In der Landessatzung wird daher der §10 Abs. 4 (b) geändert durch folgenden Text:

16 „Bei der Aufstellung des Wahlvorschlages findet §4 Abs. 2 der Wahlordnung der SPD
17 Anwendung (Reißverschluss).“

18

Begründung:

19

20

21 In den oben genannten Bundesländern, ist die SPD – als vorbildliche Wegbereiterin der
22 Geschlechtergerechtigkeit – zu den jüngsten Landtagswahlen mit einer
23 alternierend/quotierten Landesliste angetreten. Landeslisten zur Bundestagswahl und die
24 Bundesliste zur Europawahl werden im gleichen Verfahren aufgestellt. Die SPD Sachsen-Anhalt
25 mit ihrem modernen Selbstverständnis wird sich dieser Entwicklung nicht widersetzen.

26

27

28

29

30

31

32 ***Empfehlung der Antragskommission:***

33 ***Annahme in geänderter Fassung***

34 ***Streiche und ersetze Seite 75, Zeile 11-13:***

35 *Streiche „führt zur ... aufgestellt werden.“ und ersetze durch „führt zur Landtagswahl 2021*
36 *erstmalig die 50% geschlechterquotierte Landesliste ein, nach der alternierend eine Frau und*
37 *ein Mann aufgestellt werden.“*

38

39

40 ***Abstimmung:***

1 Antrag: R1

2

3 Antragssteller: Jusos Harz

4

5 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Resolution zur Bewerbung Sachsen-Anhalts für die Olympischen Winterspiele 2030 in Schierke**

8

#jesuisschierke

9

10 Hiermit fordern wir die Landesregierung dazu auf alles in ihrer Macht stehende zu
11 unternehmen um die Olympischen Winterspiele 2030 nach Schierke zu holen!

12

13 Sachsen-Anhalt verfügt mit Schierke (auch bekannt als das "St. Moritz des Ostens") über einen
14 ausgezeichneten Austragungsort für Olympische Winterspiele. Sowohl was die Sportanlagen
15 (Schierker Feuerstein-Arena, in den Wald gefräste Skipisten, etc.) als auch was die Infrastruktur
16 (1 Parkhaus) für die Unterbringung der Sportler, Zuschauer und des Olympischen Geldadels des
17 IOC anbelangt, ist Schierke als Teil der Stadt Wernigerode schon jetzt bestens für die
18 Ausrichtung von Olympischen Spielen ausgestattet. Eine noch zu errichtende Bobbahn soll den
19 Namen "Claudia Dalbert Eiskanal" tragen.

20

21 Der Wernigeröder Stadtteil Silstedt könnte für diesen Zweck problemlos zurückgebaut und in
22 das Olympische Dorf umfunktioniert werden. Weiterhin könnten auch angrenzende
23 Gemeinden wie Elend, Sorge oder Quedlinburg bei der Bewältigung dieses
24 Jahrhundertprojektes behilflich sein.

25

26 **Begründung:**

27

28 Da bereits mehrere Millionen Euro an Fördergeldern des Landes nach Schierke geflossen sind
29 und weiterhin fließen, würden die Bewerbung und Ausrichtung der Olympischen Winterspiele
30 keinen erheblichen finanziellen Mehrbedarf bedeuten. Selbst die Olympischen Winterspiele
31 2014 in Sotschi, bei denen die gesamte Infrastruktur aus dem Boden gestampft werden musste,
32 haben lediglich 50,8 Milliarden Dollar gekostet. Für Olympia 2030 in Schierke könnte aufgrund
33 der bereits vorhandenen hervorragenden Infrastruktur lediglich mit einem Bruchteil dieser
34 Kosten gerechnet werden. Nur die Schmiergeldzahlungen an Thomas Bach und weitere IOC
35 Funktionäre dürften mit einigen Millionen zu Buchen schlagen. Dies war jedoch bei der
36 Bewerbung für die Fußballweltmeisterschaft 2006 auch kein Problem. Und die WM 2006 in
37 Deutschland war ja wohl mal absolute super Spitze!

38

39 Für die Bewerbung und Durchführung sollte sich das Land auf dem Gebiet erfahrene Experten
40 wie Wladimir Wladimirowitsch Putin oder Dmitri Anatoljewitsch Medwedew (je nachdem wer
41 grade Zeit hat und nicht Präsident ist) mit ins Boot holen.

42

43 Sicherlich ist es richtig, dass solche Sportveranstaltungen mit öffentlichen Geldern finanziert
44 und die Gewinne dann von mafiösen Organisationen wie dem IOC oder der FIFA eingestrichen
45 werden. Aber mal ernsthaft: wen interessiert das schon?

46

47 Auch wenn die letzten deutschen Olympiabewerbungen nicht ganz optimal liefen, hat
48 Deutschland nicht zuletzt mit Projekten wie der Hamburger Elbphilharmonie gezeigt, dass
49 deutsche Behörden in der Lage sind absurde Großprojekte auf Kosten der Steuerzahler auf die
50 Beine zu stellen. Für Sachsen-Anhalt sollte es ein leichtes sein sich in diese urdeutsche Tradition
51 der Bausünden und Steuerverschwendung einzureihen und ein solches Projekt zu stemmen.

52

53

54

55

1 ***Empfehlung der Antragskommission:***

2 ***Ablehnung***

3 *Anmerkung:* *Weiterleitung an „Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt und Minister für*
4 *Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Olympiabewerbungen des Landes Sachsen*
5 *Anhalt Prof. Dr. Armin Willingmann“ gestrichen*

6

7

8 ***Abstimmung***